



BACHELORARBEIT

Frau

Doris Schobesberger

**Doppelbesteuerungsabkommen zwischen
Deutschland und Österreich anhand des
grenzüberschreitenden Bezugs von
staatlichen und betrieblichen Altersrenten**

2013

BACHELORARBEIT

**Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich
anhand des grenzüberschreitenden Bezugs von staatlichen und
betrieblichen Altersrenten**

Autorin:

Frau Doris Schobesberger

Studiengang:

Betriebswirtschaft

Seminargruppe:

BW09s2BVA

Erstprüfer:

Prof. Dr. Andreas Hollidt

Zweitprüfer:

Prof. Dr. Nikolaus Stelling

Einreichdatum:

Ort, Datum

Schwanenstadt, 24. Jänner 2013

BACHELOR THESIS

**Taxation agreement between Germany and Austria with regard to
cross-border retirement pensions and occupational pensions**

author:

Ms. Doris Schobesberger

course of studies:

Business Management

seminar group:

BW09s2BVA

First examiner:

Prof. Dr. Andreas Hollidt

Second examiner:

Prof. Dr. Nikolaus Stelling

Submission

Place, Date

Schwanenstadt, January, 24th 2013

Bibliografische Angaben

Verfasser:

Schobesberger Doris

Thema:

Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich anhand des grenzüberschreitenden Bezugs von staatlichen und betrieblichen Altersrenten

Thesis:

Taxation agreement between Germany and Austria with regard to cross-border retirement pensions and occupational pensions

94 Seiten

Hochschule Mittweida,
University of Applied Sciences,
Fakultät Wirtschaftswissenschaften
Bachelorarbeit, 2013

Kurzfassung

Die vorliegende Bachelorarbeit beschäftigt sich mit der zu vermeidenden Doppelbesteuerungsproblematik bei grenzüberschreitendem Bezug von Renten aus der gesetzlichen sowie aus der betrieblichen Altersvorsorge. Diese ergibt sich in dieser Arbeit durch den Wohnsitzwechsel eines österreichischen Pensionisten nach Deutschland bzw. eines deutschen Pensionisten nach Österreich. Da in beiden Ländern durch das Universal- und Territorialprinzip jedoch unterschiedliche Besteuerungsansprüche auf dasselbe (Pensions)Einkommen ausgelöst werden, hat das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich einzugreifen, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Ziel dieser Arbeit ist es, festzustellen, ob es trotz des anzuwendenden Doppelbesteuerungsabkommens durch die entsprechenden steuerlichen Konsequenzen für den Pensionisten bei grenzüberschreitendem Bezug von Altersrenten zu einer effektiven Doppelbesteuerung kommt.

Um zu dieser Feststellung zu gelangen, widmet sich das erste Kapitel dieser Arbeit daher dem Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich und beschäftigt sich hier im Speziellen mit seinen Zuteilungsregelungen.

Hauptaufgabe der Arbeit ist es allerdings, die Regelungen des DBA nun anhand einzelner Berechnungsbeispiele mit unterschiedlichen Konstellationen darzustellen und damit die Steuerbelastung für den einzelnen Pensionisten in Deutschland und Österreich zu berechnen. Anhand dieser sowie der innerstaatlichen Regelungen zur Besteuerung des Einkommens bei natürlichen Personen kann damit die tatsächlich anfallende Einkommensteuer errechnet werden.

Diese Berechnungsergebnisse (Einkommensteuer) werden schlussendlich mit jenen Ergebnissen aus der vorausgegangenen Projektarbeit "Die Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung und betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland und Österreich" verglichen. Mithilfe dieses Vergleiches kann auf die tatsächliche Vermeidung der Doppelbesteuerung, auf eine zusätzliche Steuerbelastung oder einen entsprechenden Steuervorteil für den Pensionisten bei Wohnsitzwechsel geschlossen werden.

Abstract

This bachelor thesis deals with the avoidable double taxation problem with regard to cross-border retirement pensions as well as occupational pensions. This problem arises from the change of residence of an austrian retiree to Germany or a german retiree to Austria. Since in both countries different tax claims on the same (pension) income are raised because of the universal and territorial principle, the taxation agreement in the area of taxes on income and asset between Germany and Austria has to intervene to avoid double taxation.

The aim of this thesis is to determine whether the tax consequences for the retirees with cross-border retirement benefits cause an effective double taxation despite the applicable taxation agreement.

To reach this conclusion, the first chapter of this thesis deals with the taxation agreement between Germany and Austria and is engaged in particular with its assignment rules.

However, the main task of this thesis is to represent the regulation of the taxation agreement on the basis of individual calculation examples with different constellations and thus to calculate the tax burden for the individual retiree in Germany and Austria. Based on this regulation as well as on the national tax regulation of the income of individuals, the incurred income tax in fact is calculated

Finally this calculation results (income tax) are compared with the results of the preceding project thesis, called "Varied taxation of retirement pensions and occupational pensions in Germany and Austria".

Using this comparison, the avoidance of double taxation, an additional tax burden or a corresponding tax benefit for retirees because of change of residence can be detected.

Danksagung

Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die mich bei der Erstellung meiner Bachelorarbeit unterstützt haben.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Andreas Hollidt, Hochschule Mittweida Fakultät Wirtschaftswissenschaften, bedanken, der mich während der Erstellung der Bachelorarbeit betreut und umfangreich unterstützt hat.

Der größte Dank gilt meinen Eltern und meinem Freund, die mir diese Ausbildung ermöglicht haben und mir immer helfend mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind. Ich bedanke mich für die finanzielle Unterstützung, sowie ihre Liebe und Geduld, die sie mir während der gesamten Ausbildung entgegen gebracht haben.

Besonderer Dank gilt auch meinem Arbeitgeber, Steuerberatungskanzlei Achleitner & Partner. Ich danke sämtlichen Partnern sowie meinen Kollegen, die mich durch eine flexible Arbeitszeitgestaltung wesentlich bei der Verfassung dieser Arbeit unterstützt haben. Für die interessanten Beiträge und Änderungsvorschläge bin ich ihnen sehr dankbar.

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Schwanenstadt, 24. Jänner 2013

Doris Schobesberger

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	I
Abstract	II
Danksagung.....	III
Eigenständigkeitserklärung	IV
Inhaltsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	X
1. Einleitung.....	- 1 -
1.1. Ausgangssituation.....	- 1 -
1.2. Problemstellung	- 1 -
1.3. Ziel	- 2 -
1.4. Herangehensweise	- 2 -
2. Ansatz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	- 4 -
2.1. Allgemeines	- 4 -
2.2. Stellung des Doppelbesteuerungsabkommens	- 5 -
2.3. DBA-Recht als Schrankenrecht.....	- 6 -
2.4. Geltungsbereich& Begriffsbestimmung	- 6 -
2.4.1. Geltungsbereich	- 7 -
2.4.2. Begriffsbestimmung.....	- 7 -
2.5. Problematik bei der Auslegung.....	- 8 -
2.6. Ansässigkeitsstaat und Quellenstaat.....	- 10 -
2.6.1. Artikel 4: Ansässigkeit	- 10 -
2.6.2. Welcher Staat ist der richtige Quellenstaat?	- 10 -
2.7. Grundlagen zur Besteuerung des Einkommens nach dem Doppelbesteuerungsabkommen.....	- 11 -
2.7.1. Abgrenzung zu den Artikeln 15 und 19.....	- 12 -
2.7.2. Auslegung des Begriffes Ruhegehalt und ähnliche Vergütungen	- 13 -
2.8. Artikel 18: Zuteilung des Besteuerungsrechtes	- 16 -
2.9. Artikel 23: Vermeidung der Doppelbesteuerung	- 18 -

2.9.1. Anwendung der Befreiungsmethode.....	- 18 -
2.9.2. Anwendung des Progressionsvorbehaltes	- 18 -
3. Grenzüberschreitender Bezug von gesetzlichen und betrieblichen Altersrenten	- 20 -
3.1. Grundlagen	- 20 -
3.1.1. Berechnung der Einkommensteuer 2012.....	- 20 -
3.1.2. Sonderregelung Sozialversicherung	- 22 -
3.1.3. Zusätzliche Mieteinkünfte	- 23 -
3.2. Rente aus der gesetzlichen Sozialversicherung	- 24 -
3.2.1. Konst. 1) Umzug von Ö nach DE	- 24 -
3.2.2. Konst. 2) Umzug von DE nach Ö	- 30 -
3.3. Rente aus der betrieblichen Altersvorsorge – Direktzusage und Unterstützungskasse.....	- 37 -
3.3.1. Konst. 3) Umzug von Ö nach DE– Direktzusage	- 37 -
3.3.2. Konst. 4) Umzug von DE nach Ö– Direktzusage	- 40 -
3.3.3. Konst. 5) Umzug von Ö nach DE - Unterstützungskasse.....	- 44 -
3.3.4. Konst. 6) Umzug von DE nach Ö - Unterstützungskasse.....	- 46 -
3.4. Rente aus der betrieblichen Altersvorsorge – Pensionskasse, Pensionsfond, Betriebliche Kollektivversicherung, Direktversicherung & Mitarbeitervorsorgekasse	- 49 -
3.4.1. Konst. 7) Umzug von Ö nach DE – PK/BKV	- 49 -
3.4.2. Konst. 8) Umzug von DE nach Ö – PK/ PF	- 51 -
4. Steuerliche Vor- und Nachteile durch den Wohnsitzwechsel in der Pension	- 56 -
4.1. Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung	- 56 -
4.1.1. Konst. 1) Umzug von Ö nach DE – Erläuterungen zur gesetzlichen Altersvorsorge	- 56 -
4.1.2. Konst. 2) Umzug von DE nach Ö – Erläuterungen zur gesetzlichen Altersvorsorge	- 61 -
4.2. Betriebliche Altersvorsorge – Direktzusage und Unterstützungskasse ..	- 66 -
4.2.1. Konst. 3) Umzug von Ö nach DE - Erläuterungen zur Direktzusage	- 66 -

4.2.2. Konst. 4) Umzug von DE nach Ö – Erläuterungen zur Direktzusage	- 70 -
4.2.3. Konst. 5) Umzug von Ö nach DE - Erläuterungen zur Unterstützungskasse.....	- 75 -
4.2.4. Konst. 6) Umzug von DE nach Ö – Erläuterungen zur Unterstützungskasse.....	- 79 -
4.3. Betriebliche Altersvorsorge –PK, PF, DV, MVK & BKV	- 82 -
4.3.1. Konst. 7) Umzug von Ö nach DE – Erläuterungen zur PK und BKV	- 84 -
4.3.2. Konst. 8) Umzug von DE nach Ö – Erläuterungen zur PK und PF.....	- 87 -
5. Schlussbetrachtung.....	- 93 -
Literaturverzeichnis	i
Anhang.....	vii
Auszug aus der Projektarbeit	vii

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zuteilungsregeln nach Artikel 18 DBA DE/Ö	- 16 -
Tabelle 2: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1	- 24 -
Tabelle 3: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von Ö nach DE, Beschränkt Ö, Variante 1 + 2	- 26 -
Tabelle 4: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt Ö, Variante 1 + 2	- 28 -
Tabelle 5: Berechnung Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 5 öEStG	- 29 -
Tabelle 6: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1	- 30 -
Tabelle 7: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von DE nach Ö, Beschränkt DE, Variante 1+ 2	- 33 -
Tabelle 8: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2	- 34 -
Tabelle 9: Direktzusage bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2	- 37 -
Tabelle 10: Direktzusage bei Umzug von Ö nach DE, Beschränkt Ö, Variante 2	- 39 -
Tabelle 11: Direktzusage bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1 + 2	- 40 -
Tabelle 12: Direktzusage bei Umzug von DE nach Ö, Beschränkt DE, Variante 2	- 42 -
Tabelle 13: Direktzusage bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 2	- 43 -
Tabelle 14: Unterstützungskasse bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2	- 44 -
Tabelle 15: Unterstützungskasse bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1 + 2	- 46 -
Tabelle 16: Unterstützungskasse bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 2	- 47 -

Tabelle 17: PK/BKV bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2	- 49 -
Tabelle 18: PK/PF bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1 +2	- 52 -
Tabelle 19: PK/PF bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 2	- 55 -
Tabelle 20: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung (Konst. 1)	- 57 -
Tabelle 21: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung (Konst. 2).....	- 62 -
Tabelle 22: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Direktzusage (Konst. 3).....	- 67 -
Tabelle 23:Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Direktzusage (Konst. 4).....	- 71 -
Tabelle 24: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Unterstützungskasse (Konst. 5)	- 76 -
Tabelle 25: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Unterstützungskasse (Konst. 6)	- 80 -
Tabelle 26: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus PK und BKV (Konst. 7).....	- 83 -
Tabelle 27: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus PK und PF(Konst. 8)	- 88 -

Abkürzungsverzeichnis

Die folgenden Abkürzen werden in erster Linie für die in Punkt 3 und 4 folgenden Berechnungen benötigt.

Zur besseren Unterscheidung der Gesetze der einzelnen Länder werden vor diese für Österreich die Abkürzung „ö“ und für Deutschland „dt“ hinzugefügt.

Als offizielle Bezeichnung gibt es z.B. öEStG bzw. dt. EStG allerdings nicht.

Abs.....	Absatz
agB	außergewöhnliche Belastungen
AN.....	Ansässigkeitsstaat
AO.....	Abgabenordnung
Art.	Artikel
ausl.	Ausländisch(er)
Auszgl.	Auszahlung
AV	Altersvorsorge
BAO	Bundesabgabenordnung (Österreich)
BE	beschränkt(e) (Steuerpflicht)
beg.....	Begünstigt
Best.....	Besteuerung
Betriebl. AV	Betriebliche Altersvorsorge
BKV	Betriebliche Kollektivversicherung
BMF	Bundesministerium für Finanzen (Österreich)
BMGL.....	Bemessungsgrundlage
BRD	Bundesrepublik Deutschland
b-VG	Bundes-Verfassungsgesetz (Österreich)
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
DE.....	Deutschland
dt. EStG	Einkommensteuergesetz (Deutschland)
DV	Direktversicherung
EK.....	Einkünfte
EKO	Einkommen
ESt.....	Einkommensteuer
EStG	Einkommensteuergesetz
EstR	(österreichische) Einkommensteuerrichtlinien
FB	Freibetrag
Förd.	Förderung

i.S.d.....	im Sinne des
i.V.m.....	in Verbindung mit
iHv.....	in Höhe von
inl.	Inländisch(e/r)
IRS.....	International Revenue Service (Finanzministerium Vereinigte Staaten)
Konst.....	Konstellation
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KV	Krankenversicherung (In Österreich und Deutschland)
LStR.....	(österreichische) Lohnsteuerrichtlinien
MB/VT	Mehrbelastung/Vorteil
MEK	Mieteinkünfte
MVK.....	Mitarbeitervorsorgekasse
Ö	Österreich
OECD.....	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (<u>engl.</u> Organisation for Economic Co- operation and Development)
OECD-MA	OECD Musterabkommen
öEStG	Einkommensteuergesetz (Österreich)
PEK.....	Pensionseinkünfte
PK.....	Pensionskasse
PKG	Pensionskassengesetz
PV	Pflegeversicherung (Deutschland)
SA	Sonderausgaben
SGB	Sozialgesetzbuch
So. Bezüge	Sonstige Bezüge (13. + 14. Auszahlung)
So. FB.....	Sonstige Freibeträge
Stf.	Steuerfrei
St. VT/NT	Steuervor- bzw. -nachteil
Stpfl.....	Steuerpflichtig
SV	Sozialversicherung
Tab.....	Tabelle
VfGH	Verfassungsgerichtshof (Österreich)
VwGH.....	Verwaltungsgerichtshof (Österreich)
WK	Werbungskosten
WÜRV	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge

1. Einleitung

1.1. Ausgangssituation

Die heutige Mobilität erleichtert es einer Vielzahl von Pensionisten auszuwandern. Diese verspüren im hohen Alter oft den Wunsch, den Ruhestand in einem anderen Land zu verbringen. Die einen lockt es dabei in südliche oder gar exotische Länder, die anderen wandern hingegen auch gerne nur in den Nachbarstaat aus.

Ein Wohnsitzwechsel zwischen Österreich und Deutschland ist hier grundsätzlich keine Seltenheit, da die Pensionisten so einige Gemeinsamkeiten der beiden Länder schätzen. So vereinfachen etwa die miteinander verbundene Geschichte, die Kultur sowie dieselbe Sprache den weiteren Lebensalltag im neuen Zuzugsland.

Bei all den Vorteilen ist ein Umzug allerdings auch immer mit entsprechenden Konsequenzen verbunden, die von den Wohnsitz-Wechselnden oft nicht bedacht werden. Solche Konsequenzen treffen den Pensionisten vor allem im Bereich des Steuerrechtes, sofern im Alter noch entsprechende Einkünfte erzielt werden.

Dies trifft daher so gut wie jeden Pensionisten, der zumindest Pensionen aus der gesetzlichen Sozialversicherung oder auch aus der betrieblichen Altersvorsorge erzielt.

1.2. Problemstellung

Verbringt ein Pensionist seinen Lebensabend mit festem Wohnsitz in jenem Land, in dem er seiner beruflichen Tätigkeit nachgegangen ist, so unterliegt er dessen innerstaatlichen Besteuerungsregeln. Sein gesamtes Einkommen wird gemäß dem Universalprinzip dann in diesem Land besteuert.

Komplizierter wird es hingegen, wenn der Pensionist seinen festen Wohnsitz nun in einen anderen Staat verlegt und somit Wohnsitzstaat und Quellenstaat, vereinfacht ausgedrückt der Ort der Auszahlungsstelle der Rente, auseinander fallen.

Gemäß dem Universal- bzw. Territorialprinzip erheben nun nämlich beide Staaten gleichzeitig einen Steueranspruch auf dasselbe Einkommen desselben Steuerpflichtigen. Damit entsteht zwangsläufig das Problem einer echten Doppelbesteuerung. Um diesem Umstand entgegenzusteuern, müssen die beiden betroffenen Staaten zusammenwirken.

Eine wirksame bilaterale Maßnahme stellt das Doppelbesteuerungsabkommen dar.¹

¹ [Brähler, 2012], S. 21

Das Doppelbesteuerungsabkommen stellt damit einen zentralen Punkt für diese grenzüberschreitenden Verflechtungen dar. Inwieweit es dabei tatsächlich die Doppelbesteuerungsproblematik abwendet, ist in dieser Arbeit zu untersuchen.

1.3. Ziel

Mithilfe der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, wie sich das Doppelbesteuerungsabkommen auf die Besteuerung der Renten eines Wohnsitzwechselnden Pensionisten auswirkt. Damit soll überprüft werden, ob eine Doppelbesteuerung in der Leistungsphase (Auszahlung der Rente) tatsächlich vermieden werden kann.

Die Regeln des Doppelbesteuerungsabkommens bewirken auf jeden Fall eine Veränderung beim Besteuerungsvorgang. Die sich dadurch ergebende zusätzliche Steuerbelastung bzw. Steuerverminderung soll mit dieser Arbeit ermittelt werden und somit auf einen Umzugsnach- bzw. -vorteil geschlossen werden können. Die Zielsetzung dieser Arbeit liegt jedoch nicht auf einem Nachweis einer allgemeinen steuerlichen Schlechter- oder Besserstellung, sondern auf einer Analyse der entsprechenden steuerlichen Konsequenzen anhand von Musterfällen.

1.4. Herangehensweise

Um zu dieser Zielsetzung zu gelangen, ist zunächst das Doppelbesteuerungsabkommen mit seinen Besteuerungszuteilungsregeln zu analysieren.

Kapitel 2 beschäftigt sich daher mit dem grundlegenden Aufbau des Abkommens, seiner Auslegung und den Besteuerung-Zuteilungsregeln. Die Auseinandersetzung mit dem Abkommen ist für die in Punkt 3 folgenden Berechnungen in Bezug auf den grenzüberschreitenden Sachverhalt von Belang.

Im *Kapitel 3* soll die durch die Zuteilungsregeln des DBA bewirkte Besteuerung bei grenzüberschreitendem Bezug von Altersrenten anhand von Musterberechnungsbeispielen genauer erläutert werden. Damit soll auch geklärt werden, welche Spezialregelungen (z.B. bei beschränkter Steuerpflicht) bei grenzüberschreitendem Bezug bestehen und wie diese angewendet werden.

Die einzelnen Konstellationen werden dabei unabhängig voneinander betrachtet.

Die Arbeit baut an dieser Stelle auf der Projektarbeit „Die Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung und betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland und Österreich“ auf. Diese beschäftigt sich mit den innerstaatlichen Besteuerungsregeln in Deutschland und Österreich und bildet die Grundlage für diese Bachelorarbeit. Daher wird auf die Besteuerung nach innerstaatlichen Regelungen nur im Rahmen der Muster-Berechnungsbeispiele in Punkt 3 sowie in der Gegenüberstellung in Punkt 4 begrenzt eingegangen.

Die Arbeit befasst sich nur mit der Leistungsphase, in der dem Pensionisten monatliche Altersrenten aus der gesetzlichen bzw. betrieblichen Altersvorsorge zufließen.

Im anschließenden *Kapitel 4* werden die Berechnungsergebnisse aus der Besteuerung von Altersrenten bei grenzüberschreitendem Bezug mit den Ergebnissen aus der obig genannten Projektarbeit verglichen. Diese sind im Anhang beigelegt.

Durch die Gegenüberstellung kann zunächst festgestellt werden, ob die Doppelbesteuerung tatsächlich verhindert wird. Außerdem kann dadurch auch zahlenmäßig ein steuerlicher Nach- bzw. Vorteil aus dem Umzug nachgewiesen werden. Damit kann auf die steuerliche Attraktivität des Wohnsitzwechsels im Musterfall geschlossen werden.

Kapitel 5 fasst die Erkenntnisse aus den Berechnungen und Gegenüberstellungen zusammen und bildet den Abschluss dieser Arbeit.

2. Ansatz zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

Dargestellt am Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich im Bereich der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Deutschland und Österreich auf dem Gebiet der Steuern des Einkommens und des Vermögens (folglich DBA DE/Ö genannt) bildet den Ausgangspunkt für die durchzuführende Besteuerung in den beiden Staaten. Eine richtige Auslegung, Begriffsbestimmungen sowie die genaue Untersuchung der anzuwendenden Besteuerungsregeln sind dabei maßgeblich für die korrekte Einkommensteuerberechnung. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit diesen drei Bereichen im Detail und bildet den Grundstein für die in Punkt drei folgenden Berechnungen bei einem grenzüberschreitenden Bezug von Altersrenten.

2.1. Allgemeines

Das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Deutschland ist am 18. Juli 2002 letztmalig abgeändert worden und am 18. August 2002 in Kraft getreten.²

Als völkerrechtlicher bilateraler Staatsvertrag dient es dazu, durch entsprechende Begrenzung der Besteuerungsrechte die Doppelbesteuerung bei grenzüberschreitenden Sachverhalten zu vermeiden.³

Gleichzeitig gewinnt das Doppelbesteuerungsabkommen auch immer mehr an Bedeutung, um den Missbrauch steuerlicher Bestimmungen zu verhindern. Sinn und Zweck ist es demnach, Besteuerungslücken, aufgrund der Unterschiede in den nationalen Rechtssystemen, zu schließen.⁴

Das DBA DE/Ö orientiert sich im Wesentlichen an den von den internationalen Organisationen erarbeiteten Vertragsmustern. Die Abschlüsse von Deutschland aber auch von Österreich orientieren sich hier weitgehend an dem OECD-Musterabkommen⁵, Abkommen der Vereinigten Staaten hingegen an den vom Finanzministerium der Vereinigten Staaten (IRS) erarbeiteten Musterabkommen.⁶

² Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002]

³ Vgl. [Brähler, 2012], S. 56

⁴ Vgl. [Haase, 2009], S. 659

⁵ Vgl. [Brähler, a.a.O.], S. 100

⁶ Vgl. [IRS, 2012]

2.2. Stellung des Doppelbesteuerungsabkommens

Einordnung in den Stufenbau der Rechtsordnung

Das DBA als völkerrechtlicher Vertrag stellt einen Teil des internationalen Steuerrechtes dar. Es zählt nicht zum Völkergewohnheitsrecht, sondern bewegt sich im Bereich des speziellen Völkerrechts, das grundsätzlich weder innerstaatliches Recht darstellt, noch den Bundesgesetzen der Vertragsstaaten vorgehen kann.⁷

Deutschland

Gem. § 2 Abs. 1 dt. AO gehen *„Verträge mit anderen Staaten im Sinne des Artikels 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes...über die Besteuerung, soweit sie unmittelbar anwendbares innerstaatliches Recht geworden sind...“*⁸ sogar den nationalen Steuergesetzen vor. Demnach würde das DBA also über den nationalen Steuergesetzen stehen. Da jedoch die deutsche Abgabenordnung auch nur ein einfaches Bundesgesetz ist, kann es dem Doppelbesteuerungsabkommen als völkerrechtlichen Vertrag keinen Vorrang einräumen. Das DBA kann einen höheren Rang daher nur aufgrund seines „lex specialis“- bzw. „lex posterior“-Charakters erlangen. Demnach geht die spezielle der generellen Norm bzw. die frühere der späteren Norm vor.⁹

Allerdings können die Regelungen des DBA auch durch nachfolgende speziellere nationale Steuergesetze (z.B. § 8a KStG) derogiert werden. In diesem Fall spricht man von einem „treaty override“. Dabei werden die Regelungen des DBA durch die inhaltsgleichen Regelungen eines nationalen Gesetzes verändert, aufgehoben oder sogar verdrängt.¹⁰

Österreich

DBA stehen auf der Stufe der einfachen Bundesgesetze und sind verfassungsrechtlich als gesetzesändernde Staatsverträge gem. Art. 50 Abs. 1 b-VG zu behandeln.¹¹ Sie benötigen die Genehmigung des Nationalrates, um eine innerstaatliche Wirksamkeit zu entfalten. Darüber hinaus ist eine Zustimmung des Bundesrates notwendig, sofern sie in den Besteuerungsvorgang der einzelnen Länder eingreifen sollen.¹² DBA gehen somit auch in Österreich als „lex specialis“ dem „lex generalis“, den innerstaatlichen Regelungen, vor. Für einen „treaty override“ ist sinngemäß auf die Regelungen von Deutschland abzustellen.

⁷ Vgl. [Rek, Brück, Labermeier, & Pache, 2008], S. 28

⁸ [AO], § 2 Abs. 1

⁹ Vgl. [Brähler, 2012], S. 106 f

¹⁰ Vgl. Ebenda, S. 107

¹¹ Vgl. [Werndl, 2000], S. 101

¹² Vgl. [Lang, 2012], S. 116

2.3. DBA-Recht als Schrankenrecht

In Deutschland und Österreich entfalten die DBA jedoch lediglich eine Schrankenwirkung. Sie können somit keinen neuen Steuertatbestand begründen, sondern lediglich einem Staat ein Besteuerungsrecht gewähren und die vorherrschenden Steuertatbestände hinsichtlich der Besteuerungsgrundlage oder der Besteuerungshöhe einschränken. Die tatsächliche Steuerpflicht wird erst durch das innerstaatliche Steuerrecht begründet.¹³

Verbleibt bspw. dem Quellenstaat das (alleinige) Besteuerungsrecht, wird der Ansässigkeitsstaat durch Anwendung der Freistellungs- oder Anrechnungsmethode eingeschränkt, um die auftretende Doppelbesteuerung zu vermeiden.¹⁴

Die Besteuerung durch den Staat, der von seinem aufgrund des DBA zugewiesenen Besteuerungsrechtes Gebrauch macht, wird jedoch einerseits aufgrund der **innerstaatlichen Regelungen** und andererseits aufgrund der **Bestimmungen des DBA** begrenzt. Sind die Bestimmungen des DBA weiter als die nationalen Bestimmungen gefasst, darf der Staat sein Besteuerungsrecht nur innerhalb der innerstaatlichen Bestimmungen ausführen. Tritt der gegenteilige Fall auf, ist die Anwendung der nationalen Regelungen durch jene vom Abkommen zugeteilten Besteuerungsrechte begrenzt.¹⁵

2.4. Geltungsbereich & Begriffsbestimmung

Diese Arbeit beschäftigt sich mit folgenden Artikeln des DBA DE/Ö näher:

- Artikel 1: „Unter das Abkommen fallende Personen“
- Artikel 2: „Unter das Abkommen fallende Steuern“
- Artikel 3: „Allgemeine Begriffsdefinitionen“
- Artikel 4: „Ansässige Person“
- Artikel 15: „Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit“
- Artikel 18: „Renten“
- Artikel 19: „Öffentlicher Dienst“
- Artikel 23 A: „Befreiungsmethode“

Das Abkommen besteht aus 33 Artikeln. Die obig nicht erwähnten Artikel werden für die Muster-Berechnungsbeispiele jedoch nicht benötigt und werden somit nicht gesondert erläutert.

¹³ Vgl. [Brähler, 2012], S. 104

¹⁴ Vgl. Ebenda, S. 99

¹⁵ Vgl. Ebenda, S. 104

2.4.1. Geltungsbereich

Artikel 1: Persönlicher Anwendungsbereich

Gem. Artikel 1 DBA DE/Ö gilt das Abkommen „...für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.“¹⁶

Die Ansässigkeit selbst ist in Artikel 4 geregelt.

Artikel 2: Sachlicher Anwendungsbereich

Artikel 2 des DBA DE/Ö definiert darüber hinaus die unter das Abkommen fallenden Steuern. Im Rahmen der in dieser Arbeit erarbeiteten Konstellationen betrifft dies sowohl in der Republik Deutschland als auch in der Republik Österreich die Einkommensteuer¹⁷, wenngleich auch in unterschiedlichster Ausprägung wie z.B. der Lohnsteuer als Quellensteuer oder der Einkommensteuer im Rahmen der Veranlagung.

2.4.2. Begriffsbestimmung

Artikel 3: Allgemeine Begriffsdefinition

Als Vertragsstaaten gelten gem. Artikel 3 in diesem Abkommen die Bundesrepublik Österreich, mit dem gesamten Hoheitsgebiet, und die Bundesrepublik Deutschland, mit dem gesamten Hoheitsgebiet der BRD sowie mit dem „...an das Küstenmeer angrenzenden Gebiet des Meeresbodens...“^{18 19}.

In Bezug auf die Staatsangehörigkeit ist zu beachten, dass sich hier die Definitionen von Seiten Österreich und Deutschland geringfügig unterscheiden: In Bezug auf die BRD werden darunter sämtliche Personen verstanden, die Deutsche im Sinne des deutschen Grundgesetzes sind.²⁰ In Österreich umfasst dieser Begriff hingegen sämtliche natürliche Personen, „...die die Staatsangehörigkeit der Republik Österreich besitzen...“²¹.

Die im Rahmen der Arbeit relevanten Personen werden als Ausdruck für natürliche Personen umfasst.²²

¹⁶ [Doppelbesteuerungsabkommen 2002], Artikel 1

¹⁷ Vgl. Ebenda, Artikel 2

¹⁸ Ebenda, Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe b

¹⁹ Vgl. Ebenda, Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe b f

²⁰ Vgl. Ebenda, Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe h Doppelbuchstabe aa

²¹ Ebenda, Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe h Doppelbuchstabe bb Nr. 1

²² Vgl. Ebenda, Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe d

2.5. Problematik bei der Auslegung

Da vor allem die Auslegung der Doppel-Abkommen immer wieder eine große Herausforderung darstellt, widmet sich das folgende Teilkapitel dieser Problematik näher.

Für die Auslegung des Doppelbesteuerungsabkommens ist Artikel 3 Abs. 2 des DBA DE/Ö von besonderer Bedeutung: Diese mittlerweile in vielen österreichischen und deutschen Doppelbesteuerungsabkommen verankerte sogenannte "lex-foi"-Klausel, sieht vor, in folgender Reihenfolge das Abkommen auszulegen bzw. zu interpretieren:

1. "Autonome Auslegung nach dem Abkommenswortlaut"²³
2. Auslegung nach Wortlaut, Sinn und Begriffsdefinition des DBA²⁴
3. Anschließend Begriffsbestimmung nach nationalem Recht²⁵

Folglich hat jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck, „...*wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert...*“²⁶, die Bedeutung, die durch das innerstaatliche Recht des Anwenderstaates festgelegt wird.

Ob allerdings ein Pensionist mit seinen Einkünften in Österreich bzw. Deutschland beschränkt oder unbeschränkt steuerpflichtig ist, richtet sich nicht nach dem Abkommen, sondern ist nach dem nationalen Steuerrecht zu bestimmen.

Diese unterschiedlichen Auslegungsschritte und Begriffswelten ergeben sich durch die der Schrankenfunktion des DBA. Die DBA können eben nur begrenzt in den innerstaatlichen Besteuerungsvorgang eingreifen bzw. einem Vertragsstaat das Besteuerungsrecht zuteilen. Um eine einwandfreie Zuteilung zu ermöglichen, darf das Abkommen von den einzelnen Vertragspartnern jedoch nicht unterschiedlich verstanden bzw. ausgelegt werden.²⁷ Wird von vornherein nur auf das innerstaatliche Recht zurückgegriffen, könnte die Entscheidungsharmonie im Sinne und Ziele des Abkommens nicht mehr gewährleistet werden.²⁸

Nach *Brähler* und der allgemeinen Rechtsprechung des VwGH richtet sich der Artikel 3 Abs. 2 DBA DE/Ö nach den völkerrechtlichen Auslegungsregelungen des Artikel 31 ff

²³ [Bendlinger, 2012], S. 14

²⁴ Vgl. [Brähler, 2012], S. 111

²⁵ Vgl. Ebenda, S. 111

²⁶ [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Artikel 3 Abs. 2

²⁷ Vgl. [Brähler, a.a.O.], S. 110

²⁸ Vgl. [Lang & Strasser, 2005], S. 76

WÜRV.²⁹ Der Abkommens-„Vertrag“ ist demnach „...nach Treu und Glauben in Übersteinstimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Zieles und Zweckes auszulegen.“³⁰ Der Verweis auf das innerstaatliche Recht darf damit nur restriktiv verstanden werden.³¹

Artikel 31-33 verdeutlichen, dass die Auslegung sich nicht nur auf den Wortlaut selbst beziehen darf. Vielmehr ist der „...Wortlaut der in der Frage stehenden Vereinbarung und der darin zum Ausdruck gekommene Wille der Vertragsparteien...“³² grundlegend für die Auslegung.³³

Das Ganze vereinfacht zusammengefasst: Zur Auslegung und Begriffsbestimmung sind zunächst alle erdenkbaren Auslegungsmethoden aus dem Abkommen heranzuziehen. Kann selbst der Inhalt einer Quellenregel nicht mehr ermittelt werden, ist erst dann der Verweis auf das innerstaatliche Recht von Bedeutung.³⁴

Der Rückgriff auf das innerstaatliche Recht, wobei hier die Schrankenwirkung des DBA zu beachten ist, und die unterschiedliche Abkommensinterpretation können jedoch zu einem Qualifikationskonflikt zwischen den beiden Staaten führen.³⁵

Begriffsbestimmungen im nationalen Recht der Vertragsstaaten sind oft sehr unterschiedlich, weshalb Auslegungskonflikte zwangsläufig die Folge sind.³⁶ Da Deutschland und Österreich jedoch in Bezug auf ihre vergleichbaren Steuerrechtssysteme über eine sehr eng vertraute Terminologie verfügen, ist die Gefahr eines Qualifikationskonfliktes in Bezug auf die Besteuerung grenzüberschreitender Altersrenten eher gering.

Die völkerrechtlichen Auslegungsregelungen unterscheiden sich nicht allzu sehr von denen des innerstaatlichen Rechtes, sowohl in Österreich als auch in Deutschland, weshalb auch seitens des VwGH und des VfGH selten Schwierigkeiten bei der Interpretation des Abkommenskontexts auftreten.³⁷

²⁹ Vgl. [Brähler, 2012], S.111

³⁰ Vgl. [Loukota, 2002], S. 92 f

³¹ Vgl. [Lang & Strasser, 2005], S. 76

³² Vgl. [WÜRV], Artikel 31 f

³³ Vgl. [Loukota, a.a.O.], S. 92 f

³⁴ Vgl. [Lang & Strasser, a.a.O.], S. 76

³⁵ Vgl. [Bendlinger, 2012], S. 15

³⁶ Vgl. Ebenda, S. 14 f

³⁷ Vgl. [Lang, Mössner, & Waldburger, 1998], S. 135

2.6. Ansässigkeitsstaat und Quellenstaat

2.6.1. Artikel 4: Ansässigkeit

Die Ansässigkeit definiert sich unter anderem nach dem Wohnsitz, dem ständigen Aufenthalt oder einem ähnlichen Merkmal, aufgrund dessen eine Steuerpflicht der natürlichen Person im jeweiligen Vertragsstaat ausgelöst wird.³⁸

Es ist also vorrangig zu prüfen, wo der Pensionist über eine ständige Wohnstätte verfügt.

Im Regelfall liegt die Ansässigkeit in jenem Staat vor, in dem die unbeschränkte Steuerpflicht gemäß dem nationalen Steuerrecht gegeben ist.³⁹

Der Ansässigkeitsstaat darf aufgrund der vorliegenden unbeschränkten Steuerpflicht des Steuerpflichtigen grundsätzlich das gesamte Welteinkommen besteuern.⁴⁰ Sein Besteuerungsrecht kann jedoch durch eine entsprechende Verteilungsnorm des DBA DE/Ö eingeschränkt werden. Inwieweit anstatt oder neben dem Ansässigkeitsstaat dem anderen Vertragsstaat (Quellenstaat) ein Besteuerungsrecht zugewiesen wird, ist von den Verteilungsnormen in Artikel 6-21 abhängig.⁴¹

Da sich sämtliche Berechnungen in dieser Arbeit auf einen männlichen Pensionisten beziehen, der nach Beendigung seiner Berufstätigkeit in Österreich seinen Ruhealltag mit festem Wohnsitz in Deutschland oder im gegenteiligen Fall durch Wohnsitzwechsel seine Pension in Österreich verbringt, ist hinsichtlich der Ansässigkeit keine weitere Überprüfung mehr notwendig und der Ansässigkeitsstaat auch eindeutig festzustellen.

2.6.2. Welcher Staat ist der richtige Quellenstaat?

Dem anderen Vertragsstaat kommt der Status des Quellenstaates zu Teil. Da sich die Verteilungsnormen in den Artikeln 6-20 oftmals an den Quellenstaat richten, ist seine Bestimmung von besonderer Bedeutung.⁴²

Es ist jener Staat, in dem z.B. die den Pensionsbezug begründende Tätigkeit ausgeübt wurde, die Pensionsversicherung oder Pensionsinvestmentfonds ansässig sind oder die Pensionsbeiträge zum Abzug geltend gemacht wurden.⁴³

Welcher Staat der tatsächliche Quellenstaat ist, wird im Abkommen jedoch auch in den Pensionseinkünfte betreffenden Artikeln 18 und 19 nicht wirklich geregelt, da sie in Bezug auf den Quellenstaat nur vom „anderen Vertragsstaat“ sprechen.⁴⁴

³⁸ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Artikel 4 Abs. 1

³⁹ Vgl. [Loukota, 2002], S. 20

⁴⁰ Vgl. [Suttner & Wimpissinger, 2002], S. 157

⁴¹ Vgl. [Lang & Strasser, 2005], S. 67

⁴² Vgl. Ebenda, S. 67

⁴³ Vgl. [Dommes, 2012], S. 69

⁴⁴ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O.], Artikel 18 i.V.m. Artikel 19

Dementsprechend ist es den einzelnen Vertragspartnern selbst überlassen, im Rahmen von Abkommensverhandlungen eine konkrete Definition des Quellenstaats zu erstellen. Diese Definition kann entweder in das Protokoll des DBA oder an einer sonstigen geeigneten Stelle aufgenommen werden.⁴⁵

Auch im neuesten Revisionsprotokoll zum DBA DE/Ö (ausgegeben am 2.2.2012) wurde lediglich der Informationsaustausch gem. Art. 26 DBA DE/Ö abgeändert.⁴⁶ Es gibt in diesem Doppelbesteuerungsabkommen zumindest in Bezug auf die Altersrenten betreffenden Artikel also keine genaue Definition des Quellenstaates.

Dommes ist im Falle der nicht eindeutigen Definition des Quellenstaates der Ansicht, jenen Staat heranzuziehen, in dem sich die **Aufwand tragende Altersversorgungseinrichtung** (z.B. Pensionskasse, Versicherungsgesellschaft etc.) befindet.⁴⁷

2.7. Grundlagen zur Besteuerung des Einkommens nach dem Doppelbesteuerungsabkommen

Der Eingriff des DBA wird vor allem dann notwendig, wenn in der Pensionszeit der Quellenstaat mit dem Ansässigkeitsstaat nicht mehr übereinstimmt. Folgende zwei Konstellationen, die im Rahmen der Arbeit relevant sind, können dabei auftreten:

- 1) Der deutsche Staatsangehörige erzielt bis Pensionseintritt Einkünfte aus Nicht selbständiger Tätigkeit bzw. es wird für ihn durch Direktzusagen etc. für die Zukunft vorgesorgt. Bei Pensionsantritt entschließt er sich jedoch, seinen Wohnsitz in Deutschland aufzugeben und fortan seinen Lebensalltag in Österreich zu verbringen. Er hat seinen neuen Hauptwohnsitz nun in Österreich, bezieht aber weiterhin Alterseinkünfte aus Deutschland.
- 2) Der österreichische Staatsangehörige entschließt sich, seine Pensionszeit in Deutschland zu verbringen und wechselt seinen Hauptwohnsitz. Er bezieht nun Alterseinkünfte aus der gesetzlichen (oder betrieblichen) Altersvorsorge aus Österreich.

Damit die steuerlichen Konsequenzen aus diesen Tätigkeiten bestmöglich anhand der Berechnungen dargestellt werden können, wurde bewusst eine „lebenslange“ Einkünfteerzielung, anstatt z.B. einer saisonalen Tätigkeit, im ursprünglichen Wohnsitz-

⁴⁵ Vgl. [Dommes, 2012], S.70

⁴⁶ Vgl. [Ludwig, 2012], S. 399 ff

⁴⁷ Vgl. [Dommes, a.a.O.], S.70 f

Staat gewählt. Damit ist mithilfe der gewählten Auszahlungswerte sichergestellt, dass das sich ergebende Einkommen (größtenteils) die Einkommensteuergrenze bzw. den Grundfreibetrag übersteigt und sich somit eine Einkommensteuer berechnet.

Um die Auswirkung des DBA, z.B. die Konsequenzen der Freistellungsmethode, jedoch gezielt darstellen zu können, werden diese Konstellationen nun um folgende Anwendungsfälle erweitert:

- 1) Der nun in Österreich lebende Pensionist bezieht noch zusätzlich Mieteinkünfte aus Deutschland bzw. aus dem neuen Ansässigkeitsstaat Österreich.
- 2) Der nun in Deutschland lebende Pensionist bezieht noch zusätzlich Mieteinkünfte aus Österreich bzw. aus dem neuen Ansässigkeitsstaat Deutschland.

Um die Frage nach der tatsächlichen Besteuerung in den einzelnen Konstellationen zu klären, muss jedoch zuerst untersucht werden, welchem Staat nun das (alleinige) Besteuerungsrecht zugewiesen wird bzw. welchem Artikel die einzelnen Einkünfte zuvor überhaupt zuzuordnen sind.

Im Abkommen DE/Ö gibt es drei Artikel, die aufgrund ihrer sehr ähnlichen Erfüllungsmerkmale grundsätzlich als richtige Verteilungsnorm-Artikel in Frage kommen können:

- Artikel 15 "Einkünfte aus unselbständiger Arbeit",
- Artikel 18 "Ruhegehälter, Renten und ähnliche Zahlungen"
- sowie Artikel 19 "Öffentlicher Dienst".

2.7.1. Abgrenzung zu den Artikeln 15 und 19

Abgrenzung zu Artikel 15 „Einkünfte aus unselbständiger Arbeit“

Obwohl einige Alterseinkünfte in Deutschland und Österreich als Einkünfte aus unselbständiger Arbeit eingestuft werden, sind Altersrenten dennoch eindeutig vom Artikel 15 abzugrenzen. Entscheidend ist nämlich die Beendigung der unselbständigen Arbeit. Ruhegehälter sind demnach Folgegehälter, die auf einem abgeschlossenen Arbeitsverhältnis beruhen.⁴⁸

Nach Artikel 15 werden allerdings primär Löhne und Gehälter bzw. ähnliche Vergütungen, die aufgrund der aktiven Ausübung einer unselbständigen Arbeit zufließen, erfasst. Demnach richtet sich die Besteuerung nach der Ansässigkeit der

⁴⁸ Vgl. [Dommes, 2012], S. 32

Person. Wird die Tätigkeit jedoch in einem anderen Staat ausgeübt, so sind die daraus ausbezahlten Vergütungen in diesem anderen Staat zu besteuern.⁴⁹

Abgrenzung zu Artikel 19 „Öffentlicher Dienst“

Es verbleiben also nur mehr Artikel 18 und 19: Hier gestaltet sich die Unterscheidung schon etwas schwieriger, da beide grundsätzlich fast die gleichen Tatbestandsmerkmale fordern.

Nach *Toiff* ist vorrangig zu prüfen, ob die Einkünfte in den Bereich der Artikels 19 fallen. Können die Einkünfte diesem nicht zugeteilt werden, ist weiter zu überprüfen, ob sie die Voraussetzungen des Artikels 18 erfüllen.⁵⁰

Artikel 19 richtet sich an Ruhegehälter und Vergütungen und nicht wie Artikel 18 an Ruhegehälter und ähnlichen Vergütungen. Artikel 19 erweitert jedoch den Artikel 18 um zusätzliche Tatbestandsmerkmale, die in Artikel 18 nicht normiert sind. Im Wesentlichen konzentriert sich Artikel 19 damit auf jene Ruhegehälter bzw. Vergütungen, die entweder von einem Vertragsstaat, Gebietskörperschaften dieses Vertragsstaates oder sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts aufgrund der geleisteten Dienste an diesen Staat ausbezahlt werden.⁵¹

Um die Zuordnung zu Artikel 18 bzw. 19 überhaupt erst zu ermöglichen, muss der Begriff "Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen" richtig ausgelegt werden.

2.7.2. Auslegung des Begriffes Ruhegehalt und ähnliche Vergütungen

Nach *Toiff* orientiert man sich dazu hinsichtlich des Wortlautes der Bestimmungen des Art. 18 und Art. 19 Abs. 2 OCED-MA an folgenden vier Anhaltspunkten:⁵²

- Die Zahlung muss aus einer unselbständigen Arbeit resultieren.
- Als Abgrenzung zum Artikel 15 muss es sich um eine abgeschlossene unselbständige Tätigkeit handeln.
- Ein bestimmter Umfang der Beziehung zwischen dem früheren Arbeitgeber und dem früheren Arbeitnehmer muss gegeben sein.

⁴⁹ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Artikel 15 Abs. 1

⁵⁰ Vgl. [Gassner, Lang, Lechner, Schuch, & Staringer, 2003], S. 292

⁵¹ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, a.a.O.], Artikel 19

⁵² Vgl. [Gassner, Lang, Lechner, Schuch & Staringer, a.a.O.], S. 293 ff

- Eine gewisse Regelmäßigkeit der Zahlungen muss gegeben sein.

Für die in dieser Arbeit auf den Muster-Konstellationen basierenden Pensionszahlungen bedeutet dies folgendes: Die beiden ersten Anhaltspunkte sind bereits erfüllt, da es sich sowohl um Leistungen mit Bezug zu einer früheren unselbständigen Leistung handelt und auch eine eindeutig Abgrenzung zum Artikel 15 möglich ist. Zu beachten sind daher noch die übrigen Anhaltspunkte.

Bei den Leistungen aus der betrieblichen Altersvorsorge gestaltet sich die Auslegung etwas schwierig, da es in der Literatur 2 Varianten gibt, nach denen sie den Verteilungsnormen zugeteilt werden können: Zum einen dem Artikel 18 und zum anderen dem Artikel 21 (Sonstige Einkünfte). Weiters gibt es auch noch die Möglichkeit der Aufteilung von Pensionskassenleistungen in Zinsen und Kapitalleistungen und dementsprechende Zuteilung zu den einzelnen Artikeln.⁵³

Bezüglich der Aufteilung ist vorab jedoch festzuhalten, dass über die einzelnen Finanzierungsteile (Tilgungen und Zinsen) keine getrennte Verfügungsmacht besteht und somit die Pensionskassenleistungen grundsätzlich als einheitliche Einkünfte zu betrachten sind. Sie sind somit entweder Artikel 18 bzw. 19 oder Artikel 21 zuzuteilen. Eine Aufteilung in Zinsen (Artikel 11) und Kapitalleistungen hat nicht zu erfolgen.⁵⁴

Nach *Gassner/Konezny* fallen hingegen Pensionskassenleistungen weder in den Bereich des Art. 15 noch in den des Art. 18. Die Ansicht der beiden Herren stützt sich dabei auf die Artikel des OECD-Musterabkommens.⁵⁵

Die Leistungen in der Ruhephase beziehen sich nämlich nicht mehr auf die Arbeitsleistung selbst, sondern auf die vom Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmer geleisteten Beiträge.⁵⁶ Da die Versorgung nicht mehr direkt vom Arbeitgeber abgewickelt wird und dieser daher nicht ident mit dem Pensionsauszahler ist, beruhen die daraus resultierenden Leistungen auch nicht mehr auf einer früheren unselbständigen Tätigkeit.⁵⁷ *Gassner/Konezny* bestärken diese Ansicht mit dem Vergleich zu den Renten aus der privaten Altersvorsorge, die ebenfalls eindeutig nicht dem Artikel 18 unterliegen.⁵⁸ Es mangelt in diesem Fall also an der Beziehung zwischen dem früheren Arbeitnehmer und dem früheren Arbeitgeber.

⁵³ Vgl. [Gassner, Lang, Lechner, Schuch, & Staringer, 2003], S. 316

⁵⁴ Vgl. Ebenda, S. 324 f

⁵⁵ Vgl. Ebenda, S. 316 ff

⁵⁶ Vgl. Ebenda, S. 324 f

⁵⁷ Vgl. [Scholz, 2006], S. 128

⁵⁸ Vgl. [Gassner, Lang, Lechner, Schuch & Staringer, a.a.O.] S. 324

Heuer sieht darüber hinaus auch bei sämtlichen Renten aus einem Versicherungsverhältnis, wie etwa aus der Direktversicherung, aufgrund der fehlenden Beziehung keine Zuordnung zum Artikel 18 (des OECD-Musterabkommens).⁵⁹

Diesen Ansichten entgegengestellt können jedoch sämtliche Pensionsbezüge dennoch unter Artikel 18 fallen:

- Für die staatlichen Altersleistungen wird im DBA DE/Ö bereits durch Artikel 18 Abs. 2 als Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung vorgesorgt, nach dessen Verteilungsnorm dem Quellenstaat (Kassenstaat) das Besteuerungsrecht zugeteilt wird.

- Für die restlichen Altersleistungen findet sich ein Schlupfloch in Artikel 18 Abs. 1 DBA DE/Ö: Demnach können die ähnlichen Vergütungen auch sämtliche in dieser Arbeit behandelten Leistungen aus der betrieblichen Altersvorsorge umfassen.

Diese Ansicht rechtfertigt sich dadurch, dass Artikel 18 nicht wirklich auf einen Arbeitgeber abstellt und somit die Beziehung zwischen dem früheren Arbeitgeber und dem früheren Arbeitnehmer nicht derart umfassend sein muss, wie sie bis jetzt gefordert wurde.⁶⁰

Auch *Holzapfel* teilt in seiner Aufstellung der Verteilungsnormen von Renteneinkünften betriebliche Altersrenten, wie etwa jene aus Pensionskassen, dem Artikel 18 Abs. 1 DBA DE/Ö zu.⁶¹ Er bezieht sich dabei auf die nicht unbedingt notwendige Beziehung zwischen dem früheren Arbeitgeber und dem früheren Arbeitnehmer.⁶²

Für die schlussendliche Besteuerung hat die unterschiedliche Zuteilung der Leistungen aus der betrieblichen Altersvorsorge zu Artikel 18 oder Artikel 21 jedoch keine gravierende Auswirkung, da beide bei der Zuteilung des Besteuerungsrechtes auf den Staat der Ansässigkeit bzw. des Hauptwohnsitzes abstellen.

Artikel 18 umfasst nach dieser Auslegung somit sämtliche staatlichen Altersleistungen (Artikel 18 Abs. 2) sowie Arbeitgeberpensionen (Direktzusagen), Renten aus Unterstützungskassen, Pensionskassen, Betrieblichen Kollektivversicherungen,

⁵⁹ Vgl. [Heuer, 2009], S. 101

⁶⁰ Vgl. [Gassner, Lang, Lechner, Schuch, & Staringer, 2003], S. 299 f

⁶¹ Vgl. [Holzapfel, 2011], S. 399

⁶² Vgl. [Gassner, Lang, Lechner, Schuch & Staringer, a.a.O.], S. 299 f

Pensionsfonds und Direktversicherungen sowie Bezüge aus der Betrieblichen Mitarbeiter-Vorsorgekasse.⁶³

2.8. Artikel 18: Zuteilung des Besteuerungsrechtes

Mithilfe der einzelnen Verteilungsnormen in den Artikeln 6 bis 21 im DBA DE/Ö soll das Besteuerungsrecht nun einem Vertragsstaat zugewiesen und das des anderen Vertragsstaates gänzlich bzw. nur teilweise eingeschränkt werden.

Die Besteuerungs-Zuteilungsregeln des Artikels 18 sind in der folgenden Tabelle übersichtlich zusammengefasst.

Ansässigkeitsstaat	Quellenstaat	Form der Altersrente	Zuteilungsnorm	Ort der Besteuerung
DE	Ö	Bezug aus der gesetzlichen Sozialversicherung	Artikel 18 Abs. 2	Österreich
DE	Ö	Bezug aus der betrieblichen Altersvorsorge	Artikel 18 Abs. 1	Deutschland
Ö	DE	Bezug aus der gesetzlichen Sozialversicherung	Artikel 18 Abs. 2	Deutschland
Ö	DE	Bezug aus der betrieblichen Altersvorsorge	Artikel 18 Abs. 1	Österreich

Tabelle 1: Zuteilungsregeln nach Artikel 18 DBA DE/Ö⁶⁴

Zu den in der Tabelle erfassten Bezüge aus der Betrieblichen Altersvorsorge zählen sämtliche in Punkt 2.7.2 dieser Arbeit erwähnten betrieblichen Altersrenten-Formen. Artikel 18 erteilt demnach das (alleinige) Besteuerungsrecht den im Doppelbesteuerungsabkommen bezeichneten Staaten (wie oben als Ort der Besteuerung angegeben). Dies ist im Falle von gesetzlichen Altersrenten der Quellenstaat und im Falle von betrieblichen Renten immer der Ansässigkeitsstaat.

Besteuerung nur im Ansässigkeitsstaat

Wird dem Ansässigkeitsstaat nun bereits im Rahmen dieser Verteilungsnorm das alleinige Besteuerungsrecht zugeteilt, wendet das Abkommen automatisch das Befreiungssystem an, wobei einem Vertragsstaat das Besteuerungsrecht eingeräumt und dem anderen entzogen wird.⁶⁵ Durch diese „abschließende Verteilungsnorm“ ist

⁶³ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Artikel 18 Abs. 1

⁶⁴ Vgl. [Holzapfel, 2011], S. 399; eigene Überarbeitung, 2013

⁶⁵ Vgl. [Loukota, 2002], S. 46

die Doppelbesteuerung bereits ohne weitere Anwendung des Methodenartikels ausgeschlossen.⁶⁶ Besteuert wird lediglich im Ansässigkeitsstaat nach dessen innerstaatlichen Bestimmungen. Der Quellenstaat muss auf sein Besteuerungsrecht grundsätzlich zur Gänze verzichten.⁶⁷

Diese Verteilungsnorm kommt bei Artikel 18 Abs. 1 DBA DE/Ö für „Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen“ zur Anwendung.

Quellenbesteuerungsrecht als Voraussetzung für den Methodenartikel

Der Sachverhalt ist anders zu beurteilen, wenn die Verteilungsnorm das (ausschließliche) Besteuerungsrecht dem Quellenstaat zuteilt. Dies ist im Artikel 18 Abs. 2 DBA DE/Ö der Fall. Damit entsteht ein Doppelbesteuerungsproblem, da neben dem Ansässigkeitsstaat (aufgrund der unbeschränkten Steuerpflicht mit Besteuerung des Welteinkommens) auch der Quellenstaat ein Besteuerungsrecht erhält.

Um dieses Problem abzuwenden, wurde Artikel 23 „Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung“ ins Abkommen DE/Ö aufgenommen.

Dieser Artikel sieht eine Befreiungs- bzw. Anrechnungsmethode vor, die vom Ansässigkeitsstaat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung anzuwenden ist.⁶⁸

Da Artikel 18 jedoch im DBA DE/Ö von der Anrechnungsmethode⁶⁹ ausgenommen ist, ist in diesem Fall nur die Befreiungsmethode anzuwenden.

⁶⁶ Vgl. [Dommes, 2012], S. 240

⁶⁷ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002] Artikel 18 Abs. 1

⁶⁸ Vgl. [Suttner & Wimpissinger, 2002], S. 76

⁶⁹ Bei der Anrechnungsmethode besteuert der Ansässigkeitsstaat das gesamte Einkommen. Jene Steuern, die aufgrund der DBA-Regelung vom anderen Staat eingehoben werden dürfen, sind auf die eigene Steuer anzurechnen. Vgl. [Loukota, 2002], S. 75

2.9. Artikel 23: Vermeidung der Doppelbesteuerung

2.9.1. Anwendung der Befreiungsmethode

Die Befreiungsmethode bewirkt im Gegensatz zur Anrechnungsmethode eine gleichmäßige Steuerbelastung der zu besteuern den Inlandseinkünfte. Gleichzeitig verhindert sie Begünstigungen im Steuersatz durch das Außerachtlassen von ausländischen Einkünften.⁷⁰

Sie legt fest, dass bei Berechnung der Einkommensteuer durch den Ansässigkeitsstaat sämtliche inländischen Einkünfte, für die kein Besteuerungsrecht besteht, aus der Steuer-Bemessungsgrundlage auszuschneiden sind.⁷¹

Durch die Formulierung „Nur“ bei der Zuteilungsregel in Artikel 18 Abs. 1 und Abs. 2 liegt jedoch an sich bereits eine abschließende Verteilungsnorm vor, womit die Befreiungsmethode schon in der Verteilungsnorm normiert wird.⁷² Diese Formulierung verpflichtet den anderen Vertragsstaat daher bereits zur Freistellung der betroffenen Einkünfte.⁷³ Das würde allerdings bedeuten, dass somit der Methodenartikel zur Vermeidung der Doppelbesteuerung unanwendbar wird, da die Doppelbesteuerung an sich bereits ausgeschlossen wäre. Dies ist jedoch nicht ganz zutreffend, da auch andere Bestimmungen eines DBA, wie z.B. Subject-to-tax-Klauseln, im Falle einer abschließenden Verteilungsnorm noch zur Anwendung kommen können.⁷⁴

Nach Auffassung von *Dommes* und der restlichen österreichischen und deutschen Judikatur sind, im Falle der Zuteilung des ausschließlichen Besteuerungsrechtes an den Quellenstaat, die Altersrenten zumindest noch für den Zweck des Progressionsvorbehaltes im Ansässigkeitsstaat mit einzubeziehen.⁷⁵

2.9.2. Anwendung des Progressionsvorbehaltes

Grundsätzlich erlaubt der Progressionsvorbehalt dem Ansässigkeitsstaat die ihm zugeteilten Einkünfte mit jenem Steuersatz zu belasten, der sich ansonsten bei Berücksichtigung des gesamten Welteinkommens im Inland ergeben würde.⁷⁶ Im Rahmen der Muster-Konstellationen wird auf die Berechnung des anzuwendenden

⁷⁰ Vgl. [Suttner & Wimpissinger, 2002], S. 130

⁷¹ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Artikel 23

⁷² Vgl. [Dommes, 2012], S. 240

⁷³ Vgl. [Lang & Strasser, 2005], S. 68

⁷⁴ Vgl. [Dommes, a.a.O.], S. 241

⁷⁵ Vgl. Ebenda, S. 242

⁷⁶ Vgl. Ebenda, S. 240

Durchschnittssteuersatzes im Ansässigkeitsstaat eingegangen und anhand dessen die Wirkungsweise des Progressionsvorbehaltes erläutert.

Für die Anwendung des Progressionsvorbehalts muss nicht zwingend der Methodenartikel angesprochen werden. Wird durch eine abschließende Verteilungsnorm das Freistellungsverfahren bewirkt, darf der Progressionsvorbehalt trotz fehlender zusätzlicher Regelung angewendet werden, da er ja damit eigentlich im Sinne und zum Zwecke des Abkommens handelt und damit auch die Gleichmäßigkeit der Besteuerung sichert.⁷⁷ Ob also die Befreiung im Wege der abschließenden Verteilungsnorm oder mithilfe des Methodenartikels erfolgt, hat auf die Funktionsweise der Befreiung keine Auswirkung. Die Formulierung „Nur“ in der Verteilungsnorm kann somit keine umfassendere Befreiung als die Anwendung des Methodenartikels entfalten.⁷⁸ Das DBA DE/Ö enthält auch keine Regelung, die in diesem Falle einen Progressionsvorbehalt ausdrücklich verbieten würde.

Der Progressionsvorbehalt kommt darüber hinaus sogar zur Anwendung, wenn er nicht ausdrücklich im Methodenartikel verankert wird. Argumentieren kann man diese Ansicht dadurch, dass sich die allgemeine Rechtsgrundlage nur durch die innerstaatlichen Bestimmungen der jeweiligen Vertragsstaaten begründet.⁷⁹ Diese Ansicht kann jedoch zu der Annahme führen, dass auch der Quellenstaat den Progressionsvorbehalt im Falle des alleinigen Besteuerungsrechtes beim Ansässigkeitsstaat anwenden dürfte. In diesem Fall sind sich jedoch die Literatur und die österreichische Finanzverwaltung einig: Grundsätzlich ist nur der Ansässigkeitsstaat berechtigt, die ausländischen Einkünfte für Zwecke der Durchschnittssteuersatzbemessung zu berücksichtigen.⁸⁰ Eine Ausnahmeregelung findet man im deutschen Einkommensteuergesetz.⁸¹ Diese wird bei den Berechnungen in Punkt 3 genauer erläutert.

In Deutschland bestimmt sich der Progressionsvorbehalt nach § 32b dt. EStG.⁸²

In Österreich gibt es dazu allerdings keine explizite Rechtsgrundlage.

Laut österreichischer Finanzverwaltung begründet sich die innerstaatliche Rechtsgrundlage zur Anwendung des Progressionsvorbehaltes nach § 1 öEStG „Persönliche Steuerpflicht“, § 2 öEStG „Sachliche Steuerpflicht“ und § 33 öEStG „Tarif“ und dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung.⁸³

⁷⁷ Vgl. [Dommes, 2012], S. 235 f

⁷⁸ Vgl. Ebenda, S. 241

⁷⁹ Vgl. [Suttner & Wimpissinger, 2002], S. 160 ff

⁸⁰ Vgl. Ebenda, S. 167 ff

⁸¹ Vgl. [Dommes, a.a.O.], S. 240

⁸² Vgl. § 32b Abs. 1

⁸³ Vgl. [EStR], Rz 7589

3. Grenzüberschreitender Bezug von gesetzlichen und betrieblichen Altersrenten

Die im vorhergehenden Kapitel erläuterten Zuteilungsregelungen bewirken nun eine entsprechende Besteuerung in Österreich bzw. Deutschland. Diese wird mit dem vorliegenden Kapitel in den einzelnen Konstellationen anhand von Muster-Berechnungsbeispielen genauer erläutert.

3.1. Grundlagen

3.1.1. Berechnung der Einkommensteuer 2012

Die Berechnungen basieren auf der Annahme eines männlichen Pensionisten, der im Jahr 2010 im Alter von 65 Jahren in die Pension eingetreten ist. Der Pensionist Rudolph M. war jahrelang als Angestellter im Industriebereich in Österreich bzw. Deutschland tätig und bezieht ab 2010 monatliche Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung bzw. aus der betrieblichen Altersvorsorge, für die sein damaliger Arbeitgeber in unterschiedlichster Weise vorgesorgt hat. Rudolph M. ist kinderlos, hat keine Sonderausgaben bzw. außergewöhnlichen Belastungen. Somit werden nur die ihm zustehenden Pauschalbeträge geltend gemacht. Die Einkommensteuer wird nur von seinem persönlichen Einkommen berechnet. In Deutschland ist somit keine Ehegattenveranlagung durchzuführen.

Damit die Vergleichsfähigkeit der Berechnungsergebnisse gegeben ist, wurde als Basis für die Berechnung der Einkommensteuer in Österreich sowie in Deutschland derselbe Jahresbruttoauszahlungsbetrag gewählt. In Österreich setzt sich dieser (größtenteils) aus 14 monatlichen Zahlungen zusammen, in Deutschland hingegen nur aus 12 monatlichen Zahlungen. In allen Berechnungsbeispielen und deren Varianten ergibt dies einen Auszahlungsbetrag iHv € 26.460. Bei den Leistungen aus der Unterstützungskasse wird allerdings nur mit einer Jahressumme iHv € 12.000 gerechnet, da die Auszahlungssumme der Unterstützungskasse in Österreich auf diesen Betrag begrenzt ist.

Abzugsposten & Absetzbeträge:

In Österreich wird bei einem Pensionisten ein Krankenversicherungs-Beitrag in Höhe von 5,10 Prozent vom Bruttobetrag der gesetzlichen Altersrente in Abzug gebracht.⁸⁴

In Deutschland hingegen werden von den Bruttoeinkünften Sozialversicherungs-Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung insgesamt in Höhe 10,4 Prozent (bei betriebl. AV sogar 17,7 Prozent) einbehalten.⁸⁵

In Österreich unterliegen nur mehr die Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung der gesetzlichen Pensionsversicherungspflicht.⁸⁶ In Deutschland hingegen unterliegen gem. § 226 und § 229 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch Gesetzliche Krankenversicherung auch Renten der betriebl. AV der Kranken- und Pflegeversicherungspflicht.

Dem Pensionisten stehen als Abzugsposten grundsätzlich Werbungskosten- sowie Sonderausgaben in Form eines Pauschalbetrages zu.

In Österreich begründen die Pensionseinkünfte in den einzelnen Konstellationen sowohl bei unbeschränkter als auch beschränkter Steuerpflicht immer einen Anspruch auf den Werbungskostenpauschbetrag. Mieteinkünfte, die keine Einkünfte aus Nicht selbständiger Tätigkeit bzw. Arbeit darstellen, steht dieser somit nicht zu.⁸⁷ Der Sonderausgabenpauschbetrag steht dem österreichischen unbeschränkt sowie beschränkt Steuerpflichtigen immer zu.⁸⁸

In Deutschland gilt grundsätzlich dieselbe Regelung mit Ausnahme des Sonderausgabenpauschbetrags bzw. der normalen Sonderausgaben, die bei einem beschränkt Steuerpflichtigen ausgeschlossen werden.⁸⁹

Weitere Abzugsposten bzw. Absetzbeträge (z.B. Altersentlastungsbetrag in Deutschland oder Pensionistenabsetzbetrag in Österreich) sind abhängig von der Höhe des Einkommens und werden in den Muster-Konstellationen genauer erläutert.

Für die folgenden Berechnungen der Renten aus der gesetzlichen SV gilt:

Die in Klammern befindlichen Werte der in Punkt 3.2 dargestellten Konstellationen stellen die **zusätzlichen** Mieteinkünfte und deren Abzugsposten im Quellenstaat dar (Variante 2).

⁸⁴ Vgl. [Pensionsversicherungsanstalt, 2012]

⁸⁵ Vgl. [Deutsche Rentenversicherung Bund, 2012],

⁸⁶ Vgl. [ASVG], § 1

⁸⁷ Vgl. [öEStG], § 16 Abs. 3

⁸⁸ Vgl. Ebenda, § 18 Abs. 2

⁸⁹ Vgl. [dt. EStG] § 9a i.V.m § 50 Abs. 1

Für die folgenden Berechnungen der Renten aus der betrieblichen AV gilt:

Die in Klammern befindlichen Werte der in Punkt 3.3 und 3.4 dargestellten Konstellationen stellen die **zusätzlichen** Mieteinkünfte und deren Abzugsposten im Ansässigkeitsstaat dar (Variante 1).

Österreich: Die Einkommensteuer ist bei Cent-Beträgen ab 50 aufzurunden und unter 50 abzurunden.⁹⁰ Der in den Berechnungen dargestellte Effektiv-Steuersatz ergibt sich durch die Relation von Einkommensteuer zu tatsächlichen Einkommen (inkl. SZ). Der Durchschnittssteuersatz bei Anwendung des Progressionsvorbehaltes) wird als „Ø Steuersatz in %“ bezeichnet.

Deutschland: Die Einkommensteuer ist immer auf volle Euro abzurunden.⁹¹

Der in den Berechnungen dargestellte Effektiv-Steuersatz ergibt sich durch die Relation von Einkommensteuer zu tatsächlichen Einkommen. Der Durchschnittssteuersatz bei Anwendung des Progressionsvorbehaltes) wird als „Ø Steuersatz in %“ bezeichnet.

3.1.2. Sonderregelung Sozialversicherung

Seit 1.5.2010 unterliegen erstmals auch ausländische Renten aus der gesetzlichen Altersvorsorge in Österreich der inländischen Krankenversicherungspflicht iHv 5,1 Prozent der Bemessungsgrundlage. Betriebspensionen sind davon nicht betroffen.⁹²

Dadurch ist der Pensionist im grenzüberschreitenden Fall doppelt mit den Krankenversicherungsbeiträgen belastet, da von den Leistungen in Deutschland immer noch ein KV- und PV-Beitrag abzuführen ist.

Diese Regelung gilt auch im umgekehrten Fall. Somit sind in Deutschland lebende Pensionisten mit ihren ausländischen Renten gem. § 228 Abs. 1 Satz 2 Fünftes SGB in der Krankenversicherung und somit auch nach § 57 Abs. 1 Satz 1 Elftes SGB in der Pflegeversicherung beitragspflichtig.⁹³

Damit gegenüber einem inländischen Rentner jedoch keine Nachteile bestehen, ist auch in diesem Fall nur der geförderte KV-Beitrag von 8,2 Prozent zuzüglich PV-Beitrag von 2,2 Prozent (1,95 Prozent + 0,25 Prozent für kinderlose Rentner) an SV-

⁹⁰ Vgl. [LStR], RZ 813a

⁹¹ Vgl. [dt. EStG], § 32a Abs. 1

⁹² Vgl. [ÖÖ GKK Forum Gesundheit, 2011]

⁹³ Vgl. [Sozialversicherung Kompetent, 2011]

Beiträgen einzubehalten.⁹⁴ Von diesen Leistungen werden auch vom österreichischen Sozialversicherungsträger weiterhin KV-Beiträge einbehalten.

3.1.3. Zusätzliche Mieteinkünfte

Damit die Funktionsweise des Progressionsvorbehalts genauer beschrieben werden kann, wird in den Musterkonstellationen mit folgenden Varianten gerechnet:

- (1) Mieteinkünfte im neuen Ansässigkeitsstaat
- (2) Mieteinkünfte im Quellenstaat (ursprüngliche Ansässigkeit)

Variante 1: Bei Wohnsitzwechsel lässt der Pensionist seine Vermietung in seinem ursprünglichen Wohnsitzstaat auf. Bei einer Vermietung im neuen Ansässigkeitsstaat - es werden insgesamt wieder € 8.000 im Kalenderjahr erwirtschaftet - ist er mit diesen Einkünften im Ansässigkeitsstaat nun unbeschränkt steuerpflichtig.

Variante 2: Bei Wohnsitzwechsel behält der Pensionist seine Vermietung im ursprünglichen Wohnsitzstaat bei. Er erwirtschaftet im Kalenderjahr insgesamt € 8.000. Mit diesen Einkünften ist er im Quellenstaat beschränkt steuerpflichtig.

Österreich: Unabhängig davon, ob unbeschränkte oder beschränkte Steuerpflicht besteht, sind die Mieteinkünfte ohne jegliche weitere Abzugsposten in Österreich zur Gänze zu besteuern, sofern Österreich das Besteuerungsrecht dafür hat.⁹⁵

Deutschland: In Deutschland sind die Mieteinkünfte grundsätzlich zur Gänze zu versteuern.⁹⁶ Ein unbeschränkt sowie beschränkt Steuerpflichtiger begründet mit den zusätzlichen Mieteinkünften allerdings einen Anspruch auf den Altersentlastungsabsetzbetrag iHv 32 Prozent der BMGL.⁹⁷

Ob der jeweilige Staat das Besteuerungsrecht für Mieteinkünfte hat, richtet sich wieder nach dem DBA DE/Ö: In Artikel 6 wird dazu geregelt, dass die Mieteinkünfte grundsätzlich in jenem Staat zu besteuern sind, in dem das Mietobjekt liegt.⁹⁸ Ist dies nicht der Ansässigkeitsstaat, verbleibt diesem gem. Artikel 23 zumindest das Recht des Progressionsvorbehalts.⁹⁹

⁹⁴ Vgl. [HVB BKK, 2011]

⁹⁵ Vgl. [öEStG], § 28 Abs. 1

⁹⁶ Vgl. [dt. EStG], § 21 Abs. 1

⁹⁷ Vgl. Ebenda, § 24a

⁹⁸ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Artikel 6

⁹⁹ Vgl. Ebenda, Artikel 23

3.2. Rente aus der gesetzlichen Sozialversicherung

3.2.1. Konst. 1) Umzug von Ö nach DE

Besteuerung im Ansässigkeitsstaat DE: Variante 1

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Mieteinkünfte gem § 21 dt. EStG				8.000,00
= Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte				
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG			max.	-1.520,00
32% von 8.000 =	2.560,00			
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>				6.444,00
Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG				
Progressionsvorbehalt gem. § 32b Abs 1 Nr. 3 dt. EStG				
			Ausl. Einkünfte	
Inl. Einkünfte	8.000,00	PEK	26.460,00	
Stf. Ausl. Einkünfte	15.774,00	- Renten-FB	-10.584,00	
Einkünfte Gesamt	23.774,00	60%	15.876,00	
- Max. Sonderausgaben	-1.900,00	- WK	-102,00	
gem. § 10 Abs. 4 dt. EStG			15.774,00	
- Pauschbetrag gem. § 10c dt. EStG	-36,00			
- Altersentlastungsbetrag	-1.520,00			
gem. § 24a dt. EStG				
Fiktives Einkommen	20.318,00			
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881				
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038$ $z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$				
z...	0,6849	$= (20.318 - 13.469) / 10.000$		
ESt	2.787,00	$= (228,74 * 0,6849 + 2.397) * 0,6849 + 1.038$		
Ø Steuersatz in %	13,72%	$= (2.787 / 20.318)$		
Einkommensteuer für Mieteinkommen			$6.444 * 13,72\% =$	883,92
Einkommensteuer (abgerundet)				883,00
Effektiv-Steuersatz				13,70%

Tabelle 2: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1¹⁰⁰

Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (DE)

Der Steuerpflichtige ist in dieser Fallkonstellation mit seinen (Miet)Einkünften im Ansässigkeitsstaat DE unbeschränkt steuerpflichtig.¹⁰¹ Deutschland ist jedoch aufgrund des DBA DE/Ö dazu verpflichtet, die Pensionseinkünfte, die im Quellenstaat Österreich zu besteuern sind, unter Vornahme eines Progressionsvorbehaltes freizustellen.¹⁰²

¹⁰⁰ Eigene Erstellung, 2013

¹⁰¹ Vgl. [dt. EStG] § 1 Abs. 1

¹⁰² Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Art. 18 Abs. 2

Ermittlung des Progressionsvorbehaltes:

Für die Berechnung des Durchschnittssteuersatzes sind die Pensionseinkünfte aus Österreich nun den inländischen Mieteinkünften hinzuzurechnen. Die ausländischen Pensionseinkünfte werden dabei nach denselben Regelungen wie für inländische Sonstige Einkünfte steuerlich erfasst. Es liegen somit Sonstige Einkünfte gem. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa dt. EStG vor, die abzüglich eines Rentenfreibetrags (siehe dazu auch Tabelle 6) anzusetzen sind.¹⁰³

Grundsätzlich wird hier zwischen den Bezügen von einem inländischen oder ausländischen Sozialversicherungsträger nicht unterschieden.¹⁰⁴ Es ist jedoch Voraussetzung, dass die Renten den typischen Merkmalen der inländischen Sozialversicherungsrente entsprechen und somit der Basisversorgung dienen. Die Bezüge dürfen bspw. daher erst bei Erreichen einer bestimmten Altersgrenze anfallen.¹⁰⁵ Das deutsche Bundesministerium der Finanzen hat dazu eine Übersicht über ausländische gesetzliche Rentenversicherungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a dt. EStG und des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa dt. EStG veröffentlicht, in welcher die österreichische Pensionsversicherungsanstalt, als auszahlende Stelle der gesetzlichen SV-Renten in Österreich, enthalten ist.¹⁰⁶

Von den Bruttoeinkünften darf nun noch der Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a dt. EStG in Abzug gebracht werden.¹⁰⁷ Da die Mieteinkünfte keine Einkünfte aus Nicht selbständiger Arbeit darstellen, entfällt der Anspruch auf den Pauschbetrag bei ihnen.¹⁰⁸

Von den Gesamteinkünften können im Rahmen der unbeschränkten Steuerpflicht vom Ansässigkeitsstaat noch Sonderausgaben gem. § 10 dt. EStG und der Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG in Abzug gebracht werden.¹⁰⁹

Beiträge zur ausländischen Sozialversicherung (KV-Beiträge) sind grundsätzlich gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe a dt. EStG absetzbar. Allerdings schränkt § 10 Abs. 2 Nr. 1 dt. EStG dieses Abzugsrecht ein, sofern die Sonderausgaben in Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen stehen. Damit sind sie auf jeden Fall bei der Berechnung der tatsächlichen Steuerbemessungsgrundlage nicht zu berücksichtigen. Dieses Abzugsverbot kann aber nicht für die Einkünfte gem. § 49 dt. EStG gelten, da die Einkünfte bei Einbeziehung in die Bemessungsgrundlage für den Progressions-

¹⁰³ Vgl. [Bundesfinanzhof Deutschland, 2010], Nr. 21

¹⁰⁴ Vgl. [dt. EStG] § 22

¹⁰⁵ Vgl. [Bundesfinanzhof Deutschland, 2010], Nr. 25 Doppelbuchstabe aa

¹⁰⁶ Vgl. [OFD Münster, 2008]

¹⁰⁷ Vgl. Punkt 3.1.1., S. 21

¹⁰⁸ Vgl. [dt. EStG], § 9a

¹⁰⁹ Vgl. Punkt 3.1.1., S. 21

vorbehalt ihren Charakter als steuerfreie Einnahmen verlieren.¹¹⁰ Die KV-Beiträge sind gem. § 10 Abs. 4 dt. EStG von der fiktiven BMGL für den Durchschnittssteuersatz beschränkt auf max. € 1.900 absetzbar.¹¹¹

Die Einkommensteuer ist sodann vom fiktiven Gesamteinkommen nach dem Tarif gem. § 32a dt. EStG zu errechnen und in Relation zu diesem Einkommen zu setzen.¹¹² Der sich ergebende Durchschnittssteuersatz wird dann auf das tatsächliche Einkommen (Mieteinkommen) angewandt und ergibt die endgültige deutsche Einkommensteuer.

Variante 2: In Deutschland findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung statt.

Besteuerung im Quellenstaat Ö: Variante 1 + 2

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012				
Altersrente Auszahlungsbetrag		14 Zlg. =		26.460,00
gem. § 25 Abs. 1 Nr. 1 öEStG		12 Zlg. =		22.680,00
- Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe a öEStG	5,10%			-1.156,68
- (Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe f öEStG)	5,10%			-(1.156,68)
+ (Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)				(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>	Variante 1			21.523,32
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>	(Variante 2)			(28.366,64)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG				-60,00
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>	Variante 1			21.463,32
<u>(inkl. SZ)</u>	Variante 1			24.430,54
<u>Zu versteuerndes Einkommen inkl. Mieteinkünfte</u>	(Variante 2)			(28.306,64)
<u>(inkl. SZ)</u>	(Variante 2)			(31.081,08)
<u>Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG</u>				
Variante 1: Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000				
(21.463,32 - 11.000) * 5.110 / 14.000				3.819,11
Variante 2: Einkommen lt. Berech.	28.306,64			
+ Hinzurechnungsbetrag	9.000,00	gem. § 102 Abs. 3 öEStG		
Fiktives Einkommen	37.306,64			
Besteuerungstarif von über € 25.000 bis € 60.000				
(37.306,64 - 25.000) / 35.000 * 15.125 + 5.110				(10.428,23)
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG	Variante 1			-176,83
	(Variante 2)			-(234,67)
Steuer nach Abzug der Absetzbeträge	Variante 1			3.642,28
	(Variante 2)			(10.193,56)
Steuer Sonstige Bezüge gem. § 67 Abs. 1 öEStG:				
Variante 1: So. Bezüge	2/14 = 3.780;	(3.780 - 3.780 * 5,1% - 620) * 6% =		178,03
(Variante 2: So. Bezüge)	2/14 = 3.780;	(3.780 - 3.780 * 5,1% * 2 - 620) * 6% =		(166,47)
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)				3.820,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				15,64%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)				(10.360,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				(33,33%)

Tabelle 3: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von Ö nach DE, Beschränkt Ö, Variante 1 + 2¹¹³

¹¹⁰ Vgl. [Bundesfinanzhof Deutschland, 2010], Nr. 37 ff

¹¹¹ Vgl. [dt. EStG], § 10 Abs. 4

¹¹² Vgl. Ebenda, § 32b Abs. 2

¹¹³ Eigene Erstellung, 2013

Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (DE)

Bei dieser Konstellation ist der Pensionist mit seinen Pensionseinkünften aufgrund der Wohnsitzverlegung in Österreich nur mehr beschränkt steuerpflichtig.¹¹⁴

Die Alterseinkünfte aus Österreich unterliegen dabei weiterhin dem Lohnsteuerabzug.¹¹⁵ Daher erfolgt die Besteuerung der inländischen Einkünfte des beschränkt Steuerpflichtigen zunächst genauso wie beim unbeschränkt Steuerpflichtigen gem. § 25 Abs. 1 Nr. 1 öEStG.¹¹⁶ Die Pensionseinkünfte (ohne Sonderzahlungen) sind abzüglich der KV-Beiträge und des Sonderausgabenpauschbetrages zur Gänze steuerpflichtig. Auf das Einkommen ist der normale Besteuerungstarif gem. § 33 Abs.1 öEStG anzuwenden.¹¹⁷ Es findet auch die begünstigte Besteuerung Anwendung, bei der die Sonderzahlungen (So. Bezüge) abzüglich der darauf entfallenden SV-Beiträge sowie abzüglich eines Freibetrages iHv € 620 nur mit 6 Prozent zu besteuern sind.¹¹⁸

Außergewöhnliche Belastungen, ausländische Sonderausgaben sowie Alleinverdiener/Alleinerzieher-Absetzbeträge sind aufgrund der beschränkten Steuerpflicht allerdings vom Abzug ausgeschlossen.¹¹⁹

Liegen im Veranlagungszeitraum nur lohnsteuerpflichtige Einkünfte vor, kommt es zu keiner (Pflicht)Veranlagung.¹²⁰

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Es ist bei dieser Variante eine Pflichtveranlagung des beschränkt Steuerpflichtigen durchzuführen, da nun auch andere Einkünfte bezogen werden, die den Freibetrag von € 730 überschreiten.¹²¹ Daher wird dem inländischen Gesamteinkommen ein fiktives Einkommen von € 9.000 hinzugerechnet.¹²² Auf dieses ist sodann der Tarif gem. § 33 Abs. 1 öEStG anzuwenden. Mit diesem Hinzurechnungsbetrag sollen beim beschränkt Steuerpflichtigen zumindest noch € 2.000 des Existenzminimums für seine persönlichen Verhältnisse berücksichtigt werden.¹²³

Im Rahmen der Pflichtveranlagung können zusätzlich zu den inländischen auch die ausländischen KV-Beiträge in Abzug gebracht werden, sofern ihre Beiträge einer inländischen gesetzlichen Sozialversicherung entsprechen.¹²⁴

Sie sind damit begrenzt auf 5,1 Prozent des Bruttoauszahlungsbetrages abzugsfähig.

¹¹⁴ Vgl. [öEStG], § 98 Abs.1 Nr. 2

¹¹⁵ Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 59

¹¹⁶ Vgl. [Bundesministerium für Finanzen Österreich, 2012]

¹¹⁷ Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, a.a.O.], S. 59

¹¹⁸ Vgl. [öEStG], § 67 Abs. 1

¹¹⁹ Vgl. [EStR], RZ 8040 ff

¹²⁰ Vgl. [öEStG], § 41

¹²¹ Vgl. Ebenda, § 41 Abs. 1 Nr. 1

¹²² Vgl. Ebenda, § 102 Abs. 3

¹²³ Vgl. [Kofler, 2006], S. 156

¹²⁴ Vgl. [öEStG], § 16 Abs. 4 Buchstabe f

Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht (Variante 1 + 2)

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012			
Altersrente Auszahlungsbetrag	14 Zlg. =		26.460,00
gem. § 25 Abs. 1 Nr. 1 öEStG	12 Zlg. =		22.680,00
- Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe a öEStG	5,10%		-1.156,68
- Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe f öEStG	5,10%		-1.156,68
+ (Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)			(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>	Variante 1		20.366,64
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>	(Variante 2)		(28.366,64)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG			-60,00
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>	Variante 1		20.306,64
<u>(inkl. SZ)</u>	Variante 1		23.081,08
<u>Zu versteuerndes Einkommen inkl. Mieteinkünfte</u>	(Variante 2)		(28.306,64)
<u>(inkl. SZ)</u>	(Variante 2)		(31.081,08)
Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG			
Variante 1: Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000			
(20.306,64 - 11.000) / 14.000 * 5.110			3.396,92
Variante 2: Besteuerungstarif von über € 25.000 bis € 60.000			
(28.306,64 - 25.000) / 35.000 * 15.125 + 5.110			(6.538,94)
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG	Variante 1		-234,67
	(Variante 2)		-(234,67)
Steuer nach Abzug der Absetzbeträge	Variante 1		3.162,26
	2 x € 192,78	(Variante 2)	(6.304,27)
<u>Steuer Sonstige Bezüge gem. § 67 Abs. 1 öEStG:</u>			
Variante 1: So. Bezüge	2/14 = 3.780;	(3.780 - 3.780 * 5,1% * 2 - 620) * 6% =	166,47
(Variante 2: So. Bezüge)	2/14 = 3.780;	(3.780 - 3.780 * 5,1% * 2 - 620) * 6% =	166,47
Variante 1: Einkommensteuer (aufgerundet)			3.329,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz			14,42%
Variante 2: Einkommensteuer (aufgerundet)			(6.471,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz			(20,82%)

Tabelle 4: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt Ö, Variante 1 + 2 ¹²⁵**Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (DE)**

Um die beim Lohnsteuerabzug nicht berücksichtigten ausländischen KV-Beiträge nun steuerlich absetzen zu können, ist eine Veranlagung durchzuführen.

Eine Antragsveranlagung für lohnsteuerpflichtige Einkünfte von beschränkt Steuerpflichtigen gem. § 102 Abs. 3 öEStG gibt es allerdings nicht. Somit ist nur eine Antragsveranlagung gem. § 41 möglich, die jedoch eine unbeschränkte Steuerpflicht voraussetzt. § 1 Abs. 4 öEStG sieht dazu für beschränkt Steuerpflichtige jedoch die Option vor, sich für einkommensteuerliche Zwecke als (fiktiv) unbeschränkt Steuerpflichtiger behandeln zu lassen.¹²⁶

¹²⁵ Eigene Erstellung, 2013¹²⁶ Vgl. [Unabhängiger Finanzsenat Österreich, RV/0023-W/12, 2012]

Dies ist jedoch nur möglich, wenn mind. 90 Prozent der gesamten Einkünfte der österreichischen Einkommensteuer unterliegen oder die nicht der österreichischen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte im Kalenderjahr nicht mehr als 11.000 € betragen.¹²⁷ Werden die Mieteinkünfte im Ansässigkeitsstaat Deutschland erzielt, überschreiten sie als ausländische Einkünfte allerdings die € 11.000-Grenze nicht.

Durch den Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht entfällt der Hinzurechnungsbetrag. Es ist nun der normale Tarif gem. § 33 Abs. 1 öEStG auf das Einkommen bzw. § 67 Abs. 1 öEStG auf die sonstigen Bezüge anzuwenden.¹²⁸

Das öEStG sieht bei der fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht auch keinen Progressionsvorbehalt mehr vor. Nach Ansicht der österreichischen Finanzverwaltung ist dieser nämlich nur dem Ansässigkeitsstaat vorbehalten.¹²⁹

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Sowohl die Mieteinkünfte als auch die Pensionseinkünfte werden in Österreich erzielt. Für den Wechsel zur unbeschränkten Steuerpflicht sowie der sich dabei ergebenden Besteuerung gelten grundsätzlich dieselben Ausführungen wie in Variante 1.

Somit unterliegen 100 Prozent der Einkünfte grundsätzlich der österreichischen Einkommensteuer. Der Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht ist also erlaubt.

An der Besteuerung der Mieteinkünfte ändert sich zwischen beschränkter und unbeschränkter Steuerpflicht nichts mehr.

Die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht erfasst jedoch nicht das gesamte Welteinkommen, sondern nur inl. Einkünfte im Sinne des § 98 Abs. 1 Nr. 4 öEStG.¹³⁰

Damit wird auch kein (neuer) Ansässigkeitsstaat im Sinne des DBA DE/Ö bewirkt.¹³¹

Der Pensionistenabsetzbetrag steht in allen Varianten einem unbeschränkt sowie beschränkt Steuerpflichtigen zu und wird bereits beim Lohnsteuerabzug bzw. im Rahmen der Veranlagung berücksichtigt.¹³² Für diesen gilt folgendes:

Einkommen	Pensionistenabsetzbetrag	Regelung
< € 17.000	€ 400,00	Voller Absatz
€ 17.000 bis € 25.000	= (€ 25.000 – Einkommen) * 5 Prozent	Einschleifung
> € 25.000	€ 0,00	Entfall zur Gänze

Tabelle 5: Berechnung Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 5 öEStG¹³³

¹²⁷ Vgl. [LStR], RZ 8

¹²⁸ [Bundesministerium für Finanzen Österreich, 2012]

¹²⁹ Vgl. [EStR], RZ 7593

¹³⁰ Vgl. [LStR], RZ 10

¹³¹ Vgl. Ebenda, RZ 12

¹³² Vgl. [EStR], RZ 8040

¹³³ Eigene Erstellung in Anlehnung an § 33 Abs. 5 öEStG, 2013

3.2.2. Konst. 2) Umzug von DE nach Ö

Besteuerung im Ansässigkeitsstaat Ö: Variante 1

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012					
Mieteinkünfte gem. § 28 öESTG					8.000,00
<u>= Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>					
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öESTG					-60,00
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>					7.940,00
<u>Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öESTG</u>					
Progressionsvorbehalt					
			Ausl. Einkünfte		
Inl. Einkünfte	8.000,00	PEK	26.460,00		
Stf. Ausl. Einkünfte	23.761,08	- WK	-1.349,46	5,10%	
Einkünfte Gesamt	31.761,08	- WK	-1.349,46	5,10%	
- Sonderausgabenpauschbetrag	-60,00		23.761,08		
gem. § 18 Abs. 2 öESTG					
Fiktives Einkommen	31.701,08				
<u>Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öESTG</u>					
Besteuerungstarif von über € 25.000 bis € 60.000					
(31.701,08 - 25.000) / 35.000 * 15.125 + 5.110					
Einkommensteuer	8.005,82				
Ø Steuersatz in %	25,25%	= (8.005,82 / 31.701,08)			
Steuer vor Abzug der Absetzbeträge		7.940 * 25,25% =			2.005,18
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öESTG					-64,95
Einkommensteuer (abgerundet)					1.940,00
Effektiv-Steuersatz					24,43%

Tabelle 6: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1¹³⁴

Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (Ö)

Der Pensionist ist aufgrund seines dauerhaften Wohnsitzes in Österreich mit dem gesamten Welteinkommen unbeschränkt steuerpflichtig.¹³⁵ Da das DBA DE/Ö in dieser Konstellation aber dem Quellenstaat Deutschland das alleinige Besteuerungsrecht der Pensionseinkünfte zuteilt, ist Österreich gem. Artikel 23 Nr. 2 A verpflichtet, diese von der Steuerbemessungsgrundlage freizustellen.¹³⁶ Mithilfe des Progressionsvorbehaltes behält Österreich sich jedoch das Recht vor, den verbleibenden Teil des Welteinkommens (Mieteinkünfte) mit jenem Steuersatz zu besteuern, der auf das gesamte Welteinkommen entfallen würde.¹³⁷

¹³⁴ Eigene Erstellung, 2013

¹³⁵ Vgl. [öESTG], § 1 Abs. 2

¹³⁶ Vgl. [Doppelbesteuerungsabkommen, 2002], Art. 18 Abs. 2

¹³⁷ Vgl. [Unabhängiger Finanzsenat Österreich, 2006]

Ermittlung des Progressionsvorbehaltes :

Zunächst ist das Welteinkommen nach österreichischem Recht zu ermitteln.¹³⁸ Die Pensionseinkünfte aus Deutschland werden somit gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 3 c öEStG steuerlich erfasst, sofern sie einer inländischen gesetzlichen Sozialversicherung entsprechen.¹³⁹ Dies ist nur der Fall, solange eine Pflichtversicherung mit Pflichtbeiträgen vorliegt, welche einkommensmindernd berücksichtigt werden können. Ob sie tatsächlich einkommensmindernd im Rahmen der (deutschen) Einkommensteuerberechnung berücksichtigt worden sind, ist dabei irrelevant. Die Argumentation, die deutschen Pensionseinkünfte müssten abzüglich eines Rentenfreibetrages zum Zwecke des Progressionsvorbehaltes berücksichtigt werden, da zu Einzahlungszeiten die Versicherungsbeiträge auch nur begrenzt als Sonderausgaben abzugsfähig waren und somit nach deutschem Recht nicht zur Gänze einkommensmindernd berücksichtigt werden konnten, ist dadurch hinfällig. Ausschlaggebend ist das innerstaatliche (österreichische) Recht, nach dessen Regelung die Pflichtversicherungsbeiträge abzugsfähig gewesen wären.¹⁴⁰

Für diese Berechnung wurden nur 12 monatliche Zahlungen angenommen.

Bei Vorliegen von Sonstigen Bezügen (13.+14. Auszahlung) wären diese von den inländischen und ausländischen Bezügen des Welteinkommens ansonsten auszuscheiden, da sie nach österreichischem Einkommensteuerrecht bereits mit dem ermäßigten Steuersatz von 6 Prozent gem. § 67 Abs. 1 öEStG endbesteuert bleiben. Sie dürfen sich weder steuersatzerhöhend noch steuersatzmindernd auswirken. Da das Einkommen für den Progressionsvorbehalt nach innerstaatlichem Recht zu ermitteln ist, findet § 67 öEStG Abs. 1 also auch bei sämtlichen ausländischen Sonstigen Bezügen Anwendung.¹⁴¹

Von den (fiktiven) Bruttoeinkünften dürfen zusätzlich zu den inländischen auch ausländische (Kranken)Versicherungsbeiträge aufgrund einer ausländischen Versicherungspflicht in Abzug gebracht werden, sofern sie der inländischen gesetzlichen Sozialversicherung entsprechen.¹⁴² Deren Abzugsfähigkeit ist damit auf 5,1 Prozent der Bruttoeinkünfte beschränkt, unabhängig davon, in welcher Höhe sie tatsächlich angefallen sind.

Die ausländischen SV-Beiträge sind allerdings für den endgültigen Werbungskostenabzug zur Berechnung des in Österreich steuerpflichtigen Einkommens nicht zugelassen, da sie nur von jener Einkunftsart, an der sie tatsächlich

¹³⁸ Vgl. [SWI Redaktion, 2007], S. 289

¹³⁹ Vgl. [öEStG], § 25 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c

¹⁴⁰ Vgl. [Unabhängiger Finanzsenat Österreich, 2009]

¹⁴¹ Vgl. [SWI Redaktion, a.a.O.], S. 291f

¹⁴² Vgl. [öEStG], § 16 Abs. 4 f

erwachsen, in Abzug gebracht werden können.¹⁴³ Dass dies im Rahmen der beschränkten Einkommensteuerpflicht in Deutschland grundsätzlich nicht möglich ist, ändert an der Nicht-Abzugsfähigkeit in Österreich nichts.

Der Sonderausgabenpauschbetrag ist sowohl von den tatsächlichen Mieteinkünften als auch dem fiktiven Einkommen in Abzug zu bringen.¹⁴⁴

Von dem sich ergebenden fiktiven Einkommen ist die Einkommensteuer nach dem Tarifsatz gem. § 33 Abs. 1 öEStG zu berechnen.¹⁴⁵ Der Durchschnittssteuersatz wird wie in Konstellation 1 (Tabelle 2) berechnet, indem die sich auf das fiktive Einkommen ergebende Einkommensteuer in Relation zum Welteinkommen gesetzt wird. Dieser wird nun auf das tatsächlich in Österreich zu versteuernde Einkommen (Mieteinkünfte abzüglich Sonderausgabenpauschbetrag) angewandt und ergibt die österreichische Steuerbelastung.

Gemäß § 33 Abs. 11 öEStG, welcher sich ausschließlich auf den Progressionsvorbehalt bezieht, der sich aus der Anwendung eines DBA ergibt, ist der Durchschnittssteuersatz vor Abzug der Absetzbeträge zu berechnen.¹⁴⁶

Übersteigen die Pensionsbezüge (Einkünfte abzgl. Werbungskosten und Sonderausgaben)¹⁴⁷ den Betrag von € 25.000 daher nicht, kann abschließend noch ein (eingeschliffener) Pensionistenabsetzbetrag von der Einkommensteuer in Abzug gebracht werden. Es ist jedoch zu beachten, dass der Pensionistenabsetzbetrag für sämtliche (zu versteuernde) Pensionsbezüge gewährt wird, unabhängig davon, ob sie tatsächlich besteuert werden oder nur potenziell zu versteuernde Pensionsbezüge darstellen. Daher ist als BMGL für die Einschleifung das aus Pensionsbezügen bestehende gesamte Welteinkommen heranzuziehen. Da der Absetzbetrag jedoch ausschließlich für die Pensionsbezüge und nicht für die Stellung des Pensionisten gewährt wird, sind sämtliche anderen Einkunftsquellen aus dieser BMGL auszuscheiden.¹⁴⁸

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Da die Pensionseinkünfte im Ansässigkeitsstaat Ö von der Einkommensteuer freizustellen sind und auch keine Mieteinkünfte vorhanden sind, findet in Österreich keine Besteuerung statt.

Die Berechnung folgt auf S. 33.

¹⁴³ Vgl. [Unabhängiger Finanzsenat Österreich, 2011]

¹⁴⁴ Vgl. Punkt 3.1.1., S. 21

¹⁴⁵ Vgl. [Unabhängiger Finanzsenat Österreich, UFS RV/0861-L/10, 2012]

¹⁴⁶ Vgl. [SWI Redaktion, 2009], S. 263

¹⁴⁷ Vgl. [LStR], RZ 809

¹⁴⁸ Vgl. [Unabhängiger Finanzsenat Österreich, 2010]

Besteuerung im Quellenstaat DE: Variante 1 + 2

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Altersrente Auszahlungsbetrag				26.460,00
<u>Steuerpflichtiger Anteil der Altersrente:</u>				
Brutto Einkünfte 2010			26.460,00	
Besteuerungsanteil seit 2010: 60 % gem. § 22			15.876,00	15.876,00
Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa d. EStG				
Rentenfreibetrag seit 2010			10.584,00	
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 3 dt. EStG				-102,00
(Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG)				(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>		Variante 1		15.774,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>		(Variante 2)		(23.774,00)
(- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG)		Max.		-(1.520,00)
32% von 8.000 = 2.560,00				
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>		Variante 1		15.774,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>		(Variante 2)		(22.254,00)
Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG				
Variante		(1) PEK	(2) PEK inkl. Mieteinkünfte	
Einkommen lt. Berechnung		15.774,00	(22.254,00)	
+ Grundfreibetrag		8.004,00	8.004,00	
gem. § 32a Abs. 1 dt. EStG				
Fiktives Einkommen		23.778,00	(30.258,00)	
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881:				
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038$; $z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$				
(1) z...	1,0309	$= (23.778 - 13.469) / 10.000$		
(2) z...	1,6789	$= (30.258 - 13.469) / 10.000$		
$(228,74 * 1,0309 + 2.397) * 1,0309 + 1.038$		Variante 1		3.752,16
$(228,74 * 1,6789 + 2.397) * 1,6789 + 1.038$		(Variante 2)		(5.707,07)
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)				3.752,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				23,79%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)				(5.707,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				(25,64%)

Tabelle 7: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von DE nach Ö, Beschränkt DE, Variante 1+2¹⁴⁹**Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (Ö)**

Ohne einen gewöhnlichen Aufenthalt bzw. einen ständigen Wohnsitz, gilt der Pensionist aufgrund seiner Einkünfte in DE als beschränkt steuerpflichtig.¹⁵⁰ Er bezieht Einkünfte aus einer inländischen gesetzlichen Rentenversicherung gem. § 49 Abs. 1

¹⁴⁹ Eigene Erstellung, 2013¹⁵⁰ Vgl. [dt. EStG], § 1 Abs. 4

Nr. 7 dt. EStG. Diese sind aufgrund des Territorialitätsprinzips gem. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa dt. EStG abzgl. eines Rentenfreibetrags zu besteuern.¹⁵¹ Der Rentenfreibetrag richtet sich nach dem Pensionseintrittsjahr 2010 und entspricht somit 40 Prozent der Bruttoeinkünfte.¹⁵² Diese blieben gegenüber 2010 unverändert.

Die beschränkte Steuerpflicht hat nun allerdings zur Konsequenz, dass sämtliche persönlichen und familienbezogenen Abzugsposten wie z.B. der Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10 c dt. EStG, sonstige Sonderausgaben gem. § 10 dt. EStG (SV-Beiträge) etc. nicht mehr abzugsfähig sind.¹⁵³ Der Werbungskostenpauschbetrag steht allerdings weiterhin zu.¹⁵⁴

Für die Besteuerung findet grundsätzlich der normale Tarif gem. § 32a dt. EStG Anwendung. Da jedoch nur der Wohnsitzstaat die persönlichen Verhältnisse in Form eines Steuerexistenzminimums berücksichtigen muss, wird dem steuerpflichtigen inländischen Einkommen noch der Grundfreibetrag iHv € 8.004 gem. § 32a Abs. 1 Nr. 1 i.V.m § 52 Abs. 41 dt. EStG hinzugerechnet. Davon ist die endgültige Einkommensteuer zu berechnen.¹⁵⁵

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Von den zusätzlichen Mieteinkünften kann nun noch der Altersentlastungsbetrag iHv 32 Prozent der Einkünfte, maximal € 1.520, zusätzlich in Abzug gebracht werden.¹⁵⁶ Ansonsten ändert sich an der Besteuerung gegenüber Variante 1 nichts.

Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht (Variante 1 + 2)

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Altersrente Auszahlungsbetrag				26.460,00
<u>Steuerpflichtiger Anteil der Altersrente:</u>				
Brutto Einkünfte 2010		26.460,00		
Besteuerungsanteil 2010: 60 % gem. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa dt. EStG		15.876,00		15.876,00
Rentenfreibetrag seit 2010		10.584,00		
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 3 dt. EStG				-102,00
(Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG)				(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte (inkl. Mieteinkünfte)</u>		Variante 1 (Variante 2)		15.774,00 (23.774,00)

Tabelle 8: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2 ¹⁵⁷

Fortsetzung folgt auf S. 35

¹⁵¹ Vgl. [dt. EStG], § 49 Abs. 1 Nr. 7

¹⁵² Vgl. Ebenda, § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa

¹⁵³ Vgl. [Finanzministerium des Landes M-V, 2009]

¹⁵⁴ Vgl. 3.1.1, S. 21

¹⁵⁵ Vgl. [dt. EStG], § 50 Abs. 1

¹⁵⁶ Vgl. Ebenda, § 24a

¹⁵⁷ Eigene Erstellung, 2013

Übertrag S. 34:			
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>	Variante 1		15.774,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>	(Variante 2)		(23.774,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG			-36,00
- Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 dt. EStG			
Beitrag zur Krankenversicherung 8,2 %	-2.169,72		
Beitrag zur Pflegeversicherung 1,95%	-515,97		
Zuschlag kinderloser Rentner 0,25%	-66,15		
Beitrag zur Krankenversicherung 5,1 % (Ö)	-1.349,46		
	-4.101,30	Max.	-1.900,00
(- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG)			
32% von 8.000 = 2.560,00		Max.	-(1.520,00)
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>	Variante 1		13.838,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>	(Variante 2)		(20.318,00)
<u>Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG</u>			
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881:			
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038; \quad z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$			
(1) z...	0,0369	= (13.838 - 13.469) / 10.000	
(2) z...	0,6849	= (20.318 - 13.469) / 10.000	
$(228,74 * 0,0369 + 2.397) * 0,0369 + 1.038$	Variante 1		1.126,76
$(228,74 * 0,6849 + 2.397) * 0,6849 + 1.038$	(Variante 2)		(2.787,00)
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)			1.126,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz			8,14%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)			(2.787,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz			(13,72%)

Tabelle 8: Gesetzliche Altersrente bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2¹⁵⁸Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (Ö)

Grundsätzlich besteht jedoch für den Steuerpflichtigen auch gem. § 1 Abs. 3 dt. EStG die Möglichkeit, einen Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht zu stellen. Voraussetzung ist, dass mindestens 90 Prozent der bezogenen Einkünfte der deutschen Einkommensteuer unterliegen oder jene Einkünfte, die diese Voraussetzung nicht erfüllen, zumindest nicht den Grundfreibetrag übersteigen.¹⁵⁹

Die Berechnung der Einkunftsgrenze hat dabei nach dem deutschen Steuerrecht zu erfolgen.¹⁶⁰ Die Voraussetzungen für den Wechsel sind in Deutschland auch erfüllt, da die ausländischen Mieteinkünfte aus Österreich auf jeden Fall den Grundfreibetrag von € 8.004 nicht übersteigen.

Der Wechsel auf die (fiktive) unbeschränkte Steuerpflicht gem. § 1 Abs. 3 dt. EStG hat jedoch nicht zur Folge, dass das gesamte Welteinkommen für die Besteuerung zu erfassen ist. Besteuert werden lediglich sämtliche inländische Einkünfte im Sinne des § 49 Abs. 1 dt. EStG, für die ein Besteuerungsrecht vorliegt.¹⁶¹

¹⁵⁸ Eigene Erstellung, 2013¹⁵⁹ Vgl. [Finanzministerium des Landes M-V, 2009]¹⁶⁰ Vgl. [Toifl, 2009], S. 364¹⁶¹ Vgl. [Brähler, 2012], S. 75

Gegenüber der beschränkten Steuerpflicht ergibt sich dadurch jedoch ein entscheidender Vorteil: Der Tarif gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG kann nun uneingeschränkt angewendet werden und sämtliche persönlich bezogenen Aufwendungen wieder bei der Einkommensteuerberechnung berücksichtigt werden.¹⁶²

Demnach können die gesamten KV-Beiträge (einschließlich des in Österreich bezahlten SV-Beitrages) gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 3a dt. EStG in Abzug gebracht werden. Sie sind abzugsfähig, da sie, wie von § 10 Abs. 2 dt. EStG gefordert, mit den im Inland steuerpflichtigen Pensionseinkünften in einem unmittelbar wirtschaftlichen Zusammenhang stehen und Beiträge an einen Sozialversicherungsträger darstellen.¹⁶³ Dabei wird keine Unterscheidung zwischen inländischen und ausländischen Beiträgen gemacht. Sie sind somit auf den Höchstbetrag von € 1.900 beschränkt abzugsfähig.¹⁶⁴

Allerdings ist zu beachten, dass die ausländischen Einkünfte aufgrund der (fiktiven) unbeschränkten Steuerpflicht in Deutschland nun für einen Progressionsvorbehalt herangezogen werden dürfen und somit das Steuerniveau im Inland anheben.¹⁶⁵

Davon sind bestimmte Einkünfte allerdings ausgenommen, wie etwa Mieteinkünfte aus Nicht-Drittstaaten.¹⁶⁶

Damit ändert sich in dieser Variante gegenüber der Berechnung beim beschränkt Steuerpflichtigen nur der zusätzliche Sonderausgabenabzug sowie der wegfallende Hinzurechnungsbetrag.

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Die Besteuerung der Pensionseinkünfte erfolgt wie in Variante 1. Werden noch zusätzlich Mieteinkünfte im Quellenstaat DE erzielt, ergeben sie gemeinsam mit den Pensionseinkünften 100 Prozent des Gesamteinkommens. Dadurch ist ein Wechsel auf die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht wieder möglich.

An der steuerlichen Erfassung der Mieteinkünfte ändert sich zwischen beschränkter und unbeschränkter Steuerpflicht nichts mehr.

¹⁶² Vgl. [Brähler, 2012], S. 75

¹⁶³ Vgl. [dt. EStG], § 10

¹⁶⁴ Vgl. Ebenda, § 10 Abs. 4

¹⁶⁵ Vgl. Ebenda, § 32b Abs. 5

¹⁶⁶ Vgl. Ebenda, § 32b Satz 2

3.3. Rente aus der betrieblichen Altersvorsorge – Direktzusage und Unterstützungskasse

Die Pensionseinkünfte werden nun nach den innerstaatlichen Bestimmungen des neuen Wohnsitzstaates besteuert (Konst. 3 - 6). In beiden Staaten wird dabei zwischen den inländischen und ausländischen Direktzusagen bzw. Bezügen aus Unterstützungskassen nicht mehr unterschieden und somit nach den Regelungen für einen unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne grenzüberschreitenden Bezug besteuert.¹⁶⁷

3.3.1. Konst. 3) Umzug von Ö nach DE– Direktzusage

Besteuerung im Ansässigkeitsstaat DE: Variante 1 + 2

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Altersrente Auszahlungsbetrag				26.460,00
<u>Steuerpflichtiger Anteil der Altersrente:</u>				
Brutto Einkünfte 2010		26.460,00		
Versorgungsfreibetrag 2010: 32%		-8.467,20		
gem. § 19 Abs. 2 dt. EStG				
Höchstbetrag Versorgungsfreibetrag		-2.400,00		
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag		-720,00		
		-3.120,00		23.340,00
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b dt. EStG				-102,00
(Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG)				(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>			Variante 2	23.238,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			(Variante 1)	(31.238,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
(- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG)			Max.	-(1.520,00)
32% von 8.000 =	2.560,00			
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>			Variante 2	23.202,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			(Variante 1)	(29.682,00)
<u>Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG</u>				
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881:				
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038;$ $z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$				
(1) z...	1,6213	= (29.682 - 13.469) / 10.000		
(2) z...	0,9733	= (23.202 - 13.469) / 10.000		
(1) $(228,74 * 1,6213 + 2.397) * 1,6213 + 1.038$			(Variante 1)	(5.525,53)
(2) $(228,74 * 0,9733 + 2.397) * 0,9733 + 1.038$			Variante 2	3.587,69
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)				(5.525,00)
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				(18,61%)
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)				3.587,00
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				15,46%

Tabelle 9: Direktzusage bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2 ¹⁶⁸

¹⁶⁷ Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 175 ff

¹⁶⁸ Eigene Erstellung, 2013

Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (DE)

Die ausländische Direktzusage ist aufgrund Artikel 18 Abs. 1 DBA DE/Ö im Ansässigkeitsstaat DE zu besteuern.¹⁶⁹

Es kann von den Einkünften der Versorgungsfreibetrag in Abzug gebracht werden. Dieser richtet sich nach dem Jahr des Rentenbeginns (2010) und entspricht somit 32 Prozent (maximal jedoch € 2.400 + Zuschlag € 720 = € 3.120).¹⁷⁰

Der Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b dt. EStG sowie der Sonderausgabenpauschbetrag sind wieder absetzbar.¹⁷¹ Auf das sich ergebende Einkommen ist der normale Tarif anzuwenden. Sonderausgaben gibt es in dieser Konstellation keine mehr, da die Leistungszusage in Österreich nicht der Pflichtversicherung unterliegt und in Deutschland für ausländische Renten aus der betrieblichen Altersvorsorge keine SV-Beiträge eingehoben werden.¹⁷²

Von den zusätzlichen Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat kann der Altersentlastungsbetrag iHv 32 Prozent der Einkünfte, maximal € 1.520, zusätzlich noch in Abzug gebracht werden.¹⁷³

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Bei dieser Variante sind nur die Leistungen aus der Direktzusage in Deutschland zu besteuern. Grundsätzlich wäre es Deutschland als Ansässigkeitsstaat nun erlaubt, die Mieteinkünfte aus Österreich zum Zwecke des Progressionsvorbehaltes zu berücksichtigen.¹⁷⁴ Dieser ist jedoch ausdrücklich gem. § 32b Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 dt. EStG für Mieteinkünfte aus EU-Staaten ausgeschlossen.

Die Pensionseinkünfte werden daher wie in Variante 1 besteuert.

Die Mieteinkünfte werden aufgrund der Zuteilungsregel des DBA DE/Ö Art. 6 in Österreich besteuert.

Besteuerung im Quellenstaat Ö: Variante 1 + 2

Variante 1: In Österreich findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung statt.

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Die Berechnung dazu folgt auf S. 39.

¹⁶⁹ Vgl. Punkt 2.8, S. 16

¹⁷⁰ Vgl. [dt. EStG], § 19 Abs. 2

¹⁷¹ Vgl. Punkt 3.1.1., S. 21

¹⁷² Vgl. Punkt 3.1.1., S. 20 ff

¹⁷³ Vgl. [dt. EStG], § 24a

¹⁷⁴ Vgl. Punkt 2.9.2, S. 18

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012				
Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG				8.000,00
≡ Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte				
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG				-60,00
Zu versteuerndes Einkommen				7.940,00
Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG				
Einkommen lt. Ber.	7.940,00			
+ Hinzurechnungsbetrag	9.000,00	gem. § 102 Abs. 3 öEStG		
Fiktives Einkommen	16.940,00			
Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000				
(16.940 - 11.000) / 14.000 * 5.110				2.168,10
Einkommensteuer (abgerundet)				2.168,00
Effektiv-Steuersatz				27,30%

Tabelle 10: Direktzusage bei Umzug von Ö nach DE, Beschränkt Ö, Variante 2 ¹⁷⁵Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Die Mieteinkünfte in Österreich sind bei beschränkter Steuerpflicht um den Hinzurechnungsbetrag von € 9.000 zu erhöhen.¹⁷⁶ Außer dem Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG gibt es keine weiteren Abzugsposten mehr.¹⁷⁷ Die Einkommensteuer ist nach dem normalen Tarif gem. § 33 Abs. 1 öEStG vom fiktiven Einkommen zu berechnen.¹⁷⁸

Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht:

Um den Wechsel beantragen zu können, müssen wieder die Voraussetzungen gem. § 1 Abs. 4 öEStG erfüllt werden. Ein Wechsel auf die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht ist in diesem Fall möglich, wenn mind. 90 Prozent der Einkünfte der österreichischen Einkommensteuer unterliegen.¹⁷⁹

Die Pensionseinkünfte sind zwar aufgrund des DBA DE/Ö Art. 18 Abs. 1 im Ansässigkeitsstaat Deutschland zu besteuern, werden aber in Österreich erzielt und unterliegen somit grundsätzlich der österreichischen Einkommensteuer, auch wenn sie steuerfrei zu stellen sind.¹⁸⁰ Da die Beschränkung des Besteuerungsrechtes durch das DBA DE/Ö hier dem Grund nach und nicht nur der Höhe nach erfolgt, sind sie somit auch nicht gem. RZ 10 LStR den nicht der österreichischen Einkommensteuer unterliegenden Einkünften zuzuordnen. Damit unterliegen sämtliche Einkünfte in dieser Variante der österreichischen Einkommensteuer und die Grundvoraussetzungen gem.

¹⁷⁵ Eigene Erstellung, 2013¹⁷⁶ Vgl. [öEStG], § 102 Abs. 3¹⁷⁷ Vgl. Punkt 3.1.1., S. 21¹⁷⁸ Vgl. [öEStG], § 102 Abs. 3¹⁷⁹ Vgl. [LStR], RZ 8¹⁸⁰ Vgl. [öEStG], § 2

§ 1 Abs. 3 dt. EStG für den Wechsel sind erfüllt.

Die Besteuerung erfolgt nun wie bei einem regulär unbeschränkt Steuerpflichtigen.¹⁸¹

Österreich ist als Quellenstaat bei fiktiver unbeschränkter Steuerpflicht kein Progressionsvorbehalt erlaubt.¹⁸² Für die Besteuerung ist daher nur mehr das aus den Mieteinkünften resultierende Einkommen iHv € 7.940 (siehe Tabelle 10) heranzuziehen. Dieses überschreitet allerdings die Einkommensteuergrenze von € 11.000 nicht mehr. Da sich keine Einkommensteuer mehr ergibt, wird die Berechnung nicht gesondert dargestellt.

3.3.2. Konst. 4) Umzug von DE nach Ö– Direktzusage

Besteuerung im Ansässigkeitsstaat Ö: Variante 1 + 2

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012				
Altersrente Auszahlungsbetrag				26.460,00
- (Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe f öEStG)				-1.349,46
(Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)				(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u> <u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			Variante 2 Variante 1)	25.110,54 (33.110,54)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG				-60,00
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u> <u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			Variante 2 (Variante 1)	25.050,54 (33.050,54)
<u>Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG</u>				
Variante 1: Besteuerungstarif von über € 25.000 bis € 60.000 (33.050,54 - 25.000) / 35.000 * 15.125 + 5.110				(8.588,98)
Variante 2: Progressionsvorbehalt				
Ausl. Pensionseinkünfte	25.110,54			
Stf. ausl. Mieteinkünfte	8.000,00			
Einkünfte Gesamt	33.110,54			
- Sonderausgabenpauschbetrag	-60,00			
gem. § 18 Abs. 2 öEStG				
Fiktives Einkommen	33.050,54			
Besteuerungstarif von über € 25.000 bis € 60.000				
Berechnung wie Variante 1				
Einkommensteuer	8.588,98	; 25.050,54 * 25,99% =		6.509,99
Ø Steuersatz in %	25,99%			
Variante 1: Einkommensteuer (aufgerundet)				(8.589,00)
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				(25,99%)
Variante 2: Einkommensteuer (aufgerundet)				6.510,00
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				25,99%

Tabelle 11: Direktzusage bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1 + 2¹⁸³

¹⁸¹ Vgl. [öEStG], § 1 Abs. 4

¹⁸² Vgl. [LStR], RZ 10

¹⁸³ Eigene Erstellung, 2013

Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (Ö)

Die in Österreich steuerpflichtigen aus Deutschland stammenden Leistungen aus der Direktzusage werden gem. § 25 Abs. 1 Nr. 1 öEStG zur Gänze besteuert.¹⁸⁴ Dabei sind zumindest die von Deutschland eingehobenen SV-Beiträge als Werbungskosten abzugsfähig. Die österreichische Leistungszusage würde hingegen nicht mehr der SV-Pflicht unterliegen und somit keine Abzugsposten ermöglichen.¹⁸⁵

Die deutschen SV-Beiträge sind jedoch nur abzugsfähig, sofern sie jenen aus der inländischen gesetzlichen SV (max. 5,1 Prozent der BMGL) entsprechen.¹⁸⁶ Es kann der Sonderausgabenpauschbetrag, allerdings kein Pensionistenabsetzbetrag abgesetzt werden, da dieser bei einem Einkommen über € 25.000 entfällt.¹⁸⁷ Da keine Sonderzahlungen vorliegen, kann die begünstigte Besteuerung gem. § 67 öEStG auch nicht angewendet werden. Die Einkommensteuer ist somit vom Einkommen gem. § 33 Abs. 1 öEStG zu berechnen.

Die Mieteinkünfte sind ohne weitere Abzugsposten zur Gänze anzusetzen.¹⁸⁸

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Die Pensionseinkünfte werden grundsätzlich wie in Variante 1 (ohne Mieteinkünfte) besteuert.

Allerdings hat Österreich als Ansässigkeitsstaat nun die Möglichkeit, die ausländischen Mieteinkünfte aus Deutschland zum Zwecke eines Progressionsvorbehaltes zu berücksichtigen.¹⁸⁹

Die Mieteinkünfte sind somit in voller Höhe, ohne weitere Abzugsposten, den Pensionseinkünften zur Berechnung der BMGL für den Durchschnittssteuersatz hinzuzurechnen.¹⁹⁰ Der sich ergebende Steuersatz wird auf das tatsächliche Pensionseinkommen angewendet.

Die Mieteinkünfte selbst fallen weg und werden in Deutschland besteuert.

Besteuerung im Quellenstaat DE: Variante 1 + 2

Variante 1: In Deutschland findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung statt.

Variante 2: Besteuerung im Quellenstaat DE

Die Berechnung dazu folgt auf Seite 42.

¹⁸⁴ Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 412

¹⁸⁵ Vgl. Punkt 3.1.1., S. 20 ff

¹⁸⁶ Vgl. [öEStG], § 16 Abs. 1 Nr. 4 f

¹⁸⁷ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 5

¹⁸⁸ Vgl. Punkt 3.1.3., S. 23

¹⁸⁹ Vgl. Punkt 2.9.2., S. 18

¹⁹⁰ Vgl. Punkt 3.1.3., S. 23

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG				8.000,00
<u>= Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>				
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG				Max. -1.520,00
32% von 8.000 = 2.560,00				
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>				6.444,00
Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG				
Einkommen lt. Berechnung		6.444,00		
+ Grundfreibetrag		8.004,00	gem. § 32a Abs. 1 dt. EStG	
Fiktives Einkommen		14.448,00		
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881 :				
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038$		$z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$		
z....		0,0979	$= (14.448 - 13.469) / 10.000$	
$(228,74 * 0,0979 + 2.397) * 0,0979 + 1.038 =$				1.274,86
Einkommensteuer (abgerundet)				1.274,00
Effektiv-Steuersatz				19,77%

Tabelle 12: Direktzusage bei Umzug von DE nach Ö, Beschränkt DE, Variante 2¹⁹¹Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Die Mieteinkünfte sind in Deutschland abzgl. des Sonderausgabenpauschbetrages sowie des Altersentlastungsbetrags zur Gänze zu besteuern. Der Werbungskostenpauschbetrag steht nicht mehr zu, da die Mieteinkünfte keinen Anspruch darauf begründen.¹⁹² Im Quellenstaat Deutschland wird bei beschränkter Steuerpflicht den Mieteinkünften allerdings wieder der Grundfreibetrag iHv € 8.004 hinzugerechnet. Die Einkommensteuer ist vom fiktiven Einkommen zu berechnen.¹⁹³

Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht:

Die Berechnung dazu folgt auf Seite 43. Ein Wechsel auf die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht ist in diesem Fall möglich, wenn mind. 90 Prozent der Einkünfte der deutschen Einkommensteuer unterliegen.¹⁹⁴

Die Pensionseinkünfte sind zwar aufgrund des DBA DE/Ö Art. 18 Abs. 1 im Ansässigkeitsstaat Österreich zu besteuern, werden aber in Deutschland erzielt und unterliegen somit grundsätzlich der deutschen Einkommensteuer, auch wenn sie steuerfrei zu stellen sind.¹⁹⁵ Damit unterliegen sämtliche Einkünfte in dieser Variante

¹⁹¹ Eigene Erstellung, 2013¹⁹² Vgl. Punkt 3.1.1., S. 20 ff¹⁹³ Vgl. [dt. EStG], § 10 Abs. 1¹⁹⁴ Vgl. [dt. EStG], § 1 Abs. 3¹⁹⁵ Vgl. [dt. EStG], § 2 Abs. 1 Satz 1

der deutschen Einkommensteuer und die Grundvoraussetzungen gem. § 1 Abs. 3 dt. EStG für den Wechsel sind erfüllt.

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG				8.000,00
= Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte				
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG				-1.520,00
32% von 8.000 = (2.560,00)				
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>				6.444,00
Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG				
Progressionsvorbehalt gem. § 32b Abs. 1 Nr. 5 dt. EStG				
Inl. Mieteinkünfte	8.000,00	PEK	26.460,00	
Stf. Inl. Pensionseinkünfte	23.238,00	- FB	-3.120,00	
Einkünfte Gesamt	31.238,00	- WK	-102,00	
- Max. Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 4 dt. EStG	-2.800,00		23.238,00	
- Pauschbetrag gem. § 10c dt. EStG	-36,00			
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG	-1.520,00			
Fiktives Einkommen	26.882,00			
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881				
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038$ $z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$				
z...	1,3413	$= (26.882 - 13.469) / 10.000$		
ESt	4.664,62	$= (228,74 * 1,3413 + 2.397) * 1,3413 + 1.038$		
Ø Steuersatz	17,35%	$= (4.664,62 / 26.882)$		
Einkommensteuer für Mieteinkommen			$€ 6.444 * 17,35\% =$	1.118,18
Einkommensteuer (abgerundet)				1.118,00
Effektiv-Steuersatz				17,35%

Tabelle 13: Direktzusage bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 2 ¹⁹⁶

Bei Wechsel auf die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht sind die grundsätzlich der deutschen Einkommensteuer unterliegenden Pensionseinkünfte im Quellenstaat nun allerdings für den Progressionsvorbehalt zu berücksichtigen. Sie unterliegen keinem Steuerabzug und sind auch nicht ausdrücklich vom Progressionsvorbehalt ausgenommen. ¹⁹⁷

Das fiktive Einkommen wird nun wieder nach den innerstaatlichen Regeln berechnet. Somit werden die hinzuzurechnenden Pensionseinkünfte abzüglich des Versorgungsfreibetrages gem. § 19 Abs. 2 dt. EStG, Werbungskostenpauschbetrags, Sonderausgabenpauschbetrags sowie abzüglich der SV-Beiträge (max. iHv € 2.800 bei betrieblicher AV) zum Zwecke des Progressionsvorbehaltes angesetzt. ¹⁹⁸ Hinsichtlich der Abzugsfähigkeit dieser Posten ist auf die Ausführungen in Konstellation 1 zu Tabelle 2 Variante 1 zu verweisen.

¹⁹⁶ Eigene Erstellung, 2013

¹⁹⁷ Vgl. [dt. EStG], § 32b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 i.V.m § 32b Abs. 1 Satz 2

¹⁹⁸ Vgl. [Bundesfinanzhof Deutschland, 2010]

Mithilfe des fiktiven Einkommens wird dann der Durchschnittssteuersatz berechnet und dieser auf die tatsächlichen Mieteinkünfte angewandt.

3.3.3. Konst. 5) Umzug von Ö nach DE - Unterstützungskasse

Besteuerung im Ansässigkeitsstaat DE: Variante 1 + 2

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Altersrente Auszahlungsbetrag				12.000,00
<u>Steuerpflichtiger Anteil der Altersrente:</u>				
Brutto Einkünfte 2010		12.000,00		
Versorgungsfreibetrag 2010: 32%		-3.840,00		
gem. § 19 Abs. 2 dt. EStG				
Höchstbetrag Versorgungsfreibetrag		-2.400,00		
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag		-720,00		
		-3.120,00		8.880,00
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b dt. EStG				-102,00
(Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG)				(8.000,00)
Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte			Variante 2	8.778,00
(inkl. Mieteinkünfte)			(Variante 1)	(16.778,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
(- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG)			Max.	-(1.520,00)
32% von 8.000 =	2.560,00			
Zu versteuerndes Einkommen			Variante 2	8.742,00
(inkl. Mieteinkünfte)			(Variante 1)	(15.222,00)
Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG				
Variante 1: Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881:				
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038;$		$z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$		
z...	0,1753	$= (15.222 - 13.469) / 10.000$		
$(228,74 * 0,1753 + 2.397) * 0,1753 + 1.038 =$				(1.465,22)
Variante 2: Besteuerungstarif von € 8.004 bis € 13.469:				
$(912,17 * y + 1.400) * y$		$y = (\text{Einkommen} - 8.004) / 10.000$		
y...	0,0738	$= (8.742 - 8.004) / 10.000$		
$(912,17 * 0,0738 + 1.400) * 0,0738 =$				108,29
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)				(1.465,00)
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				(9,62%)
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)				108,00
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				1,24%

Tabelle 14: Unterstützungskasse bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2 ¹⁹⁹

¹⁹⁹ Eigene Erstellung, 2013

Variante 1 + 2: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (DE) bzw. Quellenstaat (Ö)

Bei den Leistungen aus der ausländischen Unterstützungskasse findet § 19 Abs. 1 Nr. 2 dt. EStG ebenfalls seine Anwendung. Somit sind auch von den Einkünften aus der ausländischen Unterstützungskasse der Versorgungsfreibetrag, der Werbungskostenpauschbetrag sowie der Sonderausgabenpauschbetrag in Abzug zu bringen.²⁰⁰ Für die Besteuerung gelten ansonsten dieselben Ausführungen wie zur Direktzusage (Konst. 3, Tabelle 9). Bei Variante 2 ändert sich mitunter nur die Besteuerungstarifstufe.

Es gelten für die zusätzlichen Mieteinkünfte (Variante 1) und die reinen Pensionseinkünfte (Variante 2) im Ansässigkeitsstaat Deutschland die Ausführungen von Konst. 3 zu Tabelle 9. Es ändern sich lediglich die Bemessungsgrundlagen, allerdings nicht die grundlegende Form der Besteuerung.

Die Berechnungen unterscheiden sich zu denen der Direktzusage (Konst. 3) daher nur durch die verminderte Auszahlungssumme (€ 12.000) und das dadurch bewirkte niedrigere Einkommen bzw. die niedrigere Einkommensteuer.

Besteuerung im Quellenstaat Ö: Variante 1 + 2

Variante 1: In Österreich findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung statt.

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat Österreich

Da im Quellenstaat Österreich nur mehr die Mieteinkünfte zu besteuern sind, gelten für sie dieselben Regelungen wie in Konst. 3 Tabelle 10 Variante 2. Bei beschränkter Steuerpflicht ist den Mieteinkünften somit wieder der Hinzurechnungsbetrag iHv € 9.000 hinzuzurechnen.

Bei Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht gelten analog die Ausführungen zu Tabelle 10. Es fällt damit keine Einkommensteuer mehr an. Die Berechnungen werden nicht mehr gesondert dargestellt.

²⁰⁰ Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 174 f

3.3.4. Konst. 6) Umzug von DE nach Ö - Unterstützungskasse

Besteuerung im Ansässigkeitsstaat Ö: Variante 1 + 2

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012			
Altersrente Auszahlungsbetrag			12.000,00
- (Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe f öEStG)			-612,00
(Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)			(8.000,00)
Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte		Variante 2	11.388,00
(inkl. Mieteinkünfte)		(Variante 1)	(19.388,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG			-60,00
Zu versteuerndes Einkommen		Variante 2	11.328,00
(inkl. Mieteinkünfte)		(Variante 1)	(19.328,00)
Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG			
Variante 1: Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000			
(19.328 - 11.000) / 14.000 * 5.110			(3.039,72)
Variante 2: Progressionsvorbehalt			
Ausl. Pensionseinkünfte	11.388,00		
Stf. Ausl. Mieteinkünften	8.000,00		
Einkünfte Gesamt	19.388,00		
- Sonderausgabenpauschbetrag	-60,00		
gem. § 18 Abs. 2 öEStG			
Fiktives Einkommen	19.328,00		
Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000			
Berechnung wie in Variante 1			
Einkommensteuer	3.039,72	11.328 * 15,73% =	1.781,56
Ø Steuersatz in %	15,73%		
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG			-400,00
Variante 1: Einkommensteuer (aufgerundet)			2.640,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz			(13,66%)
Variante 2: Einkommensteuer (aufgerundet)			1.382,00
Variante 2: Effektiv-Steuersatz			12,20%

Tabelle 15: Unterstützungskasse bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1 + 2 ²⁰¹

Pensionseinkünfte Variante 1+2:

Die Leistungen aus der Unterstützungskasse sind in Österreich zur Gänze gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c öEStG steuerpflichtig. ²⁰²

Das öEStG unterscheidet dabei nicht mehr zwischen Leistungen aus einer in- und ausländischen Unterstützungskasse. ²⁰³ Die begünstigte Besteuerung gem. § 67 Abs. 1

²⁰¹ Eigene Erstellung, 2013

²⁰² Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 413

²⁰³ Vgl. [öEStG], § 25 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c

öEStG kann hier gar nicht zur Anwendung kommen, da die Auszahlung der Unterstützungskasse nur in 12 Monatszahlungen erfolgt.

Die ausländischen SV-Beiträge iHv 5,1 Prozent der Einkünfte sowie der Sonderausgabenpauschbetrag sind absetzbar.²⁰⁴ Der Pensionistenabsetzbetrag steht in beiden Varianten nun in voller Höhe zu, da das alleinige Pensionseinkommen € 17.000 nie überschreitet.²⁰⁵

Es gilt ansonsten für die Besteuerung der zusätzlichen Mieteinkünfte (Variante 1) sowie der reinen Pensionseinkünfte (Variante 2) im Ansässigkeitsstaat Österreich die Ausführungen von Konstellation 4 zu Tabelle 11 (Direktzusage).

Es ändern sich wieder nur die Bemessungsgrundlagen, allerdings nicht die grundlegende Form der Besteuerung.

Besteuerung im Quellenstaat DE: Variante 1 + 2

Variante 1: In Deutschland findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung statt.

Besteuerung im Quellenstaat DE: Variante 2

Da im Quellenstaat Deutschland nur mehr die Mieteinkünfte zu besteuern sind, gelten für sie dieselben Regelungen wie in Konst. 4 Tabelle 12 Variante 2. Bei beschränkter Steuerpflicht ist den Mieteinkünften somit wieder der Grundfreibetrag iHv € 8.004 hinzuzurechnen.

Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht:

Bei Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht gelten grundsätzlich die Ausführungen zu Konst. 4 Tabelle 13 (Direktzusage). Ein Wechsel ist somit erlaubt.

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012						
Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG						8.000,00
= Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte						
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG						-36,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG						-1.520,00
32% von 8.000 = (2.560,00)						
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>						6.444,00

Tabelle 16: Unterstützungskasse bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 2²⁰⁶

Fortsetzung folgt auf S. 48

²⁰⁴ Vgl. Punkt 3.1., S. 20 f

²⁰⁵ Vgl. Punkt 3.2.1, S. 30

²⁰⁶ Eigene Erstellung, 2013


Übertrag S. 47						
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>						6.444,00
<u>Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG</u>						
Progressionsvorbehalt gem. § 32b Abs 1 Nr. 5 dt. EStG						
Inl. Mieteinkünfte		8.000,00	PEK	12.000,00		
St. Inl. Pensionseinkünfte		8.778,00	- FB	-3.120,00		
Einkünfte Gesamt		16.778,00		- WK	-102,00	
- Sonderausgaben		-2.124,00			8.778,00	
gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 dt. EStG						
- Pauschbetrag gem. § 10c dt. EStG		-36,00				
- Altersentlastungsbetrag		-1.520,00				
gem. § 24a dt. EStG						
Fiktives Einkommen		13.098,00				
Besteuerungstarif von € 8.004 bis € 13.469						
$(912,17 * y + 1.400) * y$		$y = (\text{Einkommen} - 8.004) / 10.000$				
y...	0,5094	$= (13.098 - 8.004) / 10.000$				
ESt	949,86	$= (912,17 * 0,5094 + 1.400) * 0,5094$				
Ø Steuersatz i	7,25%	$= (949,86 / 13.098)$				
Einkommensteuer für Vermietungseinkünfte			$€ 6.444 * 7,25\% =$		467,32	
Einkommensteuer (abgerundet)						467,00
Effektiv-Steuersatz						7,25%

Tabelle 16: Unterstützungskasse bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 2

Die in Österreich besteuerten Pensionseinkünfte sind dann wieder für Zwecke des Progressionsvorbehaltes zu berücksichtigen. Die Berechnungsregeln sind mit Konst. 4 Tabelle 12 ident.

Von den Pensionseinkünften sind somit wieder der Versorgungsfreibetrag gem. § 19 Abs. 2 dt. EStG sowie der Werbungskostenpauschbetrag in Abzug zu bringen. Sonderausgaben (SV-Beiträge) gibt es in dieser Konstellation keine mehr.

Der sich ergebende Durchschnittssteuersatz ist auf das tatsächliche Einkommen anzuwenden.

3.4. Rente aus der betrieblichen Altersvorsorge – Pensionskasse, Pensionsfond, Betriebliche Kollektivversicherung, Direktversicherung & Mitarbeitervorsorgekasse

3.4.1. Konst. 7) Umzug von Ö nach DE – PK, BKV, DV & MVK

Besteuerung im Ansässigkeitsstaat DE: Variante 1 + 2

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Altersrente Auszahlungsbetrag				26.460,00
Ertragsanteilbesteuerung gem. § 22 Nr. 5 Satz 2 Buchstabe a dt. EStG				
Beginn Rente 2010: Alter 65 Jahre				
Ertragsanteil gem. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb dt. EStG				
18% =	4.762,80			
<u>Steuerpflichtiger Teil der Altersrente</u>				4.762,80
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 3 dt. EStG				-102,00
(Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG)				(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag steuerpflichtige Einkünfte inkl. Mieteinkünfte</u>			Variante 2 (Variante 1)	4.660,80 (12.660,80)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG				
32% von 8.000 =	(2.560,00)		Max.	-(1.520,00)
<u>Zu versteuerndes Einkommen (inkl. Mieteinkünfte)</u>			Variante 2 (Variante 1)	4.624,80 (11.104,80)
<u>Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG</u>				
Variante 1:	Besteuerungstarif von € 8.004 bis € 13.469:			(521,66)
	$(912,17 * y + 1400) * y$;			
	$y = (\text{Abgerundetes Einkommen} - 8.004) / 10.000$			
	$y... 0,3100 = (11.104 - 8.004) / 10.000$			
Variante 2:	Grundfreibetrag von € 8.004 wird nicht überschritten			0,00
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)				(521,00)
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				(4,69%)
Variante 2: Einkommensteuer				0,00
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				0%

Tabelle 17: PK/BKV bei Umzug von Ö nach DE, Unbeschränkt DE, Variante 1 +2²⁰⁷

Variante1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (DE)

Im neuen Ansässigkeitsstaat Deutschland erfolgt die Besteuerung der Leistungen aus der Pensionskasse grundsätzlich gem. § 22 Nr. 5 dt. EStG.²⁰⁸ Die Leistungen aus der Direktversicherung, Betrieblichen Kollektivversicherung sowie aus einer Mitarbeitervorsorgekasse sind nach denselben Regeln zu besteuern, da sie Leistungen aus Altersvorsorgeverträgen darstellen.²⁰⁹

²⁰⁷ Eigene Erstellung, 2013

²⁰⁸ Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 175

²⁰⁹ Vgl. [dt. EStG], § 22 Nr. 5 Satz 1

§ 22 Nr. 5 Satz 1 dt. EStG regelt allerdings nur die Besteuerung von im Inland gem. § 3.56, § 3.63, § 3.66, § 10a, Abschnitt IX Zulage dt. EStG etc. geförderten Beiträgen.²¹⁰ Liegt, wie im Fall der Leistungen aus der österreichischen betriebl. AV also keine inländische Förderung vor, z.B. gem. § 3.63 dt. EStG, sind sämtliche ungeförderten Leistungen gem. § 22 Nr. 5 Satz 2 i.V.m. § 22 Nr. 1 Satz 3 dt. EStG zu besteuern. Da die Voraussetzungen des § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa dt. EStG nicht erfüllt werden – die Leistungen stammen z.B. nicht aus einer gesetzlichen Rentenversicherung oder berufsständischen Vorsorgeeinrichtung – sind die Leistungen mit dem Ertragsanteil gem. § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb dt. EStG iHv 18 Prozent (Ertragsanteil bei Eintrittsalter 65 im Jahr 2010) zu besteuern.²¹¹

Aus Sicht des deutschen EStG stellen aber auch die in Österreich als Sonderausgaben gem. § 18 öEStG abzugsfähigen Beiträge in der Einzahlungsphase keine geförderten Beiträge dar und verhindern damit die begünstigte Besteuerung in der Auszahlungsphase. Daher werden diese Leistungen steuerlich wie inländische nicht geförderte Leistungen behandelt.²¹²

Der Ertragsanteil richtet sich auch bei ausländischen Leistungen nach dem vollendeten Lebensjahr zum Beginn der Rentenzahlung.²¹³ Werbungskostenpauschbetrag sowie Sonderausgabenpauschbetrag stehen uneingeschränkt zu.²¹⁴ Bei dieser Form der betriebl. AV gibt es allerdings keine als Sonderausgaben abzugsfähigen SV-Beiträge mehr, da diese von keinem der betroffenen Staaten einzuheben sind.

Von den zusätzlichen Mieteinkünften kann wieder der Altersentlastungsbetrag iHv € 1.520 in Abzug gebracht werden.²¹⁵

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat Österreich

Es werden nun nur mehr die Leistungen aus der betriebl. AV in Deutschland besteuert. Bezüglich des wegfallenden Progressionsvorbehaltes gelten dieselben Ausführungen wie zu Konst. 3 Tabelle 9 Variante 2 (Direktzusage). Da der Progressionsvorbehalt wieder ausdrücklich gem. § 32b Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 dt. EStG ausgeschlossen ist, werden die Pensionseinkünfte unverändert wie in Variante 1 besteuert. Durch Unterschreiten des Grundfreibetrages fällt jedoch keine Einkommensteuer mehr an.

²¹⁰ Vgl. [dt. EStG], § 22 Nr. 5 Satz 1

²¹¹ Vgl. [Rupp, 2010], Pkt. 3.3.2

²¹² Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 182

²¹³ Vgl. [dt. EStG], § 22 Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa

²¹⁴ Vgl. Punkt 3.1., S. 20 f

²¹⁵ Vgl. [dt. EStG], § 24a

Besteuerung im Quellenstaat Ö: Variante 1 + 2

Variante 1: In Österreich findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung statt.

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat Österreich

Für die reinen Pensionseinkünfte im Ansässigkeitsstaat Deutschland gelten die Ausführungen von Konst. 3 zu Tabelle 10 (Direktzusage). Bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht gelten auch analog die Ausführungen zu dieser Tabelle. Es fällt damit keine Einkommensteuer mehr an. Die Berechnung wird nicht gesondert dargestellt, da die obig genannte Tabelle dafür heranzuziehen ist.

3.4.2. Konst. 8) Umzug von DE nach Ö – PK, PF & DV**Besteuerung im Ansässigkeitsstaat Ö: Variante 1 + 2**

Die Besteuerung in der Tabelle auf der folgenden Seite ist von den zu Einzahlungszeiten in Anspruch genommenen Förderungen abhängig. Die Berechnungen werden daher mit den unterschiedlichsten Formen der Förderung (A-D) dargestellt (z.B. § 3.63 etc.). Es wird zu allen vier Berechnungen ein Prozentanteil als gefördert und nicht gefördert definiert.

Die Variante 100 Prozent Förderung der Leistungen kann in dieser Konstellation allerdings 2012 nicht auftreten. Der Grund liegt unter anderem in der tatsächlichen Inanspruchnahme der Förderungen, da diese aufgrund der Neuregelung der Besteuerung der Alterseinkünfte in Deutschland teilweise erst ab dem Jahr 2005 möglich war.²¹⁶ Diese prozentuellen Anteile stellen jedoch nur Annahme-Werte unter der Berücksichtigung einer überschlagsmäßigen Hochrechnung (dargestellt in der in Punkt 1.4. angeführten Projektarbeit) dar.

Besonderheiten Direktversicherung:

Die nachfolgende Besteuerungsregel findet bei Leistungen aus einer deutschen Direktversicherung allerdings keine Anwendung. Leistungen aus der Direktversicherung werden einer privaten Lebensversicherung gleichgestellt. Daher sind sie wie normale gesetzliche Altersrenten erst zu besteuern, sobald die Auszahlungsbeträge, kumulativ zusammengerechnet, die insgesamt einbezahlten Beiträge übersteigen.²¹⁷ Es stehen zu diesem Zeitpunkt dieselben Werbungskosten, Sonderausgaben und Absetzbeträge wie in der folgenden Tabelle angeführt als Abzugsposten zu.²¹⁸

²¹⁶ Vgl. [Bick & Strohn, 2005], S. 1035 ff

²¹⁷ Vgl. [öEStG], § 29 Nr. 1

²¹⁸ Vgl. Punkt 3.1., S. 20 f

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012									
				A		B		C	D
Altersrente Auszahlungsbetrag				26.460,00		26.460,00		26.460,00	26.460,00
Arbeitgeber - oder Arbeitnehmerbeiträge				Arbeitgeber oder Arbeitnehmer		Arbeitnehmer		Arbeitnehmer	Arbeitgeber + Arbeitnehmer
In Einzahlungsphase in Anspruch genommene Förd.				§ 3.63 dt. EStG		§ 10 + § 10a dt. EStG		§ 3.63 + § 10 + § 10a dt. EStG	ungefördert
In Einzahlungsphase gefördert				2.646,00	10%	4.498,20	17%	4.233,60	0,00
In Einzahlungsphase nicht gefördert				23.814,00	90%	21.961,80	83%	22.226,40	26.460,00
Besteuerungsanteil:									
In Einzahlungsphase gefördert				2.646,00	100%	4.498,20	100%	4.233,60	0,00
In Einzahlungsphase nicht gefördert				5.953,50	25%	5.490,45	25%	5.556,60	6.615,00
Steuerpflichtiger Teil der Altersrente				8.599,50		9.988,65		9.790,20	6.615,00
- Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe f öEStG				-1.349,46		-1.349,46		-1.349,46	-1.349,46
+ (Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)				(8.000,00)		(8.000,00)		(8.000,00)	(8.000,00)
Gesamtbeitrag der stöpl. Einkünfte (inkl. Mieteinkünfte)				7.250,04		8.639,19		8.440,74	5.265,54
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG				-60,00		-60,00		-60,00	-60,00
Zu versteuerndes Einkommen (inkl. Mieteinkünfte)				7.190,04		8.579,19		8.380,74	5.205,54
Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG				(15.190,04)		(16.579,19)		(16.380,74)	(13.205,54)
Variante 1: Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000				-		-		-	-
A (15.190,04 - 11.000) / 14.000 * 5.110				(1.529,36)		-		-	-
B (16.579,19 - 11.000) / 14.000 * 5.110				-		(2.036,40)		-	-
C (16.380,74 - 11.000) / 14.000 * 5.110				-		-		(1.963,97)	-
D (13.205,54 - 11.000) / 14.000 * 5.110				-		-		-	(805,02)
Variante 2: Progressionsvorbehalt									
Ausl. Pensionseinkünfte				7.250,04		8.639,19		8.440,74	5.265,54
Stf. Ausl. Mieteinkünften				8.000,00		8.000,00		8.000,00	8.000,00
Einkünfte Gesamt				15.250,04		16.639,19		16.440,74	13.265,54
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG				-60,00		-60,00		-60,00	-60,00
Fiktives Einkommen				15.190,04		16.579,19		16.380,74	13.205,54
Einkommensteuer (Berechnung wie in Variante 1)				1.529,36		2.036,40		1.963,97	805,02
Ø Steuersatz in %				10,07%		12,28%		11,99%	6,10%
A				7.190,04	* 10,07%	-		-	-
B				8.579,19	* 12,28%	1.053,77		-	-
C				8.380,74	* 11,99%	-		1.004,81	-
D				5.205,54	* 6,10%	-		-	(317,33)
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG				-400,00		-400,00		-400,00	-400,00
Variante 1: Einkommensteuer (ab-/aufgerundet)				(1.129,00)		(1.636,00)		(1.564,00)	(405,00)
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				(7,43%)		(9,87%)		(9,55%)	(3,07%)
Variante 2: Einkommensteuer (aufgerundet)				324,00		654,00		605,00	0,00
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				4,51%		7,62%		7,22%	0,00%

Tabelle 18: PK/PF bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt Ö, Variante 1 +2²¹⁹²¹⁹ Eigene Erstellung, 2013

Variante 1: Mit Mieteinkünften im Ansässigkeitsstaat (Ö)

Grundsätzlich sind diese Pensionen aus der ausländischen betrieblichen Altersvorsorge gem. § 25 Abs. 1 Nr. 1 öEStG zu versteuern. § 25 Abs. 1 Nr. 2b öEStG sieht jedoch für Bezüge aus ausländischen Pensionskassen eine begünstigte Besteuerung vor.²²⁰

Dieser Paragraph bezieht sich an sich nur auf die Leistungen aus Pensionskassen. Sofern der Pensionsfond aus Deutschland jedoch den ausländischen Einrichtungen im Sinne des § 5 Z 4 PKG entspricht, kommt auch für die Leistungen daraus diese begünstigte Besteuerung zur Anwendung.²²¹

Wie bei den inländischen Leistungen ist zwischen den Leistungen beruhend auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beiträgen zu unterscheiden.²²²

Arbeitgeber-Beiträge: Soweit die Beiträge in der Einzahlungsphase in Deutschland nicht versteuert wurden, sind sie nun zur Gänze steuerpflichtig.²²³ Ob die Beiträge in der Einzahlungsphase besteuert wurden, hängt von der in Deutschland in Anspruch genommenen Förderung ab. Eine nähere Definition, welche Förderung dabei in Anspruch genommen werden musste, findet sich auch in den LStR nicht.

Sämtliche Leistungen, die auf Beiträgen, welche in Deutschland z.B. nach § 3.63 dt. EStG steuerlich gefördert wurden, beruhen, sind daher zur Gänze steuerlich zu erfassen. Leistungen, die jedoch auf (damals) steuerpflichtigen Arbeitslohn beruhen, sind nur mit 25 Prozent steuerlich zu erfassen.²²⁴ In der obigen Tabelle wurde dies als „In der Einzahlungsphase nicht gefördert – 25 %“ dargestellt.

Arbeitnehmer-Beiträge: Sofern die Beiträge in der Einzahlungsphase im In- oder Ausland das steuerpflichtige Einkommen vermindert haben, sind sie zur Gänze steuerpflichtig.²²⁵ Diese Regelung betrifft jene durch Entgeltumwandlung geleisteten Arbeitnehmerbeiträge, die gem. § 3.63 dt. EStG steuerfrei oder gem. § 10a dt. EStG als Sonderausgaben abzugsfähig waren. Dazu zählen allerdings auch Beiträge, die gem. § 10 dt. EStG als zusätzliche Sonderausgaben abzugsfähig waren. Sie stellen aus Sicht des dt. EStG zwar keine steuerliche Förderung i.S.d. § 22 Nr. 5 dt. EStG dar, vermindern jedoch die steuerlichen Einkünfte bzw. reduzieren das steuerliche Einkommen. Die restlichen (nicht geförderten) Leistungen sind mit 25 Prozent zu erfassen.²²⁶

²²⁰ Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008].S. 413

²²¹ Vgl. [öEStG], § 25 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b i.V.m. [PKG], § 5 Z 4

²²² Vgl. [Wellisch, Lenz, Thiele, & Gahl, 2008], S. 413

²²³ Vgl. [LStR] RZ 682

²²⁴ Vgl. Ebenda, RZ 682

²²⁵ Vgl. Ebenda, RZ 682

²²⁶ Vgl. Ebenda, RZ 682

Somit sind sämtliche Leistungen, die auf geförderten Beiträgen beruhen, zur Gänze steuerlich zu erfassen. Die Leistungen basierend auf nicht geförderten Beiträgen sind hingegen immer nur mit einem Viertel als steuerpflichtig anzusetzen.

Von diesen Einkünften können noch zusätzlich als Werbungskosten die deutschen SV-Beiträge gem. § 16 Abs. 1 Nr.4 f öEStG begrenzt mit 5,1 Prozent der Einkünfte in Abzug gebracht werden. Weiters stehen der Sonderausgabenpauschbetrag sowie der (eingeschliffene) Pensionistenabsetzbetrag zu. Die zusätzlichen Mieteinkünfte sind ohne weitere Abzugsposten anzusetzen und zu besteuern.²²⁷

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Es werden bei dieser Variante nur mehr die Leistungen aus der betrieblichen AV in Österreich besteuert. Dies erfolgt wie in Variante 1 (jedoch ohne Mieteinkünfte).

Die Mieteinkünfte werden im Quellenstaat Deutschland besteuert.

Besteuerung im Quellenstaat DE: Variante 1 + 2

Variante 1: In Deutschland findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung statt.

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Die Einkommensteuerberechnung bei den Einkünften im Quellenstaat Deutschland ist mit Konst. 4 Tabelle 12 (Direktzusage) ident und wird daher nicht gesondert dargestellt.

Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht:

Die Mieteinkünfte im Quellenstaat Deutschland werden bei dieser Variante wie in Konst. 4 Tabelle 13 Variante 2 besteuert. Für den zulässigen Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht gelten somit auch die Ausführungen zu obig genannter Tabelle. Die in Österreich besteuerten Pensionseinkünfte sind dann allerdings wieder für Zwecke des Progressionsvorbehaltes zu berücksichtigen: Den Mieteinkünften sind daher die ausländischen Pensionseinkünfte, berechnet nach inländischen Aspekten, hinzuzurechnen.

Für diese gelten somit die generellen Besteuerungsregeln gem. § 22 Nr. 5.d. EStG, wonach die auf geförderten Beiträgen basierenden Pensionseinkünfte zu 100 Prozent und die auf nicht geförderten Beiträgen basierenden mit dem Ertragsanteil (in dieser Konst. mit 18 Prozent) zu erfassen sind. Die Höhe des (fiktiven) Besteuerungsanteiles

²²⁷ Vgl. Punkt 3.1., S. 20 f

richtet sich daher nach den in der Einzahlungsphase in Anspruch genommenen Förderungen.²²⁸

Die Berechnung der steuerfrei zu stellenden Pensionseinkünfte sowie die Berechnungsformel der (fiktiven) Einkommensteuer werden im Anhang in Tabelle 8 übersichtlich dargestellt und somit nicht mehr gesondert in der folgenden Berechnung erläutert. Die sich vom fiktiven Einkommen berechnete Einkommensteuer entspricht in dieser Konstellation und Variante nämlich exakt jener eines in Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen mit Mieteinkünften ohne grenzüberschreitenden Bezug. Der sich ergebende Durchschnittssteuersatz ist (wie auch bei Konst. 4 in Tabelle 13) schlussendlich auf die tatsächlichen Mieteinkünfte anzuwenden.

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012					
Mieteinkünfte gem. § 21 dt. EStG					8.000,00
= Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte					
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG					-36,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG					-1.520,00
32% von 8.000 =					
Zu versteuerndes Einkommen					6.444,00
Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG					
Progressionsvorbehalt gem. § 32b Abs 1 Nr. 5 dt. EStG					
Förderung		§ 3.63	§ 10 + § 10a	gemischt	keine
PEK		26.460,00	26.460,00	26.460,00	26.460,00
davon gefördert		2.646,00	1.323,00	3.969,00	0,00
davon nicht gefördert		23.814,00	25.137,00	22.491,00	26.460,00
davon anzusetzen	100%	2.646,00	1.323,00	3.969,00	0,00
davon anzusetzen	18%	4.286,52	4.524,66	4.048,38	4.762,80
Steuerpflichtiger Anteil		6.932,52	5.847,66	8.017,38	4.762,80
- WK		-102,00	-102,00	-102,00	-102,00
		6.830,52	5.745,66	7.915,38	4.660,80
Inl. Einkünfte		8.000,00	8.000,00	8.000,00	8.000,00
St. Inl. Einkünfte		6.830,52	5.745,66	7.915,38	4.660,80
Einkünfte Gesamt		14.830,52	13.745,66	15.915,38	12.660,80
- Max. Sonderausgaben		-2.800,00	-2.800,00	-2.800,00	-2.800,00
gem. § 10 Abs. 4 dt. EStG					
- Pauschbetrag		-36,00	-36,00	-36,00	-36,00
gem. § 10c dt. EStG					
- Altersentlastungsbetrag		-1.520,00	-1.520,00	-1.520,00	-1.520,00
gem. § 24a dt. EStG					
Fiktives Einkommen		10.474,52	9.389,66	11.559,38	8.304,80
Besteuerungstarif von € 8.004 bis € 13.469:					$y = (\text{Einkommen} - 8.004) / 10.000$
(912,17 * y + 1400) * y;					
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881 :					$z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$
(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038;					
y/z...		0,2471	0,1386	0,3555	0,0301
ESt nach Tarif:		401,55	211,51	613,06	42,94
Ø Steuersatz in %		3,83%	2,25%	5,30%	0,52%
€ 6.444 * Ø Steuersatz =		247,03	145,15	341,76	33,32
Einkommensteuer (abgerundet)		247,00	145,00	341,00	33,00
Effektiv-Steuersatz		3,83%	2,25%	5,29%	0,51%

Tabelle 19: PK/BKV/DV/MVK bei Umzug von DE nach Ö, Unbeschränkt DE, Variante 2²²⁹

²²⁸ Vgl. Anhang, Tabelle 8.

²²⁹ Eigene Erstellung, 2013

4. Steuerliche Vor- und Nachteile durch den Wohnsitzwechsel in der Pension

Gegenüberstellung der Berechnungsergebnisse

In diesem Kapitel werden die einzelnen Berechnungen der Leistungen aus der gesetzlichen sowie der betrieblichen Altersvorsorge auf Basis der rein innerstaatlichen (ohne Wohnsitzwechsel) sowie grenzüberschreitenden Besteuerung gegenübergestellt. Mithilfe dieser Berechnungsergebnisse (Einkommen, Steuersatz etc.) wird die Auswirkung auf den Steuerpflichtigen (zusätzliche Steuerbelastung oder Steuervorteil) aufgrund vom Doppelbesteuerungsabkommen bestimmten Besteuerungsrechtes analysiert. Die Berechnungen der innerstaatlichen Besteuerung finden sich in einem kurzen Auszug der Projektarbeit „Die Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung und betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland und Österreich“ im Anhang. Die entsprechenden Erläuterungen dazu finden sich in dieser Projektarbeit. Die sich ergebende Einkommensteuer bei Wohnsitzwechsel wurde in Punkt 3 berechnet und entsprechend erläutert. Die Erklärungen zu den Abkürzungen in den Tabellen sind im Abkürzungsverzeichnis angeführt.

4.1. Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung

Die Regelung des Artikel 18 Nr. 2 DBA DE/Ö teilt dem Quellenstaat das Besteuerungsrecht der Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung zu. Der Ansässigkeitsstaat darf jedoch diese Pensionseinkünfte zur Berechnung eines Durchschnittssteuersatzes in die Steuerbemessungsgrundlage mit einzubeziehen.²³⁰

4.1.1. Konst. 1) Umzug von Ö nach DE - Erläuterungen zur gesetzlichen Altersvorsorge

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung (Konst. 1) werden in der auf Seite 57 folgenden Tabelle noch einmal zusammengefasst und den Ergebnissen aus der in Punkt 4 angeführten Projektarbeit (innerstaatliche Besteuerung) gegenübergestellt. Die Werte resultieren somit aus der Konstellation 1 Tabelle 2 + 3 + 4 sowie aus dem Anhang Tabelle 1.

²³⁰ Vgl. Punkt 3.2, S. 24 ff

Konstellation 1)				Umzug von Österreich nach Deutschland						Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Sozialversicherung (+ Mieteinkünfte)											
Der 65-Jährige österreichische Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Deutschland und kassiert dort monatliche Renten insgesamt iHv € 26.460 aus der österreichischen Sozialversicherung. Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Deutschland (Var.1) bzw. aus Österreich (Var. 2).																					
Berechnungs-Tabelle	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. EK	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetz-beträge	Absetz-beträge	EST So. Bezüge	Est	EST-Belastung in %	
NUR PEK																					
Anhang Tab. 1: Var. 1	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	1.156,68	0,00	60,00	0,00	21.463,32	24.430,54	21.463,32	3.819,11	176,83	178,03	3.820,00	15,64%	
Tab. 3: Var. 1	PEK	BE	DE	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	1.156,68	0,00	60,00	0,00	21.463,32	24.430,54	21.463,32	3.819,11	176,83	178,03	3.820,00	15,64%	
Tab. 4 Var. 1	PEK	UB	DE	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	2.313,36	0,00	60,00	0,00	20.306,64	23.081,08	20.306,64	3.396,92	234,67	166,47	3.329,00	14,42%	
PEK & V+V																					
Anhang Tab. 1, Var. 2	PEK +MEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	1.156,68	8.000,00	60,00	0,00	29.463,32	32.430,54	29.463,32	7.038,79	176,83	178,03	7.040,00	21,71%	
Variante 1																					
Tab. 3: Var. 1	PEK	BE	DE	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	1.156,68	0,00	60,00	0,00	21.463,32	24.430,54	21.463,32	3.819,11	176,83	178,03	3.820,00	15,64%	
Tab. 4: Var. 1	PEK	UB	DE	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	2.313,36	0,00	60,00	0,00	20.306,64	23.081,08	20.306,64	3.396,92	234,67	166,47	3.329,00	14,42%	
Tab. 2: Var. 1	MEK	UB	DE	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	20.318,00	883,92	0,00	0,00	883,00	13,70%	
Variante 2																					
Tab. 3: Var. 2	PEK +MEK	BE	DE	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	2.313,36	8.000,00	60,00	0,00	28.306,64	31.081,08	37.306,64	10.428,23	234,67	166,47	10.360,00	33,33%	
Tab. 4: Var. 2	PEK +MEK	UB	DE	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	2.313,36	8.000,00	60,00	0,00	28.306,64	31.081,08	28.306,64	6.538,94	234,67	166,47	6.471,00	20,82%	
	-	UB	DE	DE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Gesamtbelastung Einkommensteuer																					
				Inland	grenzüberschreitend			grenzüberschreitend			gegenüber Inland										
					DE	Ö	Summe	DE	Ö	Summe	St.VT/NT 1 (BE)	St.VT/NT 2 (UB)	Zusätzliche SV	MB / VT (1)	MB / VT (2)						
				UB	UB	BE		UB	UB												
Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte					3.820,00	0,00	3.820,00	3.820,00	0,00	3.329,00	3.329,00	0,00	491,00	2.751,84	-2.751,84	-2.260,84					
Pensionseinkünfte + Mieteinkünfte				Var. 1	7.040,00	883,00	3.820,00	4.703,00	883,00	3.329,00	4.212,00	2.337,00	2.828,00	2.751,84	-414,84	76,16					
				Var. 2	7.040,00	0,00	10.360,00	10.360,00	0,00	6.471,00	6.471,00	-3.320,00	569,00	2.751,84	-6.071,84	-2.182,84					

Tabelle 20: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung (Konst. 1) ²³¹²³¹ Eigene Erstellung, 2013

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne MieteinkünfteInnerstaatliche Besteuerung:

Die Berechnung nach inländischen Aspekten ergibt bei einem Einkommen von € 21.463,32 bei Lohnsteuerabzug in Österreich zunächst eine Einkommensteuer von € 3.820, was einer Einkommensteuerbelastung von 15,64 Prozent entspricht. In dieser ist bereits die Steuer gem. § 67 Abs. 1 öEStG für so. Bezüge (13.+14 Zlg.) berücksichtigt.²³²

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Wird nun der Wohnsitz nach Deutschland verlegt, ändert sich grundsätzlich gegenüber der innerstaatlichen Besteuerung nichts, da die Renten aus der gesetzlichen SV in Österreich, auch bei beschränkter Steuerpflicht, weiterhin dem Lohnsteuerabzug unterliegen. Da gem. § 102 Abs. 3 öEStG auch keine Pflichtveranlagung durchzuführen ist, ergibt sich somit vorerst auch kein Vor- bzw. Nachteil für den Steuerpflichtigen. Der Pensionist ist aber trotzdem mit den zusätzlichen SV-Beiträgen – von Deutschland werden für die ausländischen Renten SV-Beiträge eingehoben – belastet.²³³

Es vermindert sich die Einkommensteuer von € 3.820 jedoch um insgesamt € 491 (St.VT/NT 2) auf € 3.329, sofern in Österreich eine fiktive unbeschränkte Steuerpflicht beantragt wird.²³⁴ Der Grund dafür liegt in der zusätzlichen Belastung durch die deutschen SV-Beiträge für die ausländische Rente, die insgesamt iHv € 1.349,46 – das entspricht € 1.156,68 für laufende und € 192,78 für sonstige Bezüge - als zusätzliche Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 f öEStG berücksichtigt werden können. Dies ist jedoch erst im Rahmen der unbeschränkten Steuerpflicht möglich, da beim Lohnsteuerabzug vorerst nur die österreichischen SV-Beiträge berücksichtigt werden.

²³⁵

Der Wohnsitzwechsel lässt damit vorerst auf einen Steuervorteil schließen. Berücksichtigt man jedoch die Mehrbelastung durch die zusätzlichen SV-Beiträge iHv € 2.751,84²³⁶ ergibt sich für den Steuerpflichtigen eine Mehrbelastung iHv € 2.260,84. In Deutschland kommt es ohne weitere Einkünfte vorerst zu keiner Besteuerung.²³⁷

²³² Vgl. Anhang, Tabelle 1 - Variante 1

²³³ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 3 - Variante 1

²³⁴ Vgl. Punkt 4.1.1., Tabelle 20

²³⁵ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 4 – Variante 1

²³⁶ Deutschland erhebt von den (ausländischen) österreichischen SV-Renten iHv € 26.460 insgesamt 10,5 Prozent KV- sowie PV Beiträge. Dies ergibt € 2.751,84

²³⁷ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 2 – Variante 2

Besteuerung der Pensionseinkünfte & Mieteinkünfte

Innerstaatliche Besteuerung:

Erzielt der Pensionist in Österreich nun zusätzlich noch Mieteinkünfte und wechselt seinen Wohnsitz nicht, erhöht sich die Einkommensteuer auf € 7.040, was einer ESt-Belastung von 21,71 Prozent entspricht.²³⁸

Wie die Besteuerung nun beim grenzüberschreitenden Bezug erfolgt, ist von den folgenden Varianten abhängig:

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (DE)

Die Pensionseinkünfte hat der Pensionist weiterhin in Österreich als beschränkt Steuerpflichtiger zu versteuern. Dies ergibt dieselbe Einkommensteuer wie bei rein innerstaatlicher Besteuerung ohne Mieteinkünfte, somit € 3.820 bei beschränkter Steuerpflicht²³⁹ und € 3.329 bei unbeschränkter Steuerpflicht.²⁴⁰

Die Mieteinkünfte aus Deutschland sind dafür in Deutschland zu versteuern. Durch Berücksichtigung der Pensionseinkünfte aus Österreich für den Progressionsvorbehalt in Deutschland wird der Grundfreibetrag überschritten und damit bei einem Durchschnittssteuersatz von 13,70 Prozent eine Einkommensteuer iHv € 883 erzielt.²⁴¹ Mit der österreichischen Einkommensteuer zusammengerechnet wird der Pensionist somit insgesamt mit € 4.703 Einkommensteuer bei beschränkter bzw. € 4.212 Einkommensteuer bei unbeschränkter Steuerpflicht belastet. In beiden Fällen ergibt diese vorerst einen Steuervorteil von € 2.337 bzw. € 2.828. Nach Berücksichtigung der zusätzlichen SV-Beiträge iHv € 2.751,84 verbleibt jedoch nur mehr bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht ein tatsächlicher Vorteil von € 76,16.²⁴²

Hier wird im Wesentlichen durch das Splitting der Einkünfte auf beide Länder ein minimaler Gesamtvorteil erzielt. Trotz der Berücksichtigung der Pensionseinkünfte für den Progressionsvorbehalt in Deutschland ergibt sich nämlich ein relativ geringer Steuersatz iHv 13,70 Prozent für die Mieteinkünfte.²⁴³

²³⁸ Vgl. Anhang, Tabelle 1 – Variante 2

²³⁹ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 3 – Variante 1

²⁴⁰ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 4 – Variante 1

²⁴¹ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 2 – Variante 1

²⁴² Vgl. Punkt 4.1.1., Tabelle 20

²⁴³ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 2 – Variante 1

Der Grund dafür ist einfach zu erklären: Bei dem von beiden Staaten angewandten Progressionssystem zur Berechnung der Einkommensteuer steigt der Durchschnittssteuersatz mit Zunahme des Einkommens eben progressiv an. Da jedoch bei Berechnung des fiktiven Einkommens (BMGL für ESt-Satz, Tabelle 20) für Zwecke des Progressionsvorbehaltes in Deutschland die ausländischen Pensionseinkünfte nach deutschem Recht zu ermitteln sind, werden bereits 40 Prozent der Pensionseinkünfte steuerfrei gestellt. Im Vergleich zu der Besteuerung nach österreichischem Recht vermindert sich alleine deswegen die Bemessungsgrundlage für den Steuersatz um rund € 10.500, was dem in Tabelle 2 dargestellten Rentenfreibetrag entspricht.²⁴⁴

Hinzu kommt, dass sich im Vergleich zu Österreich bei einem Einkommen in derselben Höhe (auf Basis des fiktiven Einkommen iHv € 20.318)²⁴⁵ ein niedrigerer Durchschnittssteuersatz ergibt.²⁴⁶

In Österreich erhöht sich im Gegenzug die Einkommensteuer (gegenüber innerstaatlicher Besteuerung) alleine durch die zusätzlichen Mieteinkünfte ohne grenzüberschreitenden Bezug um fast das Doppelte auf insgesamt € 7.040.²⁴⁷

Variante 2 : Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Der Pensionist hat die Pensionseinkünfte sowie die Mieteinkünfte zur Gänze in Österreich zu versteuern. Aufgrund der Pflichtveranlagung gem. § 102 Abs. 3 öEStG ist dem Gesamteinkommen noch ein fiktiver Betrag von € 9.000 hinzuzurechnen. Auf das sich dabei ergebende Einkommen ist der volle Progressionssteuersatz (33,33 Prozent) anzuwenden, wodurch sich eine Einkommensteuer von insgesamt € 10.360 ergibt.²⁴⁸ Um diesen Steuerschaden - gegenüber innerstaatlicher Besteuerung iHv € 3.320 (St.VT/NT 1) - zu beheben, kann jedoch auf die unbeschränkte Steuerpflicht gewechselt werden.²⁴⁹

In diesem Fall erfolgt die Besteuerung grundsätzlich wie bei einem in Österreich ansässigen unbeschränkt steuerpflichtigen Pensionisten, mit dem Vorteil des Abzugs der zusätzlichen SV-Beiträge iHv 1.349,64 (€ 1.156,68 + € 192,78) als Werbungskosten. Damit reduziert sich die Einkommensteuer bei dieser Besteuerungsvariante in Österreich auf € 6.471, somit 20,82 Prozent des

²⁴⁴ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 2 – Variante 1

²⁴⁵ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 2 – Variante 2

²⁴⁶ In Österreich berechnet sich bei einem Einkommen von € 20.318 in der Progressionsstufe € über 11.000 bis € 25.000 eine Einkommensteuer von € 3.401. Das entspricht 16,74 Prozent des Einkommens.

²⁴⁷ Vgl. Anhang, Tabelle 1 – Variante 1

²⁴⁸ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 3 – Variante 2

²⁴⁹ Vgl. Punkt 4.1.1., Tabelle 20

Gesamteinkommens.²⁵⁰ Dies ergibt vorerst einen aus den zusätzlichen Werbungskosten resultierenden Steuervorteil iHv € 569. Nach Berücksichtigung der gesamten deutschen SV-Beiträge ist jedoch auch dieser Vorteil wieder schnell verschwunden.²⁵¹

Die Gegenüberstellung der Berechnungsergebnisse zeigt somit, dass lediglich in Variante 1 bei unbeschränkter Steuerpflicht in Österreich, bei der der Steuerpflichtige die Einkünfte auf beide Staaten aufteilt, aufgrund des Splittingeffektes ein minimaler Gesamtvorteil erzielt werden kann. In diesen Berechnungen sind jedoch die deutsche Solidaritätsabgabe, sowie sonstige Ergänzungsabgaben zur Einkommensteuer nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für die restlichen Berechnungen (Konst 2-8).

Bei Variante 2 wird durch den Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht vorerst ein Steuervorteil erzielt, dieser jedoch durch die zusätzlichen SV-Beiträge sofort wieder kompensiert. Bei reinen Pensionseinkünften ergibt sich zwar kein steuerlicher Nachteil für den Pensionisten, allerdings ist er mit den zusätzlichen SV-Beiträgen belastet.

Der Steuerpflichtige ist aufgrund seines Umzuges somit auf jeden Fall mit den deutschen Sozialversicherungsbeiträgen zusätzlich belastet.

Doppelbesteuerung

Zu einer Doppelbesteuerung kommt es in dieser Konstellation allerdings nicht, wenngleich der Pensionist durch den Umzug größtenteils einen Nachteil davon zieht. Die Pensionseinkünfte werden nur im Quellenstaat (bzw. die Mieteinkünfte im Staat der Belegenheit) besteuert und sind vom Ansässigkeitsstaat somit freizustellen. Die Einkünfte werden vom Ansässigkeitsstaat somit nur für Zwecke des Progressionsvorbehaltes berücksichtigt, aber nicht tatsächlich besteuert.

4.1.2. Konst. 2) Umzug von DE nach Ö – Erläuterungen zur gesetzlichen Altersvorsorge

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung (Konst. 2) werden in der auf Seite 62 folgenden Tabelle zusammengefasst und den Ergebnissen aus der in Punkt 4 angeführten Projektarbeit (innerstaatliche Besteuerung) gegenübergestellt. Die Werte resultieren somit aus der Konstellation 2 Tabelle 6 + 7 + 8 sowie aus dem Anhang Tabelle 2.

²⁵⁰ Vgl. Punkt 3.2.1., Tabelle 4 - Variante 2

²⁵¹ Vgl. Punkt 4.1.1., Tabelle 20

Fallkonstellation 2)				Umzug von Deutschland nach Österreich							Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Sozialversicherung (+ Mieteinkünfte)									
Der 65-Jährige deutsche Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Österreich und kassiert dort monatliche Renten insgesamt iHv € 26.460 aus der deutschen Sozialversicherung. Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Österreich (Var. 1) bzw. aus Deutschland (Var. 2).																				
Berechnungs-Tabelle	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. Ek	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetz-beträge	Absetz-beträge	EST sonstige Bezüge	Est	EST-Belastung in %
NUR PEK																				
Anhang Tab. 2, Var. 1	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	0,00	1.936,00	0,00	13.838,00	13.838,00	13.838,00	1.126,76	0,00	0,00	1.126,00	8,14%
Tab. 7: Var. 1	PEK	BE	Ö	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	0,00	0,00	0,00	15.774,00	15.774,00	23.778,00	3.752,16	0,00	0,00	3.752,00	23,79%
Tab. 8 : Var. 1	PEK	UB	Ö	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	0,00	1.936,00	0,00	13.838,00	13.838,00	13.838,00	1.126,76	0,00	0,00	1.126,00	8,14%
PEK + V+V																				
Anhang Tab. 2, Var. 2	PEK + MEK	UB	DE	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	8.000,00	1.936,00	1.520,00	20.318,00	20.318,00	20.318,00	2.787,00	0,00	0,00	2.787,00	13,72%
Variante 1																				
Tab. 7: Var. 1	PEK	BE	Ö	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	0,00	0,00	0,00	15.774,00	15.774,00	23.778,00	3.752,16	0,00	0,00	3.752,00	23,79%
Tab. 8 : Var. 1	PEK	UB	Ö	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	0,00	1.936,00	0,00	13.838,00	13.838,00	13.838,00	1.126,76	0,00	0,00	1.126,00	8,14%
Tab. 6: Var. 1	MEK	UB	Ö	Ö	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	7.940,00	7.940,00	31.701,08	2.005,18	64,95	0,00	1.940,00	24,43%
Variante 2																				
Tab. 7: Var. 2	PEK + MEK	BE	Ö	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	8.000,00	0,00	1.520,00	22.254,00	22.254,00	30.258,00	5.707,07	0,00	0,00	5.707,00	25,64%
Tab. 8: Var. 2	PEK + MEK	UB	Ö	DE	26.460,00	10.584,00	15.876,00	0,00	102,00	8.000,00	1.936,00	1.520,00	20.318,00	20.318,00	20.318,00	2.787,00	0,00	0,00	2.787,00	13,72%
	-	UB	Ö	Ö	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtbelastung Einkommensteuer																				
				Inland		grenzüberschreitend			grenzüberschreitend			gegenüber Inland								
						Ö	DE	Summe	Ö	DE	Summe	St.VT/NT 1 (BE)	St.VT/NT 2 (UB)	Zusätzliche SV	MV/ VT (1) BE	MV/ VT (2) UB				
				UB		UB	BE		UB	UB										
Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte				1.126,00		0,00	3.752,00	3.752,00	0,00	1.126,00	1.126,00	-2.626,00	0,00	1.349,46	-3.975,46	-1.349,46				
Pensionseinkünfte+ Mieteinkünfte				Var. 1		2.787,00	1.940,00	3.752,00	5.692,00	1.940,00	1.126,00	3.066,00	-2.905,00	-279,00	1.349,46	-4.254,46	-1.628,46			
				Var. 2		2.787,00	0,00	5.707,00	5.707,00	0,00	2.787,00	2.787,00	-2.920,00	0,00	1.349,46	-4.269,46	-1.349,46			

Tabelle 21: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung (Konst. 2)²⁵²²⁵² Eigene Erstellung, 2013

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte:Innerstaatliche Besteuerung:

Verbringt der deutsche Pensionist seine Pensionszeit in Deutschland, ergibt sich bei reinen Pensionseinkünften (ohne weitere Mieteinkünfte) eine Einkommensteuer iHv € 1.126, was 8,14 Prozent seines Einkommens entspricht.²⁵³

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Wird nun der Wohnsitz nach Österreich verlegt, ändert sich an der Besteuerungsvariante vorerst nichts. Aufgrund der beschränkten Steuerpflicht sind jedoch sämtliche Sonderausgaben nicht mehr abzugsfähig. Weiters ist dem Gesamteinkommen der Grundfreibetrag iHv € 8.004 hinzuzurechnen.²⁵⁴ Diese beiden Faktoren bewirken gegenüber einem in Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne grenzüberschreitenden Bezug ein um knapp €10.000 höheres Einkommen.²⁵⁵ Daraus resultiert eine Einkommensteuer iHv € 3.752 (23,79 Prozent des Einkommens).²⁵⁶

Auch in Deutschland kann dieser Steuerschaden wieder durch den Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht behoben werden. Gegenüber dem Einkommensteuerergebnis ohne grenzüberschreitenden Sachverhalt ändert sich dann nichts mehr, da die von Österreich eingehobenen zusätzlichen SV-Beiträge aufgrund des bereits ausgeschöpften Maximal-Abzugsbetrages der Sonderausgaben iHv € 1.900 nicht mehr berücksichtigt werden können.²⁵⁷

Bei Wohnsitzwechsel ergibt sich damit nur bei Beibehaltung der beschränkten Steuerpflicht ein Steuernachteil iHv € 2.626 zusätzlich der SV-Beiträge. Bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht ergibt sich zwar kein Steuernach- bzw. -vorteil, der Steuerpflichtige ist jedoch mit den SV-Beiträgen iHv € 1.349,46 zusätzlich belastet.²⁵⁸

Besteuerung der Pensionseinkünfte & MieteinkünfteInnerstaatliche Besteuerung

Mit den zusätzlichen Mieteinkünften in Deutschland (ohne Umzug) erhöht sich die Einkommensteuer auf € 2.787 (ESt-Belastung iHv 13,72 Prozent).²⁵⁹

²⁵³ Vgl. Anhang, Tabelle 2 – Variante 1

²⁵⁴ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 7 – Variante 1

²⁵⁵ Vgl. Punkt 4.1.2., Tabelle 21

²⁵⁶ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 7 – Variante 1

²⁵⁷ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 8 – Variante 1

²⁵⁸ Vgl. Punkt 4.1.2., Tabelle 21

²⁵⁹ Vgl. Anhang, Tabelle 2 – Variante 2

Bei grenzüberschreitendem Bezug gilt folgendes:

Grenzüberschreitende Besteuerung

Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (Ö)

Die Pensionseinkünfte hat der Pensionist weiterhin in Deutschland als beschränkt Steuerpflichtiger zu versteuern. Die Einkommensteuer ergibt aufgrund des Hinzurechnungsbetrages wie bei der Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte eine Steuerbelastung iHv € 3.752.²⁶⁰

Bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht erfolgt durch den wegfallenden Progressionsvorbehalt die Besteuerung wie bei einem in Deutschland ansässigen unbeschränkt Steuerpflichtigen. Damit ergibt sich nach Berücksichtigung sämtlicher Abzugsposten wieder eine Einkommensteuer iHv € 1.126. Die zusätzlichen SV-Beiträge iHv € 1.349,46 können im Rahmen der Steuerberechnung durch das bereits ausgeschöpfte Maximum der Sonderausgaben nicht mehr berücksichtigt werden.²⁶¹

In Österreich werden die Mieteinkünfte unter Rücksichtnahme auf den Progressionsvorbehalt zur Gänze versteuert. Dabei ergibt sich eine Einkommensteuer iHv € 1.940, entspricht 24,43 Prozent des Einkommens.²⁶²

Gemeinsam mit der deutschen ESt aus der beschränkten Steuerpflicht ergibt sich daher eine Einkommensteuer iHv € 5.692 bzw. iHv € 3.066 bei unbeschränkter Steuerpflicht. Nach Berücksichtigung der zusätzlichen SV-Beiträge ergibt sich dadurch bei beschränkter Steuerpflicht ein Gesamtverlust iHv € 4.254,46, bei unbeschränkter Steuerpflicht jedoch nur € 1.628,46.²⁶³

Der Steuernachteil ergibt sich im Wesentlichen dadurch, dass der in Österreich auf die Mieteinkünfte angewandte Steuersatz gegenüber Deutschland um einiges höher ist. Bei der Berechnung der Pensionseinkünfte für das fiktive Einkommen (Progressionsvorbehalt) ist nämlich nicht wie in Deutschland ein Rentenfreibetrag auszuscheiden, sondern es sind die gesamten Pensionseinkünfte als steuerpflichtig zu berücksichtigen.²⁶⁴ Selbst bei Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht in Deutschland bewirkt die hohe ESt auf die Mieteinkünfte in Österreich eine entsprechende zusätzliche Belastung.

²⁶⁰ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 7 – Variante 1

²⁶¹ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 8 – Variante 1

²⁶² Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 6 - Variante 1

²⁶³ Vgl. Punkt 4.1.2., Tabelle 21

²⁶⁴ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 6 – Variante 1

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Die Pensionseinkünfte und Mieteinkünfte sind nun bei beschränkter Steuerpflicht in Deutschland zuzüglich des Hinzurechnungsbetrages iHv € 8.004 zu versteuern. Bei einem Steuersatz iHv 25,64 Prozent, ergibt sich eine Einkommensteuer iHv € 5.707.²⁶⁵ Der Steuerschaden gegenüber der innerstaatlichen Besteuerung iHv € 2.920 kann durch Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht behoben werden. In diesem Fall wird die Besteuerung wieder einer rein innerstaatlichen Besteuerung gleichgestellt und ergibt eine Einkommensteuer iHv € 2.787.²⁶⁶

Bei Beibehaltung der beschränkten Steuerpflicht ergibt sich zuzüglich der SV-Beiträge iHv € 1.349,46 somit insgesamt ein Umzugsnachteil von € 4.269,46. Bei der fiktiven unbeschränkten Steuerpflicht beschränkt sich der Wohnsitzwechsel-Nachteil jedoch auf die SV-Beiträge, da sich an der Besteuerung grundsätzlich nichts ändert.²⁶⁷

In Österreich findet ohne jegliche Einkünfte keine Besteuerung mehr statt.

Die Gegenüberstellung der Berechnungsergebnisse zeigt somit, dass bei Wohnsitzwechsel ohne Mieteinkünfte sowie bei Wohnsitzwechsel mit Mieteinkünften in Variante 2 (bei Wechsel auf unbeschränkte Steuerpflicht in Österreich), der Pensionist keine zusätzlichen Steuerbelastungen in Kauf nehmen muss. Es besteht bei Beibehaltung der beschränkten Steuerpflicht in Deutschland durch den Hinzurechnungsbetrag allerdings immer ein Steuernachteil.

Damit steigt der Pensionist in jeder Variante grundsätzlich mit einem Gesamtnachteil aus, auch wenn dieser (größtenteils) nur den SV-Beiträgen entspricht. Bei Variante 1 bewirkt jedoch der in Österreich angewandte Progressionsvorbehalt noch eine über die SV-Beiträge hinausgehende Belastung.

Die SV-Beiträge sind in allen Fällen vom Pensionisten noch zusätzlich zu tragen. Etwaige Zulagen der deutschen Rentenversicherungen, die der in Österreich ansässige Pensionist erhalten kann, sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für die noch folgenden Berechnungen (Konst. 1-8).

Doppelbesteuerung

Auch in dieser Konstellation kommt es zu keiner tatsächlichen Doppelbesteuerung wenngleich der Pensionist durch den Umzug einen Steuer- sowie Gesamtnachteil daraus zieht. Es gelten sinngemäß die Ausführungen zu Konstellation 1.

²⁶⁵ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 7 - Variante 2

²⁶⁶ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 8 - Variante 2

²⁶⁷ Vgl. Punkt 4.1.2., Tabelle 21

4.2. Betriebliche Altersvorsorge – Direktzusage und Unterstützungskasse

Für die Direktzusage und Unterstützungskasse gilt die Regelung gem. Artikel 18 Nr. 1 Doppelbesteuerungsabkommen DE/Ö.²⁶⁸ Bei einem Wohnsitzwechsel werden sie somit im neuen Ansässigkeitsstaat nach dessen innerstaatlichen Regeln besteuert.²⁶⁹

4.2.1. Konst. 3) Umzug von Ö nach DE - Erläuterungen zur Direktzusage

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung von Leistungen aus einer Direktzusage (Konst. 3) werden in der auf Seite 67 folgenden Tabelle zusammengefasst und den Ergebnissen aus der in Punkt 4 angeführten Projektarbeit (innerstaatliche Besteuerung) gegenübergestellt. Die Werte resultieren somit aus der Konstellation 3 Tabelle 9 + 10 sowie aus dem Anhang Tabelle 3.

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte:

Innerstaatliche Besteuerung:

Bezieht der Pensionist Leistungen aus einer österreichischen Direktzusage und wechselt in der Pension seinen Wohnsitzstaat nicht, so beträgt die Einkommensteuer € 4.312 (16,73 Prozent seines Einkommens).²⁷⁰ Im Vergleich zur Besteuerung von Leistungen aus der gesetzlichen SV fallen lediglich die SV-Beiträge weg.²⁷¹

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Wird der Wohnsitz nun jedoch nach Deutschland verlegt, werden die Leistungen nach den deutschen innerstaatlichen Regelungen besteuert.²⁷² Es ist nun nicht mehr der gesamte Auszahlungsbetrag steuerpflichtig, da in Deutschland von Versorgungsbezügen ein Versorgungsfreibetrag + Zuschlag, insgesamt iHv € 3.120, steuerfrei bleibt. Durch den Zuzug kommt es zu einer entsprechenden Entlastung für den Pensionisten, da auch Leistungen aus einer ausländischen Direktzusage gem. § 19 Abs. 2 dt. EStG begünstigt besteuert werden.²⁷³

²⁶⁸ Vgl. Punkt 2.8., S. 16

²⁶⁹ Vgl. Punkt 3.3., S. 37

²⁷⁰ Vgl. Anhang, Tabelle 3 – Variante 1

²⁷¹ Vgl. Anhang, Tabelle 1 – Variante 1

²⁷² Vgl. Punkt 3.3., S. 37

²⁷³ Vgl. Punkt 3.3.1., Tabelle 9 - Variante 1

Fallkonstellation 3)				Umzug von Österreich nach Deutschland								Bezug aus einer Direktzusage (+ Mieteinkünfte)								
Der 65-Jährige österreichische Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Deutschland und kassiert dort monatliche Renten vom seinem ursprünglichen österreichischen Arbeitgeber insgesamt iHv € 26.460. Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Deutschland (Var. 1) bzw. Österreich (Var. 2).																				
Berechnungs-Tabelle	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. EK	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetzbeträge	Absetzbeträge	EST So. Bezüge	Est	EST-Belastung in %
NUR PEK																				
Anhang: Tab. 3 Var. 1	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	0,00	0,00	60,00	0,00	22.620,00	25.780,00	22.620,00	4.241,30	119,00	189,60	4.312,00	16,73%
Tab. 9: Var. 2	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	3.120,00	23.340,00	0,00	102,00	0,00	36,00	0,00	23.202,00	23.202,00	23.202,00	3.587,69	0,00	0,00	3.587,00	15,46%
PEK & V+V																				
Anhang: Tab. 3 Var. 2	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	30.620,00	33.780,00	30.620,00	7.538,64	119,00	189,60	7.609,00	22,53%
	+ MEK																			
Variante 1																				
Tab. 9: Var. 1	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	3.120,00	23.340,00	0,00	102,00	8.000,00	36,00	1.520,00	29.682,00	29.682,00	29.682,00	5.525,53	0,00	0,00	5.525,00	18,61%
	+ MEK																			
Variante 2																				
Tab. 9: Var. 2	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	3.120,00	23.340,00	0,00	102,00	0,00	36,00	0,00	23.202,00	23.202,00	23.202,00	3.587,69	0,00	0,00	3.587,00	15,46%
Tab. 10: Var. 2	MEK	BE	DE	Ö	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	7.940,00	7.940,00	16.940,00	2.168,10	0,00	0,00	2.168,00	27,30%
Tab. 10: Var. 2	MEK	UB	DE	Ö	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	7.940,00	7.940,00	7.940,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtbelastung Einkommensteuer																				
				Inland	grenzüberschreitend			grenzüberschreitend			gegenüber Inland									
					DE	Ö	Summe	DE	Ö	Summe	St.VT/NT 1 (BE)	St.VT/NT 2 (UB)								
				UB	UB	BE		UB	UB											
Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte					4.312,00	3.587,00	0,00	3.587,00	-	-	-		725,00	-						
Pensionseinkünfte+ Mieteinkünfte				Var. 1	7.609,00	5.525,00	0,00	5.525,00	-	-	-		2.084,00	-						
				Var. 2	7.609,00	3.587,00	2.168,00	5.755,00	3.587,00	0,00	3.587,00		1.854,00	4.022,00						

Tabelle 22: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Direktzusage (Konst. 3)²⁷⁴²⁷⁴ Eigene Erstellung, 2013

Der Steuerpflichtige kommt außerdem in den Genuss von geringfügig höheren Absetzbeträgen beim Werbungskostenpauschbetrag sowie beim Sonderausgabenpauschbetrag. Bei einer Auszahlungssumme von insgesamt € 26.460 erspart sich der Pensionist daher insgesamt € 725 (St.VT/NT 1 1) an Einkommensteuer. Da er weder in Österreich noch in Deutschland SV-Beiträge abführen muss, entspricht diese dem gesamten Vorteil aus dem Umzug.²⁷⁵

In Österreich findet keine Besteuerung mehr statt. Sämtliche Leistungen sind dort steuerfrei zu stellen.

Besteuerung der Pensionseinkünfte & Mieteinkünfte:

Innerstaatliche Besteuerung:

Erzielt der Pensionist in Österreich nun zusätzlich noch Mieteinkünfte und wechselt seinen Wohnsitz nicht, erhöht sich die Einkommensteuer auf € 7.609, was einer ESt-Belastung von 22,53 Prozent entspricht.²⁷⁶ Wie die Besteuerung bei Wohnsitzwechsel erfolgt, hängt von folgenden Varianten ab:

Grenzüberschreitende Besteuerung

Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (DE)

Die Pensionseinkünfte sowie die Mieteinkünfte sind nun gem. der unbeschränkten Steuerpflicht und der Besteuerungszuteilungsregelung des DBA DE/Ö in Deutschland zu versteuern.²⁷⁷

Die endgültige Steuerbemessungsgrundlage (für den normalen Besteuerungstarif) unterscheidet sich zwischen einem in Österreich und einem in Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne grenzüberschreitenden Bezug trotz der unterschiedlichen Abzugsbeträge allerdings nur um rund € 1.000. Es ergibt sich in Deutschland jedoch eine um € 2.084 (St.VT/NT 1) niedrigere Einkommensteuer.²⁷⁸

Es fällt nun die, wenn auch begünstigte, Besteuerung der sonstigen Bezüge (in Österreich) bei Wohnsitzwechsel weg. Die Steuerbemessungsgrundlage der sonstigen Bezüge iHv € 3.160 (13.+14 Bezug iHv € 3.780 abzgl. Freibetrag iHv 620)²⁷⁹ entspricht nämlich fast zur Gänze dem deutschen steuerfreien Versorgungsfreibetrag iHv € 3.120. Damit entfällt allerdings lediglich ein Steuerbetrag iHv € 189,60. Die restlichen

²⁷⁵ Vgl. Punkt 4.2.1., Tabelle 22

²⁷⁶ Vgl. Anhang, Tabelle 3 – Variante 2

²⁷⁷ Vgl. Punkt 3.3.1, S. 38

²⁷⁸ Vgl. Punkt 4.2.1 – Tabelle 22

²⁷⁹ Vgl. Anhang, Tabelle 3

Abzugsposten (Werbungskosten und Sonderausgaben) weichen zwischen den beiden Staaten nicht allzu weit voneinander ab.²⁸⁰

Da sich jedoch bei der österreichischen Einkommensteuerberechnung auch noch nach Abzug eines (eingeschliffenen) Pensionistenabsetzbetrags iHv € 119 im Vergleich zur deutschen Besteuerung eine um € 2.084 höhere Einkommensteuer errechnet, werden die Einkünfte in dieser Progression in Österreich offensichtlich mit einem bei weitem höheren Durchschnittssteuersatz besteuert. Aus diesem Grund ergibt sich bei Umzug auch ein wesentlicher Steuervorteil für den Pensionisten.²⁸¹

Variante 2 : Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Sofern der Pensionist seine Vermietung in Österreich beibehält, hat er die Pensionseinkünfte in Deutschland und die Mieteinkünfte in Österreich zu versteuern. Dem Ansässigkeitsstaat ist in diesem Fall der Rückgriff auf die Einkünfte für Zwecke des Progressionsvorbehaltes gestattet. Gem. § 32b Abs. 5 dt. EStG sind die Mieteinkünfte davon allerdings ausdrücklich ausgenommen. Demnach ergibt sich bei unbeschränkter Steuerpflicht in Deutschland wie beim Wohnsitzwechselnden ohne Mieteinkünfte eine Einkommensteuer iHv € 3.587.²⁸²

Die Mieteinkünfte werden in Österreich gem. der beschränkten Steuerpflicht besteuert. Im Rahmen der Pflichtveranlagung ist den Einkünften der Hinzurechnungsbetrag € 9.000 zuzurechnen. Das sich ergebende Einkommen überschreitet damit die österreichische Einkommensteuergrenze iHv € 11.000 und bewirkt eine Einkommensteuer iHv € 2.168.²⁸³ Gemeinsam mit der deutschen Einkommensteuer iHv € 3.587 für die Pensionseinkünfte ergibt sich dadurch eine ESt iHv € 5.755 und somit ein Steuervorteil iHv € 1.854 gegenüber dem rein innerstaatlichen Bezug.²⁸⁴

Bei Wechsel auf die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht entfällt für den Steuerpflichtigen der Hinzurechnungsbetrag, weshalb das Einkommen in Österreich aufgrund der geringen Höhe keine Einkommensteuer mehr bewirkt. Damit bleibt nur mehr die deutsche Einkommensteuer iHv € 3.587 übrig. So ergibt sich ein noch höherer Steuervorteil insgesamt iHv € 4.022.²⁸⁵

²⁸⁰ Vgl. Punkt 4.2.1., Tabelle 22

²⁸¹ Vgl. Punkt 4.2.1., Tabelle 22

²⁸² Vgl. Punkt 3.3.1., Tabelle 9 - Variante 2

²⁸³ Vgl. Punkt 3.3.1., Tabelle 10 – Variante 2

²⁸⁴ Vgl. Punkt 4.2.1., Tabelle 22

²⁸⁵ Vgl. Punkt 4.2.1., Tabelle 22

In beiden Fällen (beschränkter und unbeschränkter Steuerpflicht) wird damit erneut der Splittingeffekt genutzt. Durch die Aufteilung der Einkünfte auf die beiden Staaten ergibt sich in beiden nämlich eine geringere Bemessungsgrundlage für den (Progressions)Steuersatz. Das aufgeteilte Einkommen wird somit im Vergleich zur Besteuerung des gesamten Einkommens (bestehend aus den Pensionseinkünften und Mieteinkünften) in Österreich in einer niedrigeren Progressionsstufe (somit zwischen € 11.000 bis € 25.000) und in Deutschland mit einem niedrigeren Steuersatz (15,46 Prozent anstatt 22,53 Prozent) besteuert.²⁸⁶

Zusammenfassend lässt sich in allen beschriebenen Varianten (mit oder ohne Mieteinkünfte) ein Steuervorteil für den Pensionisten erzielen.

Im optimalsten Fall kann dies sogar dazu führen, dass die Steuerbelastung für Pensionseinkünfte und Mieteinkünfte bei grenzüberschreitendem Bezug zusammen (Var. 2) geringer ausfällt, als bei Bezug von reinen Leistungen aus der Direktzusage aus dem Wohnsitzstaat ohne grenzüberschreitenden Bezug. Dieser Vorteil ergibt sich durch den Wegfall der österreichischen Einkommensteuer für Mieteinkünfte und die in Deutschland „begünstigte“ Besteuerung als Versorgungsbezug.

Doppelbesteuerung

Zu einer Doppelbesteuerung kommt es in dieser Konstellation definitiv nicht. Die Einkünfte werden nur im Ansässigkeitsstaat (bzw. die Mieteinkünfte im Staat der Belegenheit) besteuert. Diese Einkünfte sind vom Quellenstaat Österreich auch nicht für Zwecke eines Progressionsvorbehaltes zu berücksichtigen.

4.2.2. Konst. 4) Umzug von DE nach Ö – Erläuterungen zur Direktzusage

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung von Leistungen aus einer Direktzusage (Konst. 4) werden in der auf Seite 71 folgenden Tabelle zusammengefasst und den Ergebnissen aus der in Punkt 4 angeführten Projektarbeit (innerstaatliche Besteuerung) gegenübergestellt. Die Werte resultieren somit aus der Konstellation 4 Tabelle 11 + 12 + 13 sowie aus dem Anhang Tabelle 4.

²⁸⁶ Vgl. Punkt 4.2.1., Tabelle 22

Fallkonstellation 4)				Umzug von Deutschland nach Österreich								Bezug aus einer Direktzusage (+ Mieteinkünfte)									
Der 65-Jährige deutsche Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Österreich und kassiert dort monatliche Renten vom seinem ursprünglichen deutschen Arbeitgeber insgesamt iHv € 26.460. Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Österreich (Var. 1) bzw. aus Deutschland (Var. 2).																					
Berechnungs-Tabelle	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. EK	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetz-beträge	Absetz-beträge	EST So. Bezüge	Est	EST-Belastung in %	
NUR PEK																					
Anhang Tab. 4, Var. 1	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	3.120,00	23.340,00	0,00	102,00	0,00	2.836,00	0,00	20.402,00	20.402,00	20.402,00	2.809,79	0,00	0,00	2.809,00	13,77%	
-	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	26.460,00	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	25.050,54	25.050,54	25.050,54	5.131,84	0,00	0,00	5.132,00	20,49%	
PEK & V+V																					
Anhang Tab. 4, Var. 2	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	3.120,00	23.340,00	0,00	102,00	8.000,00	2.836,00	1.520,00	26.882,00	26.882,00	26.882,00	4.664,62	0,00	0,00	4.664,00	17,35%	
	+ MEK																				
Variante 1																					
Tab. 11. Var. 1	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	26.460,00	0,00	1.349,46	8.000,00	60,00	0,00	33.050,54	33.050,54	33.050,54	8.588,98	0,00	0,00	8.589,00	25,99%	
	+ MEK																				
Variante 2																					
Tab. 11: Var. 2	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	26.460,00	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	25.050,54	25.050,54	33.050,54	6.509,99	0,00	0,00	6.510,00	25,99%	
Tab. 12 : Var. 2	MEK	BE	Ö	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	14.448,00	1.274,86	0,00	0,00	1.274,00	19,77%	
Tab. 13 : Var. 2	MEK	UB	Ö	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	26.882,00	1.118,18	0,00	0,00	1.118,00	17,35%	
Gesamtbelastung Einkommensteuer																					
				Inland	grenzüberschreitend			grenzüberschreitend			gegenüber Inland										
					Ö	DE	Summe	Ö	DE	Summe	St.VT/NT 1 (BE)		St.VT/NT 2 (UB)								
				UB	UB	BE		UB	UB												
Pensionseinkünfte					2.809,00	5.132,00	0,00	5.132,00	-	-	-	-2.323,00		0,00							
ohne Mieteinkünfte																					
Pensionseinkünfte + Mieteinkünfte				Var. 1	4.664,00	8.589,00	0,00	8.589,00	-	-	-	-3.925,00		-							
				Var. 2	4.664,00	6.510,00	1.274,00	7.784,00	6.510,00	1.118,00	7.628,00	-3.120,00		-2.964,00							

Tabelle 23: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Direktzusage (Konst. 4)²⁸⁷²⁸⁷ Eigene Erstellung, 2013

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte:Innerstaatliche Besteuerung:

Bezieht der deutsche Pensionist Leistungen aus einer Direktzusage und wechselt seinen Wohnsitzstaat nicht, so beträgt die Einkommensteuer in Deutschland unter Berücksichtigung des Versorgungsfreibetrages € 2.809 (13,77 Prozent). Die Berechnung der Einkommensteuer unterscheidet sich gegenüber Konst. 3 bei einem unbeschränkt Steuerpflichtigen mit grenzüberschreitendem Bezug in Deutschland (Tabelle 9, Variante 1) lediglich durch den nun möglichen Sonderausgabenabzug iHv € 2.800,00, der aus den von Deutschland für betriebl. AV eingehobenen SV-Beiträgen resultiert.²⁸⁸

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Verlegt der Pensionist nun seinen Wohnsitz nach Deutschland, sind die Leistungen nach den österreichischen innerstaatlichen Regelungen zu besteuern.²⁸⁹

In der vorhergehenden Konstellationen (Konst. 3, Direktzusage) waren bei grenzüberschreitendem Bezug mit Mieteinkünften in Variante 1 und bei grenzüberschreitendem Bezug ohne Mieteinkünfte dieselben Besteuerungsregeln anzuwenden. Daher konnte das Berechnungsergebnis aus Tabelle 9 Variante 1 herangezogen werden.

Für Konstellation 4 (sowie Konst. 6) gilt dies nicht: Der in Österreich anzuwendende Progressionsvorbehalt (wie in Tabelle 11 berechnet) ist ohne Mieteinkünfte hinfällig.

Daher wird das tatsächliche Einkommen iHv € 25.050,54 (Tabelle 11 Variante 2) nach dem normalen Tarif besteuert. Das ergibt in der Progression von € 25.000 bis € 60.000 eine Einkommensteuer iHv € 5.132.²⁹⁰

Damit wird in Österreich aber gegenüber Deutschland ein um ca. € 4.500 höheres Einkommen versteuert. Der Pensionist verliert damit die begünstigte Besteuerung (Deutschland) durch den Wegfall des Versorgungsfreibetrages iHv € 3.120. Anfällige Werbungskosten und Sonderausgabenpauschbeträge in Österreich können diesen Verlust nicht begleichen. Außerdem sind sie gegenüber den in Deutschland möglichen Abzugsposten auch niedriger. Es ergibt sich somit ein Nachteil iHv € 2.323.²⁹¹

²⁸⁸ Vgl. Anhang, Tabelle 4 – Variante 1

²⁸⁹ Vgl. Punkt 3.3, S. 37

²⁹⁰ Die Einkommensteuer berechnet sich wie folgt: $(€ 25.050,54 - € 25.000) / € 14.000 * € 15.125 + € 5.110$

²⁹¹ Vgl. Punkt 4.2.2., Tabelle 23

Besteuerung der Pensionseinkünfte & Mieteinkünfte:Innerstaatliche Besteuerung:

Erzielt der Pensionist in Deutschland nun zusätzlich noch Mieteinkünfte und wechselt seinen Wohnsitz nicht, erhöht sich die Einkommensteuer in Deutschland auf € 4.664 (17,35 Prozent des Gesamteinkommens).²⁹²

Bei grenzüberschreitendem Bezug mit zusätzlichen Mieteinkünften ergibt sich je nach Variante eine unterschiedliche Besteuerung.

Grenzüberschreitende Besteuerung:*Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (Ö)*

Bezieht der Pensionist Leistungen aus einer Direktzusage aus Deutschland sowie Mieteinkünfte aus Österreich, sind sämtliche Einkünfte im neuen Ansässigkeitsstaat zur Gänze zu versteuern. Hier gelten dieselben Regeln wie bei der in Österreich stattfindenden Besteuerung ohne Mieteinkünfte. Die Mieteinkünfte erhöhen nun lediglich das Einkommen um € 8.000, verdoppeln die Einkommensteuer gegenüber rein innerstaatlicher Besteuerung aber fast auf insgesamt € 8.589.²⁹³

In Österreich verursacht der gegenüber Deutschland höhere Besteuerungsanteil der Pensionsbezüge einen bei weitem höheren Steuersatz. In Österreich sind zur Berechnung des Einkommens zwar die zusätzlichen SV-Beiträge sowie der Sonderausgabenpauschbetrag in Abzug zu bringen, im Vergleich zu Deutschland stellt dies jedoch nur einen Bruchteil der dort möglichen Abzugsposten (insgesamt € 7.476)²⁹⁴ dar.²⁹⁵ In Deutschland kann für die Mieteinkünfte in dieser Konstellation nämlich außerdem noch ein Altersentlastungsbetrag (hier begrenzt mit € 1.520) in Abzug gebracht werden. Daher hat der Pensionist bei Umzug einen Nachteil iHv € 3.925.²⁹⁶

Im Quellenstaat Österreich findet ohne Einkünfte keine Besteuerung statt.

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Wird die Vermietung im Quellenstaat beibehalten, sind nur die Mieteinkünfte in Deutschland zu versteuern. Das Einkommen des beschränkt Steuerpflichtigen ist dabei

²⁹² Vgl. Anhang, Tabelle 4 – Variante 2

²⁹³ Vgl. Punkt 3.3.2., Tabelle 11 - Variante 1

²⁹⁴ Dieser setzt sich aus Versorgungsfreibetrag, Werbungskostenpauschbetrag, Sonderausgaben und Sonderausgabenpauschbetrag zusammen.

²⁹⁵ Vgl. Punkt 4.2.2., Tabelle 23

²⁹⁶ Vgl. Anhang, Tabelle 4 – Variante 1

um den Grundfreibetrag von € 8.004 zu erhöhen. Davon bemisst sich die Einkommensteuer iHv € 1.274.²⁹⁷

Bei Wechsel auf die fiktive unbeschränkte Steuerpflicht sieht das dt. EStG allerdings nun auch für Deutschland als Quellenstaat einen Progressionsvorbehalt gem. § 32b Abs. 1 Nr. 5 dt. EStG vor. Dadurch ergibt sich dieselbe Steuerbemessungsgrundlage wie bei einem in Deutschland ansässigen unbeschränkt Steuerpflichtigen mit Mieteinkünften (Anhang Tabelle 4, Variante 2). Allerdings ist von dieser Bemessungsgrundlage nicht die endgültige Einkommensteuer zu berechnen, sondern nur der Durchschnittssteuersatz, der anschließend auf die durch Sonderausgabenpauschbetrag und Altersentlastungsbetrag reduzierten Mieteinkünfte anzuwenden ist. Dies ergibt bei einem Durchschnittssteuersatz von 17,35 Prozent € 1.118 Einkommensteuer.²⁹⁸

Österreich als Ansässigkeitsstaat hat nun grundsätzlich das Recht, die Mieteinkünfte für Zwecke des Progressionsvorbehaltes heranzuziehen. Gegenüber einem unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne Mieteinkünfte (Besteuerung in Österreich bei Wohnsitzwechsel) ändert sich an den steuerpflichtigen Einkünften und den Abzugsposten grundsätzlich nichts. Allerdings werden die Pensionsbezüge nun um die Mieteinkünfte, berechnet nach innerstaatlichen Aspekten, erhöht, um vom sich ergebenden fiktiven Einkommen den Durchschnittssteuersatz zu berechnen. Dadurch ergibt sich ein bei weitem höherer Steuersatz, der auf dasselbe Einkommen, wie jenes des unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne Mieteinkünfte, anzuwenden ist. Die Einkommensteuer iHv € 6.510 entspricht damit bereits 25,99 Prozent.²⁹⁹

Dadurch ergibt sich bei beschränkter Steuerpflicht in Deutschland eine Einkommensteuer-Gesamtbelastung (inkl. österr. ESt) iHv € 7.784 und bei unbeschränkter Steuerpflicht insgesamt iHv € 7.628. Bei der beschränkten Steuerpflicht ergibt sich somit insgesamt sogar ein Steuerschaden iHv € 3.120.³⁰⁰

Der Steuerschaden ergibt sich im Wesentlichen durch den Wegfall der begünstigten Besteuerung als Versorgungsbezug, wodurch € 3.120 (Versorgungsfreibetrag inkl. Zuschlag) in Österreich voll zu versteuern sind. Eine bessere Ausschöpfung der SV-Beiträge kommt ebenfalls der Besteuerung in Deutschland zu Gute. In Deutschland sind immerhin € 2.800 (anstatt € 1.349,46 in Österreich) maximal absetzbar.

²⁹⁷ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 12 – Variante 2

²⁹⁸ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 13 – Variante 2

²⁹⁹ Vgl. Punkt 3.2.2., Tabelle 11 – Variante 2

³⁰⁰ Vgl. Punkt 4.2.2., Tabelle 23

Außerdem bewirkt der zusätzliche Progressionsvorbehalt bei fiktiver unbeschränkter Steuerpflicht in Deutschland, dass bei Variante 2 der Steuersatz in beiden Staaten vom Einkommen bestehend aus den Pensionseinkünften zuzüglich der Mieteinkünfte berechnet wird.

Das Einkünfte-Splitting bewirkt damit in allen dargestellten Konstellationen (mit oder ohne Mieteinkünfte) einen wesentlichen Nachteil für den Pensionisten.

Doppelbesteuerung

Zu einer Doppelbesteuerung kommt es in dieser Konstellation definitiv nicht. Die Einkünfte werden wie in Konst. 4 nur im Ansässigkeitsstaat (bzw. die Mieteinkünfte im Staat der Belegenheit) besteuert. Durch teilweise doppelte Vornahme eines Progressionsvorbehaltes (Variante 2) kommt es allerdings zu einer entsprechenden Zusatzbelastung.

4.2.3. Konst. 5) Umzug von Ö nach DE - Erläuterungen zur Unterstützungskasse

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung von Leistungen aus einer Unterstützungskasse (Konst. 5) werden in der auf Seite 76 folgenden Tabelle zusammengefasst und den Ergebnissen aus der Projektarbeit (innerstaatliche Besteuerung) gegenübergestellt. Die Werte resultieren somit aus der Konstellation 5 Tabelle 14, Konstellation 3 Tabelle 10 sowie aus dem Anhang Tabelle 5.

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte:

Innerstaatliche Besteuerung:

Bezieht der Pensionist nun Leistungen aus einer Unterstützungskasse und wechselt in der Pensionszeit seinen Wohnsitzstaat nicht, so ergibt sich bei einer Auszahlungssumme von € 12.000 allerdings keine Einkommensteuer mehr. Nach Abzug der Sonderausgaben übersteigt das Einkommen zwar noch die Einkommensteuergrenze von € 11.000. Nach Abzug des Pensionistenabsetzbetrags errechnet sich jedoch nur mehr eine negative Einkommensteuer, die in Österreich für Pensionisten allerdings nicht rückerstattungsfähig ist.³⁰¹

³⁰¹ Vgl. Anhang, Tabelle 5 –Variante 1

Fallkonstellation 5)				Umzug von Österreich nach Deutschland								Bezug aus einer Unterstützungskasse (+ Mieteinkünfte)								
Der 65-Jährige österreichische Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Deutschland und kassiert dort monatliche Renten aus einer Unterstützungskasse insgesamt iHv € 26.460. Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Deutschland (Var. 1) bzw. aus Österreich (Var. 2).																				
Berechnungs-Tabelle	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. EK	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetz-beträge	Absetz-beträge	EST So. Bezüge	Est	EST-Belastung in %
NUR PEK																				
Anhang Tab. 5, Var. 1	PEK	UB	Ö	Ö	12.000,00	0,00	12.000,00	0,00	0,00	0,00	60,00	0,00	11.940,00	11.940,00	11.940,00	343,10	400,00	0,00	0,00	0,00%
Tab. 14: Var. 2	PEK	UB	DE	DE	12.000,00	3.120,00	8.880,00	0,00	102,00	0,00	36,00	0,00	8.742,00	8.742,00	8.742,00	108,29	0,00	0,00	108,00	1,24%
PEK & V+V																				
Anhang Tab. 5, Var. 2	PEK	UB	Ö	Ö	12.000,00	0,00	12.000,00	0,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	19.940,00	19.940,00	19.940,00	3.263,10	400,00	0,00	2.863,00	14,36%
	+ MEK																			
Variante 1																				
Tab. 14: Var. 1	PEK	UB	DE	DE	12.000,00	3.120,00	8.880,00	0,00	102,00	8.000,00	36,00	1.520,00	15.222,00	15.222,00	15.222,00	1.465,22	0,00	0,00	1.465,00	9,62%
	+ MEK																			
Variante 2																				
Tab. 14: Var. 2	PEK	UB	DE	DE	12.000,00	3.120,00	8.880,00	0,00	102,00	0,00	36,00	0,00	8.742,00	8.742,00	8.742,00	108,29	0,00	0,00	108,00	1,24%
Tab. 10: Var. 2	MEK	BE	DE	Ö						8.000,00	60,00	0,00	7.940,00	7.940,00	16.940,00	2.168,10	0,00	0,00	2.168,00	27,30%
Tab. 10: Var. 2	MEK	UB	DE	Ö	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	7.940,00	7.940,00	7.940,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
Gesamtbelastung Einkommensteuer																				
					Inland		grenzüberschreitend			grenzüberschreitend			gegenüber Inland							
							DE	Ö	Summe	DE	Ö	Summe	St.VT/NT 1 (BE)	St.VT/NT 2 (UB)						
					UB		UB	BE		UB	UB									
Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte					0,00	108,00	0,00	108,00	-	-	-	-	-108,00	-						
Pensionseinkünfte + Mieteinkünfte					Var. 1	2.863,00	1.465,00	0,00	1.465,00	-	-	-	1.398,00	-						
					Var. 2	2.863,00	108,00	2.168,00	2.276,00	108,00	0,00	108,00	587,00	2.755,00						

Tabelle 24: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Unterstützungskasse (Konst. 5)³⁰²³⁰² Eigene Erstellung, 2013

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Wird der Wohnsitz nun jedoch nach Deutschland verlegt, werden die Leistungen nach den deutschen innerstaatlichen Regelungen besteuert. Da die Einkommensteuergrenze in Deutschland gegenüber Österreich um ca. € 3.000 niedriger ist, ergibt sich selbst nach Abzug des Versorgungsfreibetrages und der Sonderausgaben noch ein Besteuerungspotenzial. Die sich ergebende Einkommenssteuer iHv €108 entspricht allerdings nur mehr 1,24 Prozent des Gesamteinkommens.³⁰³

Damit erzielt der Pensionist allerdings einen (wenn auch minimalen) Steuernachteil.³⁰⁴ Im Vergleich zu Konst. 3 (Steuervorteil) zeigt sich damit, dass mithilfe dieser Muster-Konstellationen nicht auf einen immer auftretenden Steuervorteil- bzw. Nachteil geschlossen werden kann. Je nach Auszahlungsbetrag bzw. anzuwendender Progressionsstufe ergibt sich dadurch ein unterschiedliches Ergebnis.

Besteuerung der Pensionseinkünfte & Mieteinkünfte:

Innerstaatliche Besteuerung:

Erzielt der Pensionist in Österreich nun zusätzlich noch Mieteinkünfte und wechselt seinen Wohnsitz nicht, ergibt sich in Österreich erstmals eine Einkommensteuer iHv € 2.863.³⁰⁵ Für den grenzüberschreitenden Bezug gilt folgendes:

Grenzüberschreitende Besteuerung

Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (DE)

Bezieht der Pensionist Leistungen aus einer Unterstützungskasse aus Österreich sowie Mieteinkünfte aus Deutschland, sind sämtliche Einkünfte in Deutschland zu versteuern und ergeben eine Einkommensteuer iHv € 1.465. Auch in dieser Fallkonstellation ergibt sich bei Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat ein Steuervorteil, da in Deutschland gegenüber Österreich ein um fast € 4.500 geringeres Einkommen mit einem niedrigeren Steuersatz besteuert wird. Der Pensionist profitiert in dieser Konstellation einerseits vom Versorgungsfreibetrag iHv € 3.120, vom Altersentlastungsbetrag iHv € 1.520 sowie vom relativ niedrigen Steuersatz iHv 9,62 Prozent in diesem Bereich der Progression.³⁰⁶ Damit wird gegenüber innerstaatlicher Besteuerung ein Steuervorteil von € 1.398 erzielt.³⁰⁷

³⁰³ Vgl. Punkt 3.3.3., Tabelle 14 - Variante 2

³⁰⁴ Vgl. Punkt 4.2.3., Tabelle 24

³⁰⁵ Vgl. Anhang, Tabelle 5 – Variante 2

³⁰⁶ Vgl. Punkt 3.3.3., Tabelle 14 - Variante 1

³⁰⁷ Vgl. Punkt 4.2.3., Tabelle 24

In Österreich gibt es keine Einkünfte mehr.

Variante 2 : Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Sofern der Pensionist seine Vermietung in Österreich beibehält ist das (Miet)Einkommen wieder um den Hinzurechnungsbetrag iHv € 9.000 zu erhöhen.

Damit ergibt sich für die Mieteinkünfte in Österreich allerdings eine relativ hohe Einkommensteuer iHv € 2.168 (27,30 Prozent des Einkommens).³⁰⁸

Bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht werden nur mehr die Mieteinkünfte abzgl. des Sonderausgabenpauschbetrags steuerlich erfasst. Der Hinzurechnungsbetrag entfällt. Da wie in Konst. 3 die Einkommensteuergrenze iHv € 11.000 nicht überschritten wird, fällt auch keine Einkommensteuer an.³⁰⁹

In beiden Fällen ist der Pensionist noch mit der deutschen Einkommensteuer belastet. Diese berechnet sich wie bei einem in Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne Mieteinkünfte und entspricht lediglich € 108.³¹⁰ Damit ergibt sich selbst bei beschränkter Steuerpflicht in Deutschland ein Steuervorteil iHv € 587. Bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht ist der Pensionist hingegen nur mehr mit der deutschen Einkommensteuer belastet. Sein Vorteil entspricht gegenüber der Besteuerung in Österreich insgesamt € 2.755.³¹¹

Es wird also wieder derselbe Splittingeffekt erzielt, von dem der Pensionist auch bereits in Konst. 3 profitiert. In erster Linie bewirkt die gegenüber Deutschland hohe Einkommensteuergrenze in Österreich, dass die Mieteinkünfte iHv € 8.000 eigentlich steuerlich unberührt bleiben. Allerdings bewirken die höheren Abzugsposten auch eine entsprechende Reduzierung des Einkommens, weshalb sich nur eine minimale Einkommensteuer in Deutschland berechnet.

Ohne Mieteinkünfte ergibt sich aufgrund der gegenüber Deutschland höheren Einkommensteuergrenze in Österreich bei Umzug ein geringer Steuernachteil. Aufgrund dieser Grenze ergibt sich hingegen bei zusätzlichen Mieteinkünften im Quellenstaat (Var.2, Unbeschränkte Steuerpflicht) ein wesentlicher Vorteil gegenüber dem in Österreich unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne grenzüberschreitenden Bezug von Pensionseinkünften. Die zusätzlichen Begünstigungen in Deutschland (Versorgungsfreibetrag, etc.) befürworten zusätzlich den Umzug.

³⁰⁸ Vgl. Punkt 3.3.1., Tabelle 10 - Variante 2

³⁰⁹ Vgl. Punkt 3.3.1., Unbeschränkte Steuerpflicht

³¹⁰ Vgl. Punkt 3.3.3., Tabelle 14 - Variante 2

³¹¹ Vgl. Punkt 4.2.3., Tabelle 24

Doppelbesteuerung

Es gelten die Ausführungen zu Konst.3 (Direktzusage). Zu einer Doppelbesteuerung kommt es damit in dieser Konstellation nicht.

4.2.4. Konst. 6) Umzug von DE nach Ö - Erläuterungen zur Unterstützungskasse

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung von Leistungen aus einer Unterstützungskasse (Konst. 6) werden in der auf Seite 80 folgenden Tabelle zusammengefasst und den Ergebnissen aus der in Punkt 4 angeführten Projektarbeit (innerstaatliche Besteuerung) gegenübergestellt. Die Werte resultieren somit aus der Konstellation 6 Tabelle 15 + 16, Konstellation 4 Tabelle 12 sowie aus dem Anhang Tabelle 6.

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte:Innerstaatliche Besteuerung:

Für die Berechnungen in Konst. 6 kann sinngemäß Konst. 4 herangezogen werden. An der Besteuerung ändert sich grundsätzlich nichts. Allerdings erfolgt nun nur mehr eine Auszahlung iHv € 12.000, was zumindest bei Bezug der Leistungen aus der Unterstützungskasse in Deutschland keine Einkommensteuer mehr ergibt. Da in Deutschland Sonderausgaben iHv € 2.160 sowie ein Werbungskostenpauschbetrag iHv € 102 in Abzug gebracht werden können, wird selbst hier der Grundfreibetrag iHv € 8.004 nicht mehr überschritten.³¹²

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Erzielt der Pensionist keine weiteren Einkünfte, bleibt es gleichgültig, in welchem der Staaten er ansässig ist, da er in beiden keine Einkommensteuer abführen muss.

Der in Österreich anzuwendende Progressionsvorbehalt (wie in Tabelle 15 berechnet) ist ohne Mieteinkünfte hinfällig. Daher wird das tatsächliche Einkommen iHv € 11.328 (Tabelle 15 Variante 2) nach dem normalen Tarif besteuert. Die Berechnung wurde allerdings nicht gesondert dargestellt. Damit ergibt sich eine Einkommensteuer iHv € 119,72.³¹³ Nach Abzug des voll zustehenden Pensionistenabsetzbetrages ergibt sich allerdings eine negative Einkommensteuer, die wie in Konst. 4 nicht rückerstattungsfähig ist.³¹⁴

³¹² Vgl. Anhang, Tabelle 6 – Variante 1

³¹³ Die Einkommensteuer berechnet sich wie folgt: $(€ 11.328 - € 11.000) / € 14.000 * € 5.110$

³¹⁴ Vgl. Punkt 4.2.4., Tabelle 25

Fallkonstellation 6)				Umzug von Deutschland nach Österreich					Bezug einer Unterstützungskasse (+ Mieteinkünfte)													
Der 65-Jährige deutsche Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Österreich und kassiert dort monatliche Renten aus einer deutschen Unterstützungskasse insgesamt iHv € 26.460. Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Österreich (Var. 1) bzw. aus Deutschland (Var. 2).																						
Berechnungs-Tabelle	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. EK	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetz-beträge	Absetz-beträge	EST So. Bezüge	Est	EST-Belastung in %		
NUR PEK																						
Anhang Tab. 6: Var. 1	PEK	UB	DE	DE	12.000,00	3.120,00	8.880,00	0,00	102,00	0,00	2.160,00	0,00	6.618,00	6.618,00	6.618,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%		
	PEK	UB	Ö	Ö	12.000,00	0,00	12.000,00	0,00	612,00	0,00	60,00	0,00	11.328,00	11.328,00	11.328,00	119,72	400,00	0,00	0,00	0,00%		
PEK & V+V																						
Anhang Tab. 6: Var. 2	PEK	UB	DE	DE	12.000,00	3.120,00	8.880,00	0,00	102,00	8.000,00	2.160,00	1.520,00	13.098,00	13.098,00	13.098,00	9.494,86	0,00	0,00	949,00	7,25%		
	+ MEK																					
Variante 1																						
Tab. 15: Var. 1	PEK	UB	Ö	Ö	12.000,00	0,00	12.000,00	0,00	612,00	8.000,00	60,00	0,00	19.328,00	19.328,00	19.328,00	3.039,72	400,00	0,00	2.640,00	13,66%		
	+ MEK																					
Variante 2																						
Tab. 15: Var. 2	PEK	UB	Ö	Ö	12.000,00	0,00	12.000,00	0,00	612,00	0,00	60,00	0,00	11.328,00	11.328,00	19.328,00	1.781,56	400,00	0,00	1.382,00	12,20%		
Tab. 12 : Var. 2	MEK	BE	Ö	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	14.448,00	1.274,86	0,00	0,00	1.274,00	19,77%		
Tab. 16: Var. 2	MEK	UB	Ö	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	13.098,00	467,32	0,00	0,00	467,00	7,25%		
Gesamtbelastung Einkommensteuer																						
				Inland	grenzüberschreitend			grenzüberschreitend			gegenüber Inland											
					Ö	DE	Summe	Ö	DE	Summe	St.VT/NT 1 (BE)	St.VT/NT 2 (UB)										
				UB	UB	BE		UB	UB													
				Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte	0,00	0,00	0,00	0,00	-	-	-	-									-	-
				Pensionseinkünfte + Mieteinkünfte	949,00	2.640,00	0,00	2.640,00	-	-	-	-									-1.691,00	-
				949,00	1.382,00	1.274,00	2.656,00	1.382,00	467,00	1.849,00	-1.707,00	-900,00										

Tabelle 25: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus der Unterstützungskasse (Konst. 6)³¹⁵³¹⁵ Eigene Erstellung, 2013

Besteuerung der Pensionseinkünfte & Mieteinkünfte:Innerstaatliche Besteuerung:

Erzielt der Pensionist in Deutschland nun zusätzlich noch Mieteinkünfte und wechselt seinen Wohnsitz nicht, berechnet sich erstmals eine Einkommensteuer iHv € 949. Das Einkommen wird in der ersten Progressionsstufe besteuert und bewirkt einen Steuersatz von 7,25 Prozent.³¹⁶ Bei Besteuerung der Pensionseinkünfte mit zusätzlichen Mieteinkünften bei Wohnsitzwechsel gilt folgendes:

Grenzüberschreitende Besteuerung:*Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (Ö)*

Erzielt der Pensionist nun zusätzlich Mieteinkünfte aus dem neuen Ansässigkeitsstaat Österreich, sind sämtliche Leistungen in Österreich zu besteuern.

In Österreich kann der Pensionist zumindest bei dieser Konstellation den Pensionistenabsetzbetrag von € 400 in voller Höhe in Anspruch nehmen.³¹⁷ Nichts destotrotz ergibt sich in Österreich durch den Wegfall des Versorgungsfreibetrages, Altersentlastungsbetrages sowie des hohen Sonderausgabenabzuges eine gegenüber Deutschland um fast € 6.300 höher Bemessungsgrundlage für den Steuersatz und somit eine Einkommensteuer iHv € 2.640. Werden somit sämtliche Einkünfte in Österreich besteuert, ergibt sich für den Steuerpflichtigen auch bei diesem Auszahlungsbetrag ein wesentlicher Steuernachteil iHv € 1.691.³¹⁸

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Bei Beibehaltung der Vermietung in Deutschland wird bei der beschränkten Steuerpflicht das (Miet)Einkommen in Deutschland um den Grundfreibetrag von € 8.004 erhöht. Daraus ergibt sich die in Konst. 4 bereits berechnete Einkommensteuer iHv € 1.274.³¹⁹

Bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht sind die Pensionsbezüge aus der Unterstützungskasse den Mieteinkünften zur Berechnung des Steuersatzes hinzuzurechnen. Dies ergibt bei einem Durchschnittssteuersatz von 7,25 Prozent eine Einkommensteuer iHv € 467.³²⁰

Die Pensionseinkünfte aus der Unterstützungskasse sind weiterhin in Österreich zu versteuern. Die Bezüge sind auch hier wieder für Zwecke des Progressionsvorbehaltes

³¹⁶ Vgl. Anhang, Tabelle 6 – Variante 2

³¹⁷ Vgl. Punkt 3.3.4., Tabelle 15 - Variante 1

³¹⁸ Vgl. Punkt 4.2.4., Tabelle 25

³¹⁹ Vgl. Punkt 3.3.2., Tabelle 12 - Variante 2

³²⁰ Vgl. Punkt 3.3.4., Tabelle 16 – Variante 2

um die Mieteinkünfte zu erhöhen und davon der Durchschnittssteuersatz zu berechnen. Dies ergibt eine Einkommensteuer iHv € 1.382. Der Pensionistenabsetzbetrag kann wieder zur Gänze in Abzug gebracht werden.³²¹

Gemeinsam mit der deutschen Einkommensteuer ergibt dies bei beschränkter Steuerpflicht eine Gesamtbelastung von € 2.656 und bei unbeschränkter Steuerpflicht € 1.849. In beiden Fällen hat der Pensionist einen wesentlichen Nachteil aus dem Umzug, bei beschränkter Steuerpflicht insgesamt iHv € 1.707.³²²

Durch das Splitting und die Anwendung des Progressionsvorbehaltes in Deutschland richtet sich der Steuersatz in beiden Staaten, zumindest bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht, nach dem Gesamteinkommen. Damit ergibt sich in beiden Ländern eine relative hohe Basis für die Berechnung des Durchschnittssteuersatzes. Diese Mehrbelastung wird im Wesentlichen durch den in Deutschland bei fiktiver unbeschränkter Steuerpflicht anzuwendenden Progressionsvorbehalt bewirkt, der ansonsten nur im Ansässigkeitsstaat Anwendung findet. In den Varianten 1+2 (bei Wohnsitzwechsel) mit Mieteinkünften besteht für den Pensionisten durch die wegfallenden Abzugsbeträge immer ein Steuernachteil. Liegen keine weiteren Einkünfte vor, ist der Pensionist bei dieser Fallkonstellation in beiden Staaten gleich belastet – er muss in keinem der beiden Staaten Einkommensteuer abzuführen.

Doppelbesteuerung

Es gelten die Ausführungen zu Konst.4 (Direktzusage). Zu einer Doppelbesteuerung kommt es damit in dieser Konstellation nicht.

4.3. Betriebliche Altersvorsorge –PK, PF, DV, MVK & BKV

Für die Leistungen aus der Pensionskasse, Pensionsfond, Direktversicherung Betrieblichen Kollektivversicherung und Betrieblichen Mitarbeitervorsorgekasse gilt die Regelung gem. Artikel 18 Nr. 1 Doppelbesteuerungsabkommen DE/Ö.³²³ Bei einem Wohnsitzwechsel werden sie somit im neuen Ansässigkeitsstaat nach dessen innerstaatlichen Regeln besteuert.³²⁴

³²¹ Vgl. Punkt 3.3.4., Tabelle 15 – Variante 2

³²² Vgl. Punkt 4.2.4., Tabelle 25

³²³ Vgl. Punkt 2.8., S. 16

³²⁴ Vgl. Punkt 3.3., S. 37

Fallkonstellation 7)		Umzug von Österreich nach Deutschland										Bezug aus einer Pensionskasse + Betrieblichen Kollektivversicherung (+ Mieteinkünfte)									
Der 65-Jährige österreichische Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Deutschland und kassiert dort monatliche Renten aus einer österreichischen Pensionskasse bzw. einer Betriebliche Kollektivversicherung. Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Deutschland (Var. 1) bzw. aus Österreich(Var. 2).																					
Berechnungs-Tabelle	Förder-För,	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. EK	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetz-beträge	Absetz-beträge	EST So. Bezüge	Est	EST-Belastung in %
NUR PEK																					
Anhang Tab. 7, Var. 1	A	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	0,00	0,00	60,00	0,00	22.620,00	25.780,00	22.620,00	4.241,30	119,00	189,60	4.312,00	16,73%
Anhang Tab. 7, Var. 1	B	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	6.804,00	15.876,00	3.780,00	0,00	0,00	60,00	0,00	15.816,00	18.976,00	15.816,00	1.757,84	400,00	189,60	1.547,00	8,15%
Anhang Tab. 7, Var. 1	C	PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	7.935,64	14.744,36	3.780,00	0,00	0,00	60,00	0,00	14.684,36	17.844,36	14.684,36	1.344,79	400,00	189,60	1.134,00	6,35%
	A-C	PEK	UB	DE	DE	26.460,00		4.762,80	0,00	102,00	0,00	36,00	0,00	4.624,80	4.624,80	4.624,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
PEK & V+V																					
Anhang Tab. 7, Var. 2	A	PEK & MEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	0,00	22.680,00	3.780,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	30.620,00	33.780,00	30.620,00	7.538,64	119,00	189,60	7.609,00	22,53%
Anhang Tab. 7, Var. 2	B	PEK & MEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	6.804,00	15.876,00	3.780,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	23.816,00	26.976,00	23.816,00	4.677,84	400,00	189,60	4.467,00	16,56%
Anhang Tab. 7, Var. 2	C	PEK & MEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	7.935,64	14.744,36	3.780,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	22.684,36	25.844,36	22.684,36	4.264,79	400,00	189,60	4.054,00	15,69%
Variante 1																					
Tab. 17, Var. 1	A-C	PEK & MEK	UB	DE	DE	26.460,00	21.697,20	4.762,80	0,00	102,00	8.000,00	36,00	1.520,00	11.104,80	11.104,80	11.104,80	521,82	0,00	0,00	521,00	4,69%
Variante 2																					
Tab. 17, Var. 2	A-C	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	21.697,20	4.762,80	0,00	102,00	0,00	36,00	0,00	4.624,80	4.624,80	4.624,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
Tab. 10: Var. 2	A-C	MEK	BE	DE	Ö	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	7.940,00	7.940,00	16.940,00	2.168,10	0,00	0,00	2.168,00	27,30%
Tab. 10: Var. 2	A-C	MEK	UB	DE	Ö	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	60,00	0,00	7.940,00	7.940,00	7.940,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
Gesamtbelastung Einkommensteuer																					

4.3.1. Konst. 7) Umzug von Ö nach DE - Erläuterungen zur PK, BKV, DV, MVK

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung der Leistungen aus einer Pensionskasse und betrieblichen Kollektivversicherung (Konst. 7) sowie die Erläuterungen zur Direktversicherung und Mitarbeitervorsorgekasse werden in der Tabelle auf Seite 83 zusammengefasst und den Ergebnissen aus der in Punkt 4 angeführten Projektarbeit gegenübergestellt. Die Werte resultieren somit aus der Konstellation 7 Tabelle 17, Konstellation 3 Tabelle 10 sowie aus dem Anhang Tabelle 7.

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte:

Innerstaatliche Besteuerung

Die Besteuerung ohne grenzüberschreitenden Zusammenhang richtet sich in Österreich danach, ob die Leistungen auf Arbeitgeber bzw. Arbeitnehmerleistungen beruhen. Leistungen, die auf reinen Arbeitgeberbeiträgen basieren, werden grundsätzlich wie in Konstellation 1 besteuert. Allerdings fallen nun die SV-Beiträge als Werbungskosten weg. Somit ergibt sich eine Einkommensteuer iHv € 4.312 (16,73 Prozent des Gesamteinkommens). Wurden die Beiträge sowohl von Arbeitnehmer (nur zu 25 Prozent steuerlich zu erfassen) als auch Arbeitgeber einbezahlt, ergibt sich eine Einkommensteuer iHv € 1.547, was 8,15 Prozent des Einkommens entspricht. Bei zusätzlicher Inanspruchnahme der Förderung gem. § 108 öEStG ergibt sich eine Einkommensteuer iHv € 1.134 (6,35 Prozent), da die auf diesen Beiträgen beruhenden Leistungen sogar zur Gänze steuerfrei gestellt sind.³²⁶

Die Aufteilung in Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Beiträge basiert auf Annahme-Werten unter der Berücksichtigung einer überschlagsmäßigen Hochrechnung. Diese wurden in der Projektarbeit „Die Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung und betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland und Österreich“ behandelt.

Grenzüberschreitende Besteuerung

Werden die Leistungen nun in Deutschland besteuert, wird nicht mehr zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Beiträgen unterschieden. Deutschland teilt stattdessen die Leistungen je nach Vorliegen einer Förderung, z.B. gem. § 3,63 dt. EStG etc., unterschiedlichen Besteuerungsregelungen zu. Da nun sämtliche Leistungen in Deutschland als ungefördert eingestuft werden, sind sie nur mit Ihrem Ertragsanteil (in diesem Fall 18 Prozent) zu versteuern. Da der Ertragsanteil des Auszahlungsbetrages den Grundfreibetrag von € 8.004 jedoch nicht überschreitet, fällt auch keine

³²⁶ Vgl. Anhang, Tabelle 7 – Variante 1

Einkommensteuer an.³²⁷ Der Pensionist hat somit je nach Anteil der Arbeitnehmer-Beiträge an den Leistungen einen Steuervorteil von € 4.312 (nur AG), € 1.134 (AG + Arbeitnehmer) oder € 1.547 (AG + Arbeitnehmer gem. § 108 öEStG).³²⁸ Der Pensionist profitiert damit in jedem Fall von seinem Umzug, da in Österreich bei diesen Leistungen grundsätzlich eine nachgelagerte Besteuerung Anwendung findet, und sie somit in der Einzahlungs-phase unbesteuert bleiben.³²⁹ Durch die in Deutschland stattfindende vorgelagerte Besteuerung bleiben die vom AG einbezahlten Beiträge jedoch in der Auszahlungs-phase zur Gänze bzw. Teile der Arbeitnehmer-Beiträge unbesteuert. Lediglich der in der Leistung enthaltene Zinsanteil wird mit einem fixierten Ertragsanteil steuerlich erfasst.³³⁰

Besteuerung der Pensionseinkünfte & Mieteinkünfte:

Innerstaatliche Besteuerung:

Werden die Pensionseinkünfte nun um zusätzliche Mieteinkünften erhöht, steigt die Einkommensteuer auf insgesamt € 7.609 (AG-Beiträge, ESt Belastung 22,53 Prozent), € 4.054 (AG+AN-Beiträge, ESt Belastung 15,69 Prozent)+ sowie € 4.467 (AG+AN § 108a, 16,56 Prozent) an.³³¹ Wie die Besteuerung bei den grenzüberschreitenden Sachverhalten erfolgt, ist abhängig von den folgenden Varianten:

Grenzüberschreitende Besteuerung:

Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (DE)

In Deutschland sind die Mieteinkünfte nun zusätzlich zu den Pensionseinkünften zu besteuern. In Österreich findet ohne Einkünfte keine Besteuerung mehr statt.

Aufgrund des geringen Ertragsanteils ergibt sich trotz der voll zu versteuernden Mieteinkünfte nach Abzug zusätzlicher Abzugsposten (z.B. Altersentlastungsbetrag) nur mehr ein Einkommen von € 11.104,80 bei allen drei Einzahlungsformen (A-C). Die daraus resultierende Einkommensteuer iHv € 521 stellt nur einen Bruchteil der in Österreich anfallenden Einkommensteuer dar.³³² Da sich in Österreich das Einkommen (inkl. begünstigte So. Bezüge) in den drei Einzahlungsformen zwischen € 25.844,36 und € 33.780 bewegt, bemisst sich der Steuersatz bereits nach der 2. Progressionsstufe und bewirkt eine mehr als Zehnfach höher Einkommensteuer als in Deutschland, wenngleich ein Teil davon (So. Bezüge) in Österreich mit 6 Prozent begünstigt

³²⁷ Vgl. Punkt 3.4.1., Tabelle 17 – Variante 2

³²⁸ Vgl. Punkt 4.3.1., Tabelle 26

³²⁹ Vgl. Anhang, Tabelle 7 – Variante 1

³³⁰ Vgl. Punkt 3.4.1., Tabelle 17

³³¹ Vgl. Anhang, Tabelle 7 – Variante 2

³³² Vgl. Punkt 3.4.1., - Tabelle 17 – Variante 1

besteuert werden kann.³³³ In Deutschland wird nicht annähernd dasselbe Steuerniveau erreicht, weshalb der Pensionist wie auch bei reinen Pensionseinkünften einen enormen Steuervorteil genießen kann. Dieser ergibt sich im Wesentlichen durch den niedrigen Ertragsanteil in Deutschland, der auf sämtliche Leistungen, basierend auf ungefördernden Beiträgen, angewandt wird.

Variante 2 : Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (Ö)

Sofern der Pensionist seine Vermietung in Österreich beibehält, hat er die Pensionseinkünfte in Deutschland und die Mieteinkünfte in Österreich zu versteuern. In Deutschland findet daher dieselbe Besteuerung wie bei einem in Deutschland unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne Mieteinkünfte statt. Da die Mieteinkünfte gem. § 32b Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 dt. EStG allerdings ausdrücklich nicht für einen Progressionsvorbehalt zu berücksichtigen sind, sind nur 18 Prozent der Pensionseinkünfte steuerlich anzusetzen. Durch Unterschreiten des Grundfreibetrages fällt somit keine Einkommensteuer mehr an.³³⁴

Dafür ist in Österreich dem (Miet)Einkommen wieder der Hinzurechnungsbetrages iHv € 9.000 bei beschränkter Steuerpflicht hinzuzurechnen. Dadurch ergibt sich eine Einkommensteuer von € 2.168 (27,30 Prozent des Einkommens) für alle drei Formen.³³⁵ Daraus zieht der Pensionist einen Steuervorteil von € 1.886 bis € 5.441 (A-C).³³⁶

Wird jedoch auf die unbeschränkte Steuerpflicht gewechselt, fällt auch diese Einkommensteuer wieder weg, da ohne Hinzurechnungsbetrag die Einkommensteuergrenze von € 11.000 nicht mehr überschritten wird.³³⁷

Der Pensionist profitiert vom Splittingeffekt insoweit, als dass einerseits die in Österreich voll zu versteuernden Mieteinkünfte die Einkommensteuergrenze nicht überschreiten und andererseits auch der geringe Ertragsanteil der Pensionseinkünfte bei weitem unter dem deutschen Grundfreibetrag liegt. Hier kommt begünstigend hinzu, dass die Mieteinkünfte aus einem EU-Staat in Deutschland und die Pensionseinkünfte im Quellenstaat Österreich nicht für den Progressionsvorbehalt herangezogen werden dürfen.

Durch die Kombination von nachgelagerter Besteuerung (Leistungsphase in Österreich) und der vorgelagerten Besteuerung (Einzahlungsphase in Deutschland) kommt es für den Pensionisten auf jedem Fall zu einer entsprechenden Entlastung.

³³³ Vgl. Punkt 4.3.1., Tabelle 26

³³⁴ Vgl. Punkt 3.4.1., Tabelle 17 – Variante 2

³³⁵ Vgl. Punkt 4.2.1., Tabelle 10 – Variante 2

³³⁶ Vgl. Punkt 4.3.1., Tabelle 26

³³⁷ Vgl. Punkt 3.4.1., Tabelle 10 – Variante 2

Besonderheit bei Direktversicherung & Mitarbeitervorsorgekasse

In Österreich sind die Leistungen aus einer Direktversicherung im Jahr 2012 noch nicht steuerpflichtig.³³⁸ Monatliche Leistungen aus der Mitarbeitervorsorgekasse (Abfertigung) sind grundsätzlich steuerfrei.³³⁹

In Deutschland hingegen erfolgt die Besteuerung dieser Leistungen wie bei der Pensionskasse bzw. dem Pensionsfond. Damit fällt aufgrund Unterschreitung des Grundfreibetrages grundsätzlich keine Einkommensteuer an. Gibt es zusätzliche Mieteinkünfte im Ansässigkeitsstaat (Var. 1), hat der Pensionist im negativsten Falle eine zusätzliche Belastung von € 521 in Kauf zu nehmen.

Doppelbesteuerung

Es gelten die Ausführungen zu Konst.3 (Direktzusage). Zu einer Doppelbesteuerung kommt es damit in dieser Konstellation nicht.

4.3.2. Konst. 8) Umzug von DE nach Ö - Erläuterungen zur PK, PF, DV

Die Berechnungsergebnisse der Besteuerung von Leistungen aus einer Pensionskasse, Pensionsfond und Direktversicherung (Konst. 8) werden in der Tabelle auf Seite 88 + 89 zusammengefasst und den Ergebnissen aus der Projektarbeit (innerstaatliche Besteuerung) gegenübergestellt. Die Werte resultieren aus der Konstellation 8 Tabelle 18 + 19, Konstellation 4 Tabelle 12 sowie aus dem Anhang Tabelle 8.

Besteuerung der Pensionseinkünfte ohne Mieteinkünfte:Innerstaatliche Besteuerung:

Die Besteuerung von Leistungen aus der Pensionskasse/dem Pensionsfond richtet sich in Deutschland danach, ob die Beiträge in der Leistungsphase gefördert wurden. Geförderte Leistungen sind zur Gänze, nicht geförderte Leistungen hingegen nur mit ihrem Ertragsanteil steuerlich zu erfassen. In dieser Konstellation blieb jedoch der Großteil der Beiträge in der Einzahlungsphase ungefördert. Dies betrifft jene Leistungen, die vor Einführung der entsprechenden Förderungen einbezahlt wurden, aber auch jene, die über die Grenzen der steuerlichen Förderungen (z.B. 4 Prozent der BMGL bei § 3.63 dt. EStG) hinaus bezahlt wurden. Nach Abzug der restlichen Abzugsposten (Werbungskostenpauschbetrag, anteiliger Altersentlastungsbetrag etc.) wird jedoch bei allen vier Formen der Grundfreibetrag nicht mehr überschritten und somit berechnet sich keine Einkommensteuer mehr.³⁴⁰

³³⁸ Vgl. Punkt 3.4.2, S. 51

³³⁹ Vgl. [Felbinger, 2004], S.186

³⁴⁰ Vgl. Anhang, Tabelle 8 – Variante 1

Fallkonstellation 8)			Umzug von Deutschland nach Österreich						Bezug aus einer Pensionskasse + Pensionsfond (+ Mieteinkünfte)												
Der 65-Jährige deutsche Pensionist Rudolf M. zieht im Jahr 2010 (Pensionierung) nach Österreich und kassiert dort monatliche Renten aus einer deutschen Pensionskasse bzw. einem Pensionsfond.																					
Im erweiterten Fall erwirtschaftet er noch zusätzlich Mieteinkünfte iHv € 8.000 aus Österreich (Var. 1) bzw. aus (Deutschland Var. 2).																					
Berechnungs-Tabelle	Förder-Form	EK	Form der Stpfl.	AN	Ort der Best.	Auszgl.-Betrag	Stf. EK	Stpfl. EK	Begünst. So. Bezüge	WK	MEK	SA	So. FB	EKO	EKO inkl. beg. EK	BMGL für EST-Satz	Est vor Absetz-beträge	Absetz-beträge	EST So. Bezüge	Est	EST-Belastung in %
NUR PEK																					
Anhang Tab. 8, Var. 1	A	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	19.527,48	6.932,52	0,00	102,00	0,00	2.836,00	846,72	3.147,80	3.147,80	3.147,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
Anhang Tab. 8, Var. 1	B			DE	DE	26.460,00	20.612,34	5.847,66	0,00	102,00	0,00	2.836,00	423,36	2.486,30	2.486,30	2.486,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
Anhang Tab. 8, Var. 1	C	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	18.442,62	8.017,38	0,00	102,00	0,00	2.836,00	1.270,08	3.809,30	3.809,30	3.809,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
Anhang Tab. 8, Var. 1	D	PEK	UB	DE	DE	26.460,00	21.697,20	4.762,80	0,00	102,00	0,00	2.836,00	0,00	1.824,80	1.824,80	1.824,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
-		PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	17.860,50	8.599,50	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	7.190,04	7.190,04	7.190,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
-		PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	16.471,35	9.988,65	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	8.579,19	8.579,19	8.579,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
-		PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	16.669,80	9.790,20	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	8.380,74	8.380,74	8.380,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
-		PEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	19.845,00	6.615,00	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	5.205,54	5.205,54	5.205,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00%
PEK & V+V																					
Anhang Tab. 8, Var. 2	A	PEK & MEK	UB	DE	DE	26.460,00	19.527,48	6.932,52	0,00	102,00	8.000,00	2.836,00	1.520,00	10.474,52	10.474,52	10.474,52	401,45	0,00	0,00	401,00	3,83%
Anhang Tab. 8, Var. 2	B	PEK & MEK	UB	DE	DE	26.460,00	20.612,34	5.847,66	0,00	102,00	8.000,00	2.836,00	1.520,00	9.389,66	9.389,66	9.389,66	211,40	0,00	0,00	211,00	2,25%
Anhang Tab. 8, Var. 2	C	PEK & MEK	UB	DE	DE	26.460,00	18.442,62	8.017,38	0,00	102,00	8.000,00	2.836,00	1.520,00	11.559,38	11.559,38	11.559,38	612,98	0,00	0,00	612,00	5,29%
Anhang Tab. 8, Var. 2	D	PEK & MEK	UB	DE	DE	26.460,00	21.697,20	4.762,80	0,00	102,00	8.000,00	2.836,00	1.520,00	8.304,80	8.304,80	8.304,80	42,82	0,00	0,00	42,00	0,51%
Variante 1																					
Tab. 18, Var. 1	A	PEK & MEK	UB	Ö	Ö	26.460,00	17.860,50	8.599,50	0,00	1.349,46	8.000,00	60,00	0,00	15.190,04	15.190,04	15.190,04	1.529,36	400,00	0,00	1.129,00	7,43%
Tab. 18, Var. 1	B	PEK & MEK	UB	O	O	26.460,00	16.471,35	9.988,65	0,00	1.349,46	8.000,00	60,00	0,00	16.579,19	16.579,19	16.579,19	2.036,40	400,00	0,00	1.636,00	9,87%
Tab. 18, Var. 1	C	PEK & MEK	UB	O	O	26.460,00	16.669,80	9.790,20	0,00	1.349,46	8.000,00	60,00	0,00	16.380,74	16.380,74	16.380,74	1.963,97	400,00	0,00	1.564,00	9,55%
Tab. 18, Var. 1	D	PEK & MEK	UB	O	O	26.460,00	19.845,00	6.615,00	0,00	1.349,46	8.000,00	60,00	0,00	13.205,54	13.205,54	13.205,54	805,02	400,00	0,00	405,00	3,07%
Variante 2																					
Tab. 18, Var. 2	A	PEK	UB	O	O	26.460,00	17.860,50	8.599,50	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	7.190,04	7.190,04	15.190,04	723,91	400,00	0,00	324,00	4,51%
Tab. 18, Var. 2	B	PEK	UB	O	O	26.460,00	16.471,35	9.988,65	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	8.579,19	8.579,19	16.579,19	1.053,77	400,00	0,00	654,00	7,62%
Tab. 18, Var. 2	C	PEK	UB	O	O	26.460,00	16.669,80	9.790,20	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	8.380,74	8.380,74	16.380,74	1.004,81	400,00	0,00	605,00	7,22%
Tab. 18, Var. 2	D	PEK	UB	O	O	26.460,00	19.845,00	6.615,00	0,00	1.349,46	0,00	60,00	0,00	5.205,54	5.205,54	13.205,54	317,33	400,00	0,00	0,00	0,00%
Tab. 12, Var. 2	A-D	MEK	BE	O	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	14.448,00	1.274,86	0,00	0,00	1.274,00	19,77%
Tab. 19, Var. 2	A	MEK	UB	Ö	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	10.474,52	247,03	0,00	0,00	247,00	3,83%
Tab. 19, Var. 2	B	MEK	UB	O	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	9.389,66	145,15	0,00	0,00	145,00	2,25%
Tab. 19, Var. 2	C	MEK	UB	O	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	11.559,38	341,76	0,00	0,00	341,00	5,29%
Tab. 19, Var. 2	D	MEK	UB	O	DE	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.000,00	36,00	1.520,00	6.444,00	6.444,00	8.304,80	33,00	0,00	0,00	33,00	0,51%

Tabelle 27: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus PK und PF (Konst. 8)³⁴¹

Fortsetzung folgt auf S. 89

³⁴¹ Eigene Erstellung, 2013

Gesamtbelastung Einkommensteuer												
			Inland	grenzüberschreitend			grenzüberschreitend			gegenüber Inland		
				Ö	DE	Summe	Ö	DE	Summe	St.VT/NT 1 (BE)	St.VT/NT 2 (UB)	
				UB	UB	BE		UB	UB			
Pensioneinkünfte			A	0,00	0,00	-	0,00	-	-	-	-	-
ohne Mieteinkünfte			B	0,00	0,00	-	0,00	-	-	-	-	-
			C	0,00	0,00	-	0,00	-	-	-	-	-
			D	0,00	0,00	-	0,00	-	-	-	-	-
Pensioneinkünfte + Mieteinkünfte			Var. 1	401,00	1.129,00	0,00	1.129,00	-	-	-	-728,00	-
			Var. 1	211,00	1.636,00	0,00	1.636,00	-	-	-	-1.425,00	-
			Var. 1	612,00	1.564,00	0,00	1.564,00	-	-	-	-952,00	-
			Var. 1	42,00	405,00		405,00				-363,00	-
			Var. 2	401,00	324,00	1.274,00	1.598,00	324,00	247,00	571,00	-1.197,00	-170,00
			Var. 2	211,00	654,00	1.274,00	1.928,00	654,00	145,00	799,00	-1.717,00	-588,00
			Var. 2	612,00	605,00	1.274,00	1.879,00	605,00	341,00	946,00	-1.267,00	-334,00
			Var. 2	42,00	0,00	1.274,00	1.274,00	0,00	33,00	33,00	-1.232,00	9,00

Tabelle 27: Gegenüberstellung der Besteuerung innerstaatlicher und grenzüberschreitender Leistungen aus PK und PF (Konst. 8)

Die prozentuelle Aufteilung in geförderte bzw. nicht geförderte Leistungen basiert wie in Konst. 7 auf Annahme-Werten unter der Berücksichtigung einer überschlagsmäßigen Hochrechnung. Diese wurden in der Projektarbeit „Die Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung und betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland und Österreich“ genauer behandelt.

Grenzüberschreitende Besteuerung:

In Österreich sind nun sämtliche Leistungen, die auf geförderten Beiträgen beruhen, zur Gänze steuerlich zu erfassen. Die Leistungen basierend auf nicht geförderten Beiträgen sind hingegen immer nur mit einem Viertel als steuerpflichtig anzusetzen.³⁴²

Das österreichische Einkommensteuergesetz nimmt bei Leistungen aus einer ausländischen Pensionskasse/Pensionsfond allerdings speziell Bezug auf die ausländischen Förderungen. Dies führt dazu, dass selbst Abzugsposten, wie der normale Sonderausgabenabzug gem. § 10 dt. EStG, als Begünstigung gewertet werden und somit die Erfassung der auf diesen Beiträgen beruhenden Leistungen mit dem 25 Prozentanteil ausschließen. Diese Leistungen sind dann zu 100 Prozent steuerpflichtig, in Deutschland hingegen nur mit dem Ertragsanteil (18 Prozent) steuerpflichtig.

Damit ergibt sich bei sämtlichen Leistungen (A-D) gegenüber Deutschland zwar ein höherer Besteuerungsanteil (€ 5.205,54 bis € 8.579,19), durch Unterschreiten der Einkommensteuergrenze fällt jedoch keine Einkommensteuer an. Diese Berechnung

³⁴² Vgl. Punkt 3.4.2, Tabelle 18

wurde nicht gesondert dargestellt. Das Einkommen berechnet sich jedoch wie bei der Besteuerung von Pensionseinkünften mit zusätzlichen Mieteinkünften in Variante 1.³⁴³

Besteuerung der Pensionseinkünfte & Mieteinkünfte:

Innerstaatliche Besteuerung:

Werden nun noch zusätzlich in Deutschland Mieteinkünfte erzielt, ergibt sich bei sämtlichen Förderungsformen zunächst eine positive Einkommensteuer. An der Besteuerung der Pensionseinkünfte ändert sich gegenüber dem unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne grenzüberschreitenden Bezug grundsätzlich nichts. Für die Mieteinkünfte steht nun allerdings der Altersentlastungsbetrag zur Gänze zu. Damit ergibt sich in den einzelnen Varianten eine Einkommensteuer zwischen € 211 bis € 612 (A-C). Selbst bei Form D (Keine Förderung, somit 18% Ertragsanteil anzusetzen) ergibt sich noch eine geringe Einkommensteuer iHv € 42.³⁴⁴

Bei grenzüberschreitendem Bezug gilt folgendes:

Variante 1: Mit Mieteinkünften im neuen Ansässigkeitsstaat (Ö)

Aufgrund der zusätzlichen Einkünfte berechnet sich nun auch in Österreich bei sämtlichen Formen eine Einkommensteuer. Da es für die Mieteinkünfte keine weiteren Abzugsposten mehr gibt, berechnet sich bei Leistungen je nach Förderungsform (A-C) eine relativ geringe Einkommensteuer iHv € 1.129 bis € 1.636. Bei zur Gänze ungeförderten Leistungen entspricht die Einkommensteuer € 405 (3,07 Prozent).³⁴⁵ In allen Formen ist die österreichische Einkommensteuer aber dennoch bei weitem höher als die deutsche. Diese erhöht sich in den einzelnen Formen teilweise um das Drei- bis Vierfache.³⁴⁶

Variante 2: Mit Mieteinkünften im Quellenstaat (DE)

Wird die Vermietung in Deutschland beibehalten, hat der Pensionist mit einem noch höheren Steuerschaden zu rechnen. Grundsätzlich berechnet sich das Einkommen in Österreich wie bei einem unbeschränkt Steuerpflichtigen ohne Mieteinkünfte. Nun sind allerdings die Mieteinkünfte für Zwecke des Progressionsvorbehaltes wieder heranzuziehen, wodurch sich die BMGL für den Durchschnittssteuersatz um € 8.000 erhöht. Damit ergibt sich in sämtlichen Formen eine geringe Einkommensteuer iHv €

³⁴³ Vgl. Punkt 3.4.2., Tabelle 18 – Variante 1

³⁴⁴ Vgl. Anhang, Tabelle 8 – Variante 2

³⁴⁵ Vgl. Punkt 3.4.2., Tabelle 18 – Variante 2

³⁴⁶ Vgl. Punkt 4.3.2., Tabelle 27

324 bis € 654 (A-C). Durch Unterschreiten der Einkommensteuergrenze, entfällt bei Förderform D die Einkommensteuer.³⁴⁷

Die Mieteinkünfte werden in Deutschland bei Beibehaltung der beschränkten Steuerpflicht um den Grundfreibetrag erhöht. Bei sämtlichen Formen ergibt sich dadurch eine Einkommensteuer von € 1.274.³⁴⁸

Bei Wechsel auf die unbeschränkte Steuerpflicht dafür sind die Pensionseinkünfte wieder für einen Progressionsvorbehalt heranzuziehen. Dies ergibt je nach Förderform eine Einkommensteuer zwischen € 247 bis € 341 (A-C). Bei Förderform D ergibt sich eine minimale Einkommensteuer iHv € 33.

Bei Beibehaltung der beschränkten Steuerpflicht erzielt der Pensionist bei Leistungen aus Form A (reine AG- oder AN-Beiträge mit Förderung gem. § 3.63) den höchsten Steuernachteil insgesamt iHv € 1.197. Wechselt er auf die unbeschränkte Steuerpflicht, kann er diesen immerhin auf € 170 reduzieren. Lediglich bei Form D verbleibt dem Pensionisten ein minimaler Steuervorteil iHv € 9.³⁴⁹ Der in Deutschland anzuwendende Steuersatz ist nämlich sowohl bei unbeschränkter Steuerpflicht mit Mieteinkünften als auch bei den alleinigen Mieteinkünften (Progressionsvorbehalt) vom selben Einkommen zu bemessen, bei den alleinigen Mieteinkünften in Deutschland allerdings nur auf das tatsächliche Mieteinkommen anzuwenden. Die aufgrund des Progressionsvorbehaltes berechnete Einkommensteuer reduziert sich daher um € 9. Da jedoch nur bei dieser Förderform die Einkommensteuer der Pensionseinkünfte in Österreich nach Abzug des vollen Pensionistenabsetzbetrags bereits negativ ist, bleibt dieser Vorteil auch bestehen.

Bis auf eine Ausnahme (Form D, Variante 2) hat der Pensionist aufgrund des Umzugs immer mit einer höheren Einkommensteuerbelastung zu rechnen. Da in den einzelnen Formen teilweise in beiden Staaten ein Progressionsvorbehalt anzuwenden ist, werden die in getrennten Staaten erfassten Einkünfte mit einem relativ hohen Steuersatz besteuert.

Hinzu kommt, dass der normale Sonderausgabenabzug von Arbeitnehmer-Beiträgen gem. § 10a dt. EStG auch in Österreich als Förderung angesehen wird, da in Einzahlungszeiten dadurch die ESt-Bemessungsgrundlage vermindert wurde. Somit ist

³⁴⁷ Vgl. Punkt 3.4.2., Tabelle 19 – Variante 2

³⁴⁸ Vgl. Punkt 4.2.2., Tabelle 12 – Variante 2

³⁴⁹ Vgl. Punkt 4.3.2., Tabelle 27

ein Teil der Leistungen in Österreich zu 100 Prozent und in Deutschland nur mit 18 Prozent Ertragsanteil anzusetzen.

Zu guter Letzt verliert der Pensionist durch den Umzug auch entsprechende steuerliche Begünstigungen wie z.B. den Altersentlastungsbetrag iHv max. € 1.520. Außerdem können die bezahlten SV-Beiträge in Österreich nur in einem geringeren Umfang steuermindernd berücksichtigt werden.

Erzielt der Pensionist keine weiteren Mieteinkünfte hat er durch Unterschreiten der Grenze in beiden Staaten keine Einkommensteuer abzuführen.

Besonderheiten Direktversicherung

In Österreich sind die Leistungen aus einer Direktversicherung im Jahr 2012 noch nicht steuerpflichtig. In Deutschland hingegen erfolgt die Besteuerung dieser Leistungen wie bei der Pensionskasse bzw. dem Pensionsfond.³⁵⁰ Damit fällt bei reinen Mieteinkünften keine Einkommensteuer und mit zusätzlichen Mieteinkünften max. € 612 (Form C) an Einkommensteuer an.³⁵¹ Dadurch hat der Pensionist bei zusätzlichen Mieteinkünften bei Wohnsitzwechsel erstmalig einen Vorteil durch seinen Umzug. Selbst bei Variante 2, bei der noch Mieteinkünfte in Österreich zu besteuern sind, fällt in Österreich keine Einkommensteuer mehr an, da das Mieteinkommen (€ 8.000 abzgl. Abzugsposten) die Einkommensteuergrenze nicht mehr überschreitet.

Die ansonsten in Deutschland zu bezahlende Einkommensteuer (Var. 1 sowie 2) entfällt daher zur Gänze. Die Berechnung wurde nicht gesondert dargestellt.

Doppelbesteuerung

Es gelten die Ausführungen zu Konst.4 (Direktzusage). Zu einer Doppelbesteuerung kommt es damit in dieser Konstellation nicht.

³⁵⁰ Vgl. Punkt 3.4.2., S. 51

³⁵¹ Vgl. Punkt 4.3.2., Tabelle 27

5. Schlussbetrachtung

Bei Wohnsitzwechsel und Bezug von Leistungen aus der gesetzlichen Sozialversicherung ändert sich sowohl in Deutschland als auch in Österreich grundsätzlich nichts am Besteuerungsvorgang. Abweichungen ergeben sich nur durch den Wechsel zwischen unbeschränkter und beschränkter Steuerpflicht. Die Leistungen aus einer betrieblichen Altersvorsorge werden hingegen nun nach dem System des neuen Ansässigkeitsstaates besteuert. Dies führt aufgrund unterschiedlicher steuerlicher Regelungen großteils zu entsprechenden zusätzlichen Steuerbelastungen, kann allerdings auch eine entsprechende Begünstigung bewirken.

Mithilfe der Berechnungsergebnisse kann zumindest für die untersuchten Konstellationen darauf geschlossen werden, dass es sowohl bei gesetzlicher als auch betrieblicher Rente für den Steuerpflichtigen überwiegend steuerlich unattraktiv ist, von Deutschland nach Österreich umzuziehen. Dafür gibt es mehrere Gründe, die bereits in den einzelnen Konstellationen erläutert wurden.

Dazu zählen unter anderem:

- Geringer Einkommens-Abzugsposten: Die ausländischen SV-Beiträge können in Österreich im Vergleich zu Deutschland nur begrenzt auf 5,1 Prozent der Einkünfte in Abzug gebracht werden. In Deutschland sind sie als Sonderausgaben auf € 2.800 begrenzt – das entspricht teilweise mehr als dem Doppelten von Österreichs Werbungskosten.
- Wegfallende Begünstigungen: Österreich sieht im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge in der Auszahlungsphase wenig Begünstigungen vor. In Deutschland kommt etwa der Versorgungsfreibetrag oder die begünstigte Besteuerung mit dem Ertragsanteil zur Anwendung. Leistungen aus der Direktzusage und Unterstützungskasse sind bspw. somit in Österreich zu 100% steuerpflichtig.
- Durch die Anwendung des Progressionsvorbehalts im Ansässigkeitsstaat (vor allem Österreich) kommt es zu einer entscheidenden Mehrbelastung. In Deutschland sind Mieteinkünfte hingegen für Zwecke des Progressionsvorbehaltes ausgeschlossen.

Der Wechsel nach Deutschland ist in einigen Fällen hingegen weitaus attraktiver.

Dies ist vor allem im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge der Fall, da die Leistungen des Pensionisten nach den innerstaatlichen Regelungen des neuen

Wohnsitzstaates besteuert werden. Damit kommt der Pensionist in den Genuss einiger zusätzlicher Absetzbeträge bzw. begünstigter Besteuerungsformen.

Von den folgenden Vorteilen hat der Pensionist in den Konstellationen profitiert:

- Splittingeffekt: Bei Beibehaltung der Vermietung im Quellenstaat sind die Einkünfte (bei betriebl. AV) in 2 verschiedenen Staaten zu besteuern. Trotz Anwendung des Progressionsvorbehaltes im Ansässigkeitsstaat ergibt sich dadurch ein eher niedrigerer Durchschnittssteuersatz, bezogen auf das Gesamteinkommen. In Österreich entfällt teilweise, durch Unterschreiten der Einkommensteuergrenze, die Einkommensteuer zur Gänze.
- Der Wechsel auf die fiktiv unbeschränkte Steuerpflicht in Österreich bewirkt im Vergleich zu Deutschland keinen Progressionsvorbehalt, da nach Ansicht der österreichischen Finanzverwaltung dieser grundsätzlich nur dem Ansässigkeitsstaat vorbehalten ist.
- In Deutschland (als Ansässigkeitsstaat) bleibt das ursprüngliche Pensionseinkommen BMGL für den Einkommensteurdurchschnittssteuersatz, da Mieteinkünfte für Zwecke des Progressionsvorbehalts ausgeschlossen sind.
- Die Leistungen aus Österreich unterliegen nun der begünstigten Besteuerung in Deutschland: Damit steht der Versorgungsfreibetrag ohne weitere Voraussetzungen dem unbeschränkt Steuerpflichtigen zu. Außerdem ist bei Mieteinkünften in Deutschland der Altersentlastungsbetrag zusätzlich noch in Abzug zu bringen.
- Auch bei vollständiger Besteuerung profitiert der Pensionist von höheren Abzugsbeträgen (Werbungskostenpauschbetrag, SV-Beiträge als Sonderausgaben etc.)

Aufgrund der anzuwendenden Zuteilungsregel des DBA DE/Ö besteuert immer nur ein Staat die Leistungen des Pensionisten. Für alle Konstellationen dieser Bachelorarbeit ist damit aber sichergestellt, dass die Altersversorgungs-Einkünfte in der Auszahlungsphase nur einmal besteuert werden, wenngleich sie für den Progressionsvorbehalt eine zweites Mal steuerlich erfasst werden dürfen. Dabei werden Sie aber nur zur Erhöhung des Durchschnittssteuersatzes einkommenserhöhend berücksichtigt, allerdings nicht mehr real besteuert.

Damit sind Ziel und Zweck des Doppelbesteuerungsabkommens erfüllt.

Literaturverzeichnis

Monografien

- Brähler, G., (2012), *Internationales Steuerrecht : Grundlagen für Studium und Steuerberaterprüfung* (7. Ausg.), Wiesbaden, Gabler Verlag/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Dommies, S., (2012), *Pensionen im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen* (1. Ausg.), (Lang, M., Hrsg.), Wien, Linde Verlag GmbH.
- Felbinger, R., (2004), *Der Pensionsleitfaden - Ein Weg durch den Dschungel der Vorsorgeprodukte*, Wien, LexisNexis Verlag ARD ORAC GmbH & Co KG.
- Haase, F. (Hrsg.), (2009). *Außensteuergesetz Doppelbesteuerungsabkommen* (1. Ausg.), Verlagsgruppe Hüthig-Jehle-Rehm GmbH.
- Heuer, I., (2009), *Besteuerung der staatlichen Alterssicherung im grenzüberschreitenden Kontext: Eine Analyse aus Sicht des Leistungsfähigkeitsprinzips, der Neutralität und der Europarechtskonformität* (1. Ausg.), Wiesbaden, Gabler Verlag/GWV Fachverlage GmbH.
- Lang, M., & Strasser, C., (2005), *Die Auslegung von Quellenstaatsregelungen in Doppelbesteuerungsabkommen*, (Bd. 37), (L. Michael, Hrsg.) Wien, Linde Verlag GmbH.
- Loukota, H., (2002), *Internationales Steuerrecht - Einführung* (2. Ausg.), Wien, WUV Universitätsverlag/Facultas Verlags- und Buchhandels AG.
- Rek, R., Brück, M., Labermeier, A., & Pache, S., (2008), *Internationales Steuerrecht in der Praxis* (1. Ausg.), Wiesbaden, Gabler/GWV Fachverlag GmbH.
- Scholz, S., (2006), *Besteuerung der betrieblichen Altersversorgung in Europa : Internationale Steuerwirkungen - europarechtliche Analyse - Reformüberlegungen* (1. Ausg.), Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag/GWV Fachverlage GmbH.

- Suttner, F., & Wimpissinger, C., (2002), *Freistellungs- und Anrechnungsmethode in den Doppelbesteuerungsabkommen* (1. Ausg., Bd. 24), (Lang, M., Hrsg.) Wien, Linde Verlag GmbH.
- Wellisch, D., Lenz, S.-O., Thiele, K., & Gahl, R., (2008), *Besteuerung der Altersvorsorge - Ein internationaler Vergleich* (1. Ausg., Bd. 45), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft m.b.H.
- Werndl, J., (2000), *Allgemeines Steuerrecht*, Wien, Springer Verlag Wien New York.

Sammelwerke

- Gassner, W., Lang, M., Lechner, E., Schuch, J., & Staringer, C., (2003), *Pensionen im DBA Recht*, in: *Arbeitnehmer im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen* (1. Ausg.), (S. Claus, Hrsg.), Wien, Linde Verlag GmbH. S. 287-310
- Gassner, W., Lang, M., Lechner, E., Schuch, J., & Staringer, C., (2003), *Leistungen von Pensionskassen im DBA-Recht*, in: *Arbeitnehmer im Recht der Doppelbesteuerungsabkommen* (1. Ausg.), (S. Claus, Hrsg.), Wien, Linde Verlag GmbH, S. 311-326
- Lang, M., Mössner, J., & Waldburger, R., (1998), *Die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen in der Rechtssprechung der Höchstgerichte Österreichs*, in: *Die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen in der Rechtssprechung der Höchstgerichte Deutschlands, der Schweiz und Österreichs*. (Bd. 6), (Lang, M., Hrsg.), Wien, Linde Verlag GmbH, S. 117-135

Artikel aus Zeitschriften

- Bick, F., & Strohnert, K., (22. Juni 2005), *Grundzüge der betrieblichen Altersversorgung nach den Änderungen durch das Alterseinkünftegesetz*, DStR, S. 1033-1040.
- Holzapfel, A., (September 2011), *Praktische Konsequenzen der deutsch-österreichischen Rentenbesteuerung*, SWI, S. 392-404.

- Kofler, G., (15. April 2006), *Wer hat das Sagen im Steuerrecht – EuGH, ÖStZ 2006*, S. 154-165.
- Lang, M. (März 2012). *Überlegungen zur österreichischen DBA-Politik. SWI*, S. 108-127.
- Ludwig, B., (September 2012), *Revisionsprotokoll zum DBA Deutschland: erweiterter Informationsaustausch, SWI*, S. 399-401.
- o.V., (4. November 2010), *Steuerliche Behandlung ausländischer Altersrenten im Rahmen des Progressionsvorbehalts, IStR*, S. 809-813.
- Rosenberger, F, (August 2008), *Abzugsteuern und deren abkommensrechtliche Entlastung. SWK*, S. 377-378.
- SWI Redaktion, (Juni 2007), *VwGH zur Versteuerung deutscher Renten und zum Progressionsvorbehalt, SWI*, S. 289-292.
- SWI Redaktion, (Mai 2009), *UFS zur Berücksichtigung von nach DBA steuerfreien Pensionen bei der Einschleifregelung für den Pensionistenabsetzbetrag, SWI*, S. 262-264
- Toifl, G., (Juli 2009), *Ermittlung der Einkunftsgrenze bei fiktiver unbeschränkter Steuerpflicht im Inland, SWI*, S. 364.

Internet-Quellen

- Bundesministerium der Finanzen Deutschland, (24. Februar 2005), *Gesetz zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen - Alterseinkünftegesetz (AltEinkG)*, Abgerufen am 29. Oktober 2012 von <http://www.heubeck.de/home/pdf/24022005.pdf>
- Bundesministerium für Finanzen Österreich, (2012), *Beschränkte Steuerpflicht*. Abgerufen am 11. November 2012 von http://www.bmf.gv.at/Steuern/FAQHufiggestellteFragen/FragenzumThemaLohnsteuer/BeschrnkteSteuerpfl_6151.htm

- Deutsche Rentenversicherung Bund, (1. Jänner 2012), *Deutsche Rentenversicherung - Merkblatt Krankenversicherung der Rentner (KVdR) und Pflegeversicherung*, Abgerufen am 14. Oktober 2012 von <http://www.deutsche-rentenversicherung.de/cae/servlet/contentblob/44526/publicationFile/30264/R0815.pdf>
- Finanzministerium des Landes M-V, (2004), *Steuerportal Mecklenburg-Vorpommern, Rentenempfänger im Ausland*. Abgerufen am 16. November 2012 von http://www.steuerportal-mv.de/cms2/Steuerportal_prod/Steuerportal/content/de/Steuerrecht/Rentner_und_Pensionaere/_Rentenempfaenger_im_Ausland/index.jsp
- Finanzministerium des Landes M-V, (2009), *Steuerportal Mecklenburg-Vorpommern, Beschränkt steuerpflichtig oder unbeschränkt steuerpflichtig auf Antrag?* Abgerufen am 16. November 2012 von http://www.steuerportal-mv.de/cms2/Steuerportal_prod/Steuerportal/content/de/Steuerrecht/Rentner_und_Pensionaere/_Rentenempfaenger_im_Ausland/Beschraenkt_steuerpflichtig_oder_unbeschraenkt_steuerpflichtig_auf_Antrag/index.jsp
- Gesundheit, O. G. (2011), *EU: Beitrags-Gleichbehandlun,*. Abgerufen am 11. November 2012 von http://www.ooegkk.at/portal27/portal/ooegkkportal/channel_content/cmsWindow?action=2&p_menuid=143&p_tabid=1&p_pubid=641463
- HVB BKK. (2011). *Beitragspflicht ausländischer Renten ab 01.07.2011*. Abgerufen am 16. November 2012 von http://www.hvb-bkk.de/de/pub/aktiver_leben/aktuell_informieren/beitragspflicht_auslaendischer.cfm
- IRS, (14. August 2012), *The U.S. Model Income Tax Convention and Model Technical Explanation*. Von <http://www.irs.gov/Individuals/International-Taxpayers/The-U.S.-Model-Income-Tax-Convention-and-Model-Technical-Explanation> abgerufen
- OFD Münster, (17. September 2008), *Verfügung betr. Übersicht über ausländische gesetzliche Rentenversicherungen*. Abgerufen am 1. Dezember 2012 von http://beck-online.beck.de/Default.aspx?vpath=bibdata\ges_erl\ofd_ms_s2255_53_st_22_31_

2008_09_17\cont\ofd_ms_s2255_53_st_22_31_2008_09_17.htm&pos=4&hlwords=verf%26%23252%3bgung%C3%90betr.%C3%90%26%23220%3bbersicht%C3%90+%26%23252%3bbersicht+%C3%90+%26amp

- Pensionsversicherungsanstalt,(2012), *Krankenversicherung*. Abgerufen am 15. Dezember 2012 von Pensionsversicherungsanstalt:
http://www.pensionsversicherung.at/portal27/portal/pvaportal/channel_content/cmsWindow?p_tabid=4&p_menuid=5335&action=2
- Rupp, T., (9. Februar 2010), *Internationales Steuerrecht: Grenzüberschreitende Renten und sonstige Altersbezüge*. Abgerufen am 30. November 2012 von <https://products.haufe.de/#G:pi=PI27&&;D:did=HI1857956&&;>
- Sozialversicherung Kompetent, (8. September 2011), *Beitragspflicht Auslandsrenten*. Abgerufen am 16. November 2012 von <http://sozialversicherung-kompetent.de/20120620457/krankenversicherung/versicherungsrecht-gkv/beitragspflicht-auslandsrenten>

Rechtsquellen

- *Abgabenordnung 1977* (idF BGBl. I S. 1566/2012).
- *Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll 2002* (idF BGBl III 32/2012)
- *Allgemeines Sozialversicherungsgesetz 1955* (idF BGBl I 2010/92)
- *Einkommensteuergesetz 1934* (idF BGBl. I S. 1030/2012) (Deutschland)
- *Einkommensteuergesetz 1988* (idF BGBl 2011/123) (Österreich)
- *Einkommensteuerrichtlinien 2002* (idF v. 22.3.2005)
- *Lohnsteuerrichtlinien 2002* (idF v. 16.12.2005)
- *Pensionskassengesetz* (idF BGBl. I Nr. 22/2012). (1990).

- *Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge samt Anhang 1980* (idF BGBl Nr.40/1980).

Gerichtsentscheidungen

- Bundesfinanzhof Deutschland, (14. Juli 2010), BFH Urteil X R 37/08 - *Steuerliche Behandlung ausländischer Altersrenten im Rahmen des Progressionsvorbehalts*.
- Unabhängiger Finanzsenat Österreich, (22. Juni 2006), Berufungsentscheidung RC/0365-W/08 – *Progressionsvorbehalt*, Wien.
- Unabhängiger Finanzsenat Österreich, (23. März 2009). Berufungsentscheidung UFS RV/0682-L/07 - *Einkommensteuerliche Beurteilung einer Leistung aus einer gesetzlichen deutschen Sozialversicherung eines in Österreich unbeschränkt Steuerpflichtigen*, Wien.
- Unabhängiger Finanzsenat Österreich, (25. August 2010, Berufungsentscheidung UFS RV/0605-L/09 - *Ausländische Pension und Pensionistnabsetzbetrag*, Wien.

Unabhängiger Finanzsenat Österreich, (26. Mai 2011), Berufungsentscheidung UFS RV/0578-I/10 - *Veranlagung einer in Österreich ansässigen Pensionistin mit deutschen Zinseinkünften und deutschen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung*, Wien.

- Unabhängiger Finanzsenat Österreich, (1. Januar 2012), Berufungsentscheidung UFS RV/0023-W/12 - *Zuständigkeit und Zulässigkeit der Antragsveranlagung gem. § 41 Abs 2 EStG bei beschränkt Steuerpflichtigen* . Wien.
- Unabhängiger Finanzsenat Österreich, (15. Februar 2012). Berufungsentscheidung UFS RV/0861-L/10 - *Besteuerung deutsche Rente*, Wien.

Sonstiges

- Bendlinger, S., (2012), *Akademie der Wirtschaftstreuhänder - Repetitorium des internationalen Steuerrechts 2012* .

Anhang

Auszug aus der Projektarbeit “ Die Besteuerung von Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung und betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland und Österreich“

Tabelle 1) Besteuerung der gesetzlichen Altersrente eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Österreich.

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012					
Gesetzliche Altersvorsorge					
Einkünfte aus Nicht selbstständiger Tätigkeit gem § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a öEStG					
Altersrente Auszahlungsbetrag	14 Zlg.				26.460,00
	12 Zlg.	€ 26.460 / 14 * 12 =			22.680,00
- Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe a öEStG					-1.156,68
+ (Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)					(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u> <u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					21.523,32 (29.523,32)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG					-60,00
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u> <u>(inkl. SZ)</u>					21.463,32
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>		€ 21.463,32 + € 3.780 - 3.780* 5.1% - € 620 =			24.430,54
<u>(inkl. SZ)</u>		€ 29.463,32 + € 3.780 - 3.780* 5.1% - € 620 =			(29.463,32)
<u>(inkl. SZ)</u>					(32.430,54)
<u>Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG</u>					
Variante 1:	Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000 (21.463,32 - 11.000) / 14.000 * 5.110				3.819,11
Variante 2:	Besteuerungstarif von € 25.000 bis € 60.000 (29.463,32 - 25.000) / 35.000 * 1 5.125 + 5.110				(7.038,79)
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG (25.000 - 21.463,32) * 5 %					-176,83
<u>Steuer nach Abzug der Absetzbeträge</u> <u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					3.642,28 (6.861,96)
<u>Steuer sonstige Bezüge gem. § 67 Abs. 1 öEStG:</u>					
Sonstige Bezüge	1.890,00	1.890,00	3.780,00		
- SV-Beiträge 5,1%	-96,39	-96,39	-192,78		
- Freibetrag	-620,00	0,00	-620,00		
			2.967,22	* 6 % =	178,03
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)					3.820,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz					15,64%
Variante 2: Einkommensteuer (aufgerundet)					(7.040,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz					(21,71%)

Tabelle 2) Besteuerung der gesetzlichen Altersrente eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Deutschland.

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Gesetzliche Altersvorsorge				
Sonstige Einkünfte gem. § 22 Abs. 1 Satz 3 a) aa) dt. EStG				
<i>Auszahlungsbetrag</i>				26.460,00
<u>Steuerpflichtiger Anteil der Altersrente:</u>				
Brutto Einkünfte 2010			26.460,00	
Besteuerungsanteil seit 2010: 60 % gem. § 22			15.876,00	
Nr. 1 Satz 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa d. EStG				
Rentenfreibetrag seit 2010			10.584,00	
Steuerpflichtiger Teil der Altersrente				15.876,00
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 3 dt. EStG				-102,00
(Mieteinkünfte gem § 21 dt. EStG)				(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>				15.774,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>				(23.774,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
<u>- Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 dt. EStG</u>				
Beitrag zur Krankenversicherung 8,2 %			-2.169,72	
Beitrag zur Pflegeversicherung 1,95%			-515,97	
Zuschlag kinderloser Rentner 0,25%			-66,15	
			-2.751,84	Max. -1.900,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG				
32% von 8.000 = 2.560,00				Max. -(1.520,00)
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>				13.838,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>				(20.318,00)
<u>Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG</u>				
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881:				
$(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038$; $z = (\text{Einkommen} - 13.469) / 10.000$				
Variante 1:	z...	0,0369	$= (13.838 - 13.469) / 10.000$	
Variante 2:	z...	0,6849	$= (20.318 - 13.469) / 10.000$	
(1) $(228,74 * 0,0369 + 2.397) * 0,0369 + 1.038$				1.126,76
(2) $(228,74 * 0,6849 + 2.397) * 0,6849 + 1.038$				(2.787,00)
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)				1.126,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				8,14%
Variante 2: Einkommensteuer				(2.787,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				(13,72%)

Tabelle 3) Besteuerung der betrieblichen Altersrente – Direktzusage - eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Österreich.

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012					
Betriebliche Altersvorsorge - Direktzusage					
Einkünfte aus Nicht selbstständiger Tätigkeit gem § 25. Abs. 1 Nr 1 Buchstabe a öEStG					
Altersrente Auszahlungsbetrag	14 Zlg.				26.460,00
	12 Zlg.	€ 26.460 / 14 * 12 =			22.680,00
+ (Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)					(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>					22.680,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					(30.680,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG					-60,00
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>					22.620,00
<u>(inkl. SZ)</u>		€ 22.620 + € 3.780 - € 620 =			25.780,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					(30.620,00)
<u>(inkl. SZ)</u>		€ 30.620 + € 3.780 - € 620 =			(33.780,00)
Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG					
Variante 1:	Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000				
	(22.620 - 11.000) / 14.000 * 5.110				4.241,30
Variante 2:	Besteuerungstarif von € 25.000 bis € 60.000				
	(30.620 - 25.000) / 35.000 * 15.125 + 5.110				(7.538,64)
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG					-119,00
(25.000 - 22.620) * 5 %					
<u>Steuer nach Abzug der Absetzbeträge</u>					4.122,30
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					(7.419,64)
Steuer sonstige Bezüge gem. § 67 Abs. 1 öEStG:					
Sonstige Bezüge	1.890,00	1.890,00	3.780,00		
- SV-Beiträge 5,1%	-620,00	0,00	-620,00		
- Freibetrag			3.160,00	* 6 % =	189,60
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)					4.312,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz					16,73%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)					(7.609,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz					(22,53%)

Tabelle 4) Besteuerung der betrieblichen Altersrente – Direktzusage - eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Deutschland.

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012					
Betriebliche Altersvorsorge - Direktzusage					
Einkünfte aus Nicht selbstständiger Arbeit gem. § 19 Abs. 1 Nr. 2 dt. EStG					
Auszahlungsbetrag					26.460,00
<u>Steuerpflichtiger Anteil der Altersrente:</u>					
Eintritt 2010					
Brutto Einkünfte 2010			26.460,00		
Versorgungsfreibetrag 2010: 32%			8.467,20		
Höchstbetrag Versorgungsbetrag 2010			-2.400,00		
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag 2010			-720,00		
Somit steuerfrei			-3.120,00		
Steuerpflichtiger Teil des Versorgungsbezugs					23.340,00
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9a Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b dt. EStG					-102,00
(Mieteinkünfte gem § 21 dt. EStG)					(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>					23.238,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					(31.238,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG					-36,00
<u>- Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 dt. EStG</u>					
Beitrag zur Krankenversicherung 15,5 %			4.101,30		
Beitrag zur Pflegeversicherung 1,95%			515,97		
Zuschlag kinderloser Rentner 0,25%			-66,15		
			4.551,12	Max.	-2.800,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG					Max. -(1.520,00)
32% von 8.000 =		2.560,00			
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>					20.402,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					(26.882,00)
<u>Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG</u>					
Besteuerungstarif von € 13.470 bis € 52.881:					
(228,74 * z + 2.397) * z + 1.038; z = (Einkommen - 13.469) / 10.000					
Variante 1:	z...	0,6933	= (20.402 - 13.469 / 10.000)		
Variante 2:	z...	1,3413	= (26.882 - 13.469 / 10.000)		
(1) (228,74 * 0,6933 + 2.397) * 0,6933 + 1.038					2.809,79
(2) (228,74 * 1,3413 + 2.397) * 1,3413 + 1.038					(4.664,62)
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)					2.809,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz					13,77%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)					(4.664,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz					17,35%

Tabelle 5) Besteuerung der betrieblichen Altersrente – Unterstützungskasse - eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Österreich.

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012			
Betriebliche Altersvorsorge - Unterstützungskasse			
Einkünfte aus Nicht selbstständiger Arbeit gem § 25. Abs. 1 Nr 1 Buchstabe a öEStG			
Altersrente Auszahlungsbetrag	12 Zlg.		12.000,00
+ (Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)			(8.000,00)
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>			12.000,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			(20.000,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG			-60,00
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>			11.940,00
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			(19.940,00)
Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG			
Variante 1:	Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000		
	(11.940 - 11.000) / 14.000 + 5.110		
			343,10
Variante 2:	Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000		
	(19.940 - 11.000) / 14.000 + 5.110		
			3.263,10
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG			
steht in voller Höhe zu			-400,00
<u>Steuer nach Abzug der Absetzbeträge</u>			-56,90
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			(2.863,10)
Variante 1: Einkommensteuer			0,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz			0,00%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)			(2.863,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz			(14,36%)

Tabelle 6) Besteuerung der betrieblichen Altersrente – Unterstützungskasse - eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Deutschland.

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012				
Betriebliche Altersvorsorge - Unterstützungskasse				
Einkünfte aus Nicht selbstständiger Arbeit gem. § 19 Abs. 1 Nr. 2 dt. EStG				
<i>Auszahlungsbetrag</i>				12.000,00
<u><i>Steuerpflichtiger Anteil der Altersrente:</i></u>				
Eintritt 2010				
Brutto Einkünfte 2010		12.000,00		
Versorgungsfreibetrag 2010: 32%		3.840,00		
Höchstbetrag Versorgungsbetrag 2010		-2.400,00		
Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag 2010		-720,00		
Somit steuerfrei		-3.120,00		
<i>Steuerpflichtiger Teil des Versorgungsbezugs</i>				8.880,00
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9 dt. EStG				-102,00
(Mieteinkünfte gem § 21 dt. EStG)				(8.000,00)
<u><i>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</i></u>				8.778,00
<u><i>(inkl. Mieteinkünfte)</i></u>				(16.778,00)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00
<u><i>- Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 dt. EStG</i></u>				
Beitrag zur Krankenversicherung 15,5 %		1.860,00		
Beitrag zur Pflegeversicherung 1,95%		234,00		
Zuschlag kinderloser Rentner 0,25%		30,00		
		2.124,00		-2.124,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG				-(1.520,00)
32% von 8.000 =	2.560,00			
<u><i>Zu versteuerndes Einkommen</i></u>				6.618,00
<u><i>(inkl. Mieteinkünfte)</i></u>				(13.098,00)
<u>Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG</u>				
Besteuerungstarif von € 8.004 bis € 13.469:				
$(912,17 \cdot y + 1.400) \cdot y$		$y = (\text{Einkommen} - 8.004) / 10.000$		
Variante 1:	Grundfreibetrag wird nicht überschritten!			0,00
Variante 2:	y...	0,5094	$= (13.098 - 8.004) / 10.000$	
(2) $(912,17 \cdot 0,5094 + 1.400) \cdot 0,5094$				(949,86)
Variante 1: Einkommensteuer				0,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				0,00%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)				(949,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				7,25%

Tabelle 7) Besteuerung der betrieblichen Altersrente – Pensionskasse & Betriebliche Kollektivversicherung - eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Österreich.

Einkommensteuerberechnung Österreich - 2012						
Betriebliche Altersvorsorge - Penionskasse + Betriebliche Kollektivversicherung						
Einkünfte aus Nicht selbstständiger Arbeit gem § 25 Abs. 1 Nr 1a öEStG						
			A	B	C	
Form der Beiträge			AG	AN	AG + AN (§ 108)	
Altersrente Auszahlungsbetrag			26.460,00	26.460,00	26.460,00	
lt. Hochrechnung (Anhang Tabelle 1)						
Arbeitgeberbeiträge			15.876,00	- AG 15.876,00	AG	15.876,00
Arbeitnehmerbeiträge			10.584,00			
			26.460,00			
(C) Arbeitnehmerbeiträge						
davon prämienbegünstigt gem. § 108a öEStG			5.281,00			
davon nicht begünstigt			5.303,00			
			10.584,00			
(B) nur zu 25% steuerlich zu erfassen	2.646,00			- AN 2.646,00	-	-
(C) nur zu 25% steuerlich zu erfassen	1.325,75			- -	- AN	1.325,75
nicht begünstigte Beiträge						
Steuerpflichtiger Teil der Altersrente			26.460,00	18.522,00	17.201,75	
			/ 14 * 12			
(Laufender Bezug) gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a öEStG			22.680,00	15.876,00	14.744,36	
- Werbungskosten gem. § 16 Abs. 4 Buchstabe a öEStG			0,00	0,00	0,00	
+ (Mieteinkünfte gem. § 28 öEStG)			(8.000,00)	(8.000,00)	(8.000,00)	
<u>Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte</u>			22.680,00	15.876,00	14.744,36	
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			(30.680,00)	(23.876,00)	(22.744,36)	
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 18 Abs. 2 öEStG			-60,00	-60,00	-60,00	
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>			Variante 1 22.620,00	15.816,00	14.684,36	
<u>(inkl. SZ)</u>			Variante 1 25.780,00	18.976,00	17.844,36	
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>			(Variante 2) (30.620,00)	(23.816,00)	(22.684,36)	
<u>(inkl. SZ)</u>			(Variante 2) (33.780,00)	(26.976,00)	(25.844,36)	

Fortsetzung folgt auf Seite xiv.

Übertrag Seite xiii								
<u>Zu versteuerndes Einkommen</u>				Variante 1	22.620,00	15.816,00	14.684,36	
<u>(inkl. SZ)</u>				Variante 1	25.780,00	18.976,00	17.844,36	
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>				(Variante 2)	(30.620,00)	(23.816,00)	(22.684,36)	
<u>(inkl. SZ)</u>				(Variante 2)	(33.780,00)	(26.976,00)	(25.844,36)	
<u>Einkommensteuer gem. § 33 Abs. 1 öEStG</u>								
Variante 1:								
Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000								
A	(22.620,00 - 11.000) * 5.110 / 14.000			4.241,30	-	-		
B	(15.816,00 - 11.000) * 5.110 / 14.000			-	1.757,84	-		
C	(14.684,36 - 11.000) * 5.110 / 14.000			-	-	1.344,79		
(Variante 2): inkl. Mieteinkünfte								
Besteuerungstarif von über € 25.000 bis € 60.000								
A	(30.620,00 - 25.000) / 35.000 *15.125+ 5.110			(7.538,64)	-	-		
Besteuerungstarif von über € 11.000 bis € 25.000								
B	(23.816,00 - 11.000) * 5.110 / 14.000			-	(4.677,84)	-		
C	(22.684,36 - 11.000) * 5.110 / 14.000			-	-	(4.264,79)		
- Pensionistenabsetzbetrag gem. § 33 Abs. 6 Nr. 2 öEStG					-119,00	-400,00	-400,00	
A	119,00 = (25.000 - 22.620) * 5%							
B	400,00							
C	400,00							
<u>Steuer nach Abzug der Absetzbeträge</u>					4.122,30	1.357,84	944,79	
<u>(inkl. Mieteinkünfte)</u>					(7.419,64)	(4.277,84)	(3.864,79)	
<u>Steuer sonstige Bezüge gem. § 67 Abs. 1 öEStG:</u>								
Sonstige Bezüge	1.890,00	1.890,00	3.780,00					
- Freibetrag	-620,00	0,00	-620,00					
			3.160,00	* 6% =	189,60	189,60	189,60	
Variante 1: Einkommensteuer (ab/aufgerundet)					4.312,00	1.547,00	1.134,00	
Variante 1: Effektiv-Steuersatz					16,73%	8,15%	6,35%	
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)					(7.609,00)	(4.467,00)	(4.054,00)	
Variante 2: Effektiv-Steuersatz					(22,53%)	(16,56%)	(15,69%)	

Tabelle 8) Besteuerung der betrieblichen Altersrente – Pensionskasse, Pensionsfond & Direktversicherung - eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in Deutschland.

Einkommensteuerberechnung Deutschland - 2012									
Betriebliche Altersvorsorge - Pensionskasse, Pensionsfond, Direktversicherung									
Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit gem. § 22 Nr. 5 Satz 1 + Satz 2 dt. EStG									
Auszahlungsbetrag			26.460,00		26.460,00		26.460,00		26.460,00
davon gefördert			10%	2.646,00	5%	1.323,00	15%	3.969,00	- 0,00
davon nicht gefördert			90%	23.814,00	95%	25.137,00	85%	22.491,00	100% 26.460,00
100% Steuerpflichtig				2.646,00		1.323,00		3.969,00	0,00
Ertragsanteil gem. § 22. Abs 5. Nr. 2									
Beginn Rente 2010: Alter 65 Jahre									
Ertragsanteil gem. § 22 Abs. 1 Nr. 3 a) bb)	18%			4.286,52		4.524,66		4.048,38	4.762,80
Steuerpflichtiger Teil der Altersrente				6.932,52		5.847,66		8.017,38	4.762,80
- Werbungskostenpauschbetrag gem. § 9 Satz 1 Nr. 3 dt. EStG				-102,00		-102,00		-102,00	-102,00
(Mieteinkünfte gem § 21 dt. EStG)				(8.000,00)		(8.000,00)		(8.000,00)	(8.000,00)
Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Einkünfte (inkl. Mieteinkünfte)				6.830,52 (14.830,52)		5.745,66 (13.745,66)		7.915,38 (15.915,38)	4.660,80 (12.660,80)
- Sonderausgabenpauschbetrag gem. § 10c dt. EStG				-36,00		-36,00		-36,00	-36,00
- Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 dt. EStG									
Beitrag zur Krankenversicherung 15,5 %			-4.101,30						
Beitrag zur Pflegeversicherung 1,95%			-515,97						
Zuschlag kinderloser Rentner 0,25%			-66,15						
			-4.683,42						
			Max.	-2.800,00		-2.800,00		-2.800,00	-2.800,00
- Altersentlastungsbetrag gem. § 24a dt. EStG									
32 % von geförderten Beiträgen =				-846,72		-423,36		-1.270,08	0,00
32% von 8.000 : 2.560,00			Max.	-(1.520,00)		-(1.520,00)		-(1.520,00)	-(1.520,00)
Zu versteuerndes Einkommen (inkl. Mieteinkünfte)				3.147,80 (10.474,52)		2.486,30 (9.389,66)		3.809,30 (11.559,38)	1.824,80 (8.304,80)
Einkommensteuer gem. § 32a i.V.m. § 52 Abs. 41 dt. EStG									
Variante 1: A - D Der Grundfreibetrag wird nicht überschritten!									
Variante 2: Besteuerungstarif von € 8.004 bis € 13.469:									
$(912,17 \cdot y + 1.400) \cdot y$									
$y = (\text{Einkommen} - 8.004) / 10.000$									
A	y...	0,2470	$= (10.474 - 8.004) / 10.000$						
B	y...	0,1385	$= (9.389 - 8.003) / 10.000$						
C	y...	0,3555	$= (11.559 - 8.004) / 10.000$						
D	y...	0,0300	$= (8.304 - 8.004) / 10.000$						
A				(912,17 * 0,2470 + 1.400) * 0,2470 =		(401,45)		-	-
B				(912,17 * 0,1385 + 1.400) * 0,1385 =		-	(211,40)	-	-
C				(912,17 * 0,3555 + 1.400) * 0,3555 =		-	-	(612,98)	-
D				(912,17 * 0,0300 + 1.400) * 0,0300 =		-	-	-	(42,82)
Variante 1: Einkommensteuer (abgerundet)				0,00		0,00		0,00	0,00
Variante 1: Effektiv-Steuersatz				0,00%		0,00%		0,00%	0,00%
Variante 2: Einkommensteuer (abgerundet)				(401,00)		(211,00)		(612,00)	(42,00)
Variante 2: Effektiv-Steuersatz				3,83%		2,25%		5,29%	0,51%